

PROTOKOLL

Begrüßung

von Weizsäcker

Im Namen des Bergedorfer Gesprächskreises möchte ich Sie herzlich begrüßen. Wie die meisten von Ihnen wissen, ist dieses Gesprächsforum durch die Initiative eines verantwortlich denkenden privaten Unternehmers entstanden, dessen Interesse im besonderen Maße den Beziehungen galt, die Deutschland mit seinen östlichen Nachbarn verbinden.

Es entspricht der Tradition und Praxis des Gesprächskreises, dass wir uns hier gewissermaßen in einem "geschützten Raum" befinden, also wirklich offen miteinander reden können. Das heißt, uns ist an einem in der Sache deutlichen Meinungs austausch gelegen, um die Probleme, die uns gegenwärtig und sicher auch zukünftig beschäftigen werden, klar anzusprechen.

Ich denke, wir brauchen diese gegenseitige Offenheit, um mit den Schwierigkeiten und auch den gelegentlichen Missverständnissen, die in unseren Beziehungen zweifellos immer wieder gegeben sind, fertig werden zu können. Dabei will ich auch zum Ausdruck bringen, dass ich der festen Überzeugung bin: Europa braucht Russland, wenn Stabilität und Sicherheit auf diesem Kontinent dauerhaft gewährleistet sein sollen; aber Russland braucht auch Europa, um den schwierigen Prozess zu Demokratie und Marktwirtschaft erfolgreich bewältigen zu können.

Im Übrigen freue ich mich, dass Herr Dr. Meyer-Landrut uns in bewährter Manier durch die Tiefen und Untiefen dieses Gesprächs in den nächsten anderthalb Tagen leiten will.

Meyer-Landrut

Der Bergedorfer Gesprächskreis findet zum 116. Male statt. Dabei wollen wir uns an die bewährte Form halten, dass am Anfang zwei Einführungsbeiträge von deutscher und russischer Seite gehalten werden, auf denen wir in der anschließenden Diskussion aufbauen können.

Wir haben das Thema bewusst auch in der historischen Perspektive der vergangenen zehn Jahre seit Ende des Kalten Krieges angelegt, um uns der Ausgangslage und den erstaunlichen Wandlungen, die wir alle in diesem Zeitraum erlebt haben, zu vergewissern. Doch unser beiderseitiges Hauptinteresse wird sicherlich der Frage gelten, wie wir die politischen - auch sicherheitspolitischen - und wirtschaftlichen Herausforderungen, die wir gewärtigen, bewältigen können.

Ich darf zunächst Herrn Staatssekretär Ischinger bitten, uns die deutsche und sicher auch die Position der Europäischen Union darzulegen.

Ischinger

Seitens der Bundesregierung begrüße ich es sehr, dass der Bergedorfer Gesprächskreis gerade jetzt in Moskau stattfindet. Ich denke, diese Veranstaltung kommt zum richtigen Zeitpunkt zum richtigen Thema.

Ich will in gebotener Kürze drei Fragen ansprechen. Erstens: Was ist unsere Vision? Zweitens: Was sind unsere Ziele? Drittens: Mit welchen Instrumenten wollen wir diese Ziele verfolgen?

Zum Ersten: Was ist unsere Vision? Aus deutscher Sicht und auch aus Sicht der Europäischen Union ist Russland organischer und unverzichtbarer Teil des neuen Europa. Das muss immer wieder mit Nachdruck gesagt werden. Gerade aufgrund der Erfahrungen aus der Kosovo-Krise, aber auch angesichts der Situation im Kaukasus sollte Russland seine Rolle und seine Verantwortung als europäische Macht wahrnehmen, das heißt, sich in diesem Sinne als europäische Macht definieren. Dazu gehört, dass Russland der Zusammenarbeit mit seinen europäischen Partnern, mit der Europäischen Union eine ebenso große Bedeutung beimisst, wie die Mitglieder der Europäischen Union der Zusammenarbeit mit Russland beimessen.

Unsere Vision ist ein prosperierendes, stabiles und demokratisches Russland, das seine Konflikte friedlich beilegt. Ich sage ganz ausdrücklich: Die Vorgänge im Nordkaukasus verfolgen wir mit großer Sorge. Dabei will ich genauso unmissverständlich betonen: Deutschland ebenso wie seine europäischen Partner anerkennen die territoriale Integrität Russlands ohne Wenn und Aber. Und nicht zuletzt aufgrund unserer eigenen Erfahrungen verurteilen wir jedweden Terrorismus auf das Schärfste.

Dennoch muss die Frage erlaubt sein, ob militärische Luft- und Bodenoperationen die angemessenen Mittel sind, um den Terrorismus zu bekämpfen. Ich denke an die zivilen Opfer und an die dadurch ausgelösten Flüchtlingsströme, die zu einer weiteren Destabilisierung der Region führen können. Wir hoffen deshalb, dass der politische Dialog zwischen Moskau und gesprächsbereiten politischen Kräften in der Region wieder aufgenommen wird, um politische Lösungskonzepte zu erreichen, die sowohl den Interessen der Russischen Föderation dienen als auch den Menschen in der Region zugute kommen.

Ich habe gestern im russischen Außenministerium gesagt, dass wir Europäer selbstverständlich bereit sind, humanitäre Hilfe zu leisten, wann immer solche Hilfe von russischer Seite gewünscht wird.

Zum Zweiten: Was sind unsere Ziele? Dazu stichwortartig sieben Punkte. Erstens: Uns ist an der langfristigen und dauerhaften Konsolidierung Russlands als Demokratie, als Rechtsstaat und als soziale Marktwirtschaft außerordentlich gelegen.

Zweitens: Wir wollen die Integration Russlands in einem gemeinsamen europäischen Wirtschafts- und Sozialraum auf der Basis der bestehenden Abmachungen zwischen der Europäischen Union und Russland.

Drittens: Wir streben die volle Kompatibilität der russischen Wirtschaft mit internationalen Standards an. Dazu gehört auch die WTO.

Viertens: Wir wollen Stabilität und Sicherheit in ganz Europa stärken, um das zu erreichen, was kooperative Sicherheit genannt wird.

Fünftens: Wir brauchen die Erneuerung der Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland. Das heißt, wir müssen die Grundakte wieder beleben.

Sechstens: Wir sollten an grenzüberschreitende internationale Fragen herangehen, zum Beispiel in Bezug auf Energiepolitik, nukleare Sicherheit, Umweltfragen und organisierte Kriminalität. Dafür sollten wir geeignete internationale Foren aktiv nutzen, wie zum Beispiel den G-8-Prozess und die OSZE.

Siebtens: Wir sollten gemeinsam nach Fortschritten bei der nuklearen Abrüstung streben. Gerade die Bundesrepublik Deutschland als nichtnuklearer Staat ist elementar am Fortgang der Abrüstungsgespräche interessiert, insbesondere an der Reduzierung und Abschaffung substrategischer Nuklearsysteme.

Schließlich der dritte Fragenkomplex: Mit welchen Methoden und Instrumenten wollen wir die vorgenannten Zielsetzungen erreichen?

Ich nenne hier in aller Kürze zwölf Punkte.

Erstens: Russland ist für seine eigene Zukunft selbst verantwortlich. Dabei ist sicher eine Erkenntnis wichtig: Geld allein vermag die hiesigen Probleme nicht zu lösen, auch wenn die jüngsten Entscheidungen von IWF, Weltbank und Pariser Club Russland zu einer Atempause verhelfen. Entscheidend ist jedoch, inwieweit es der russischen Führung gelingt, die Wirtschaftsstrukturen in diesem Land zu modernisieren und ausländischen Unternehmen Bedingungen anzubieten, die Russland als Investitionsstandort attraktiver machen. Dafür ist vor allem Rechtssicherheit dringend erforderlich, the rule of law, wie die Amerikaner sagen. Dazu gehören nicht zuletzt Reformen des Banken- und Steuersystems - um nur diese beiden Stichworte zu erwähnen.

Zweitens: Russland sollte den Druck der öffentlichen Meinung im Westen, was die anhaltende Kapitalflucht und die Vorwürfe oder Gerüchte über Korruption und Geldwäsche angeht, nicht auf die leichte Schulter nehmen. Hier ist dringend Aufklärung geboten, um unsere künftige Zusammenarbeit nicht von vornherein zu diskreditieren. Die westliche Kreditvergabepolitik orientiert sich am Verhalten der Kreditnehmer, unter anderem also an der Bereitschaft, die im Zusammenhang mit den Krediten zugesagten Maßnahmen auch tatsächlich umzusetzen. An Letzterem hat es auf russischer Seite allzu oft gefehlt. Ich füge jedoch hinzu: Die Bundesregierung bleibt auf ihrer Linie und befürwortet die Fortsetzung des IWF-Programms mit Russland.

Drittens: Wir halten eine intensive Zusammenarbeit mit den Regionen der Russischen Föderation für einen wichtigen Ansatz. Die Regionen sind unabhängiger vom Moskauer Zentrum geworden, und Deutschland sucht vor allem den Kontakt zu den reformorientierten Gouverneuren.

Viertens: Die Europäische Union und Russland haben eine gemeinsame Grenze von derzeit 1300 km. Und wenn ich an das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen denke, dann können wir, glaube ich, eine durchaus positive Zwischenbilanz ziehen. Diese Partnerschaft sollten wir in allen Bereichen zielstrebig ausbauen. Ich meine auch, dass wir während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft auf diesem Weg Fortschritte erzielt und eine neue Qualität und Intensität der Beziehungen erreicht haben. Ein Treffen der EU-Troika mit dem russischen Außenminister steht in den nächsten Tagen bevor.

Fünftens: Was die strategische Partnerschaft angeht, so ist deren Bedeutung auf Seiten der Europäischen Union insbesondere durch die auf dem Europäischen Rat im Juni dieses Jahres in Köln verabschiedete gemeinsame Strategie für Russland deutlich geworden. Wir freuen uns, dass dieses Dokument von russischer Seite positiv aufgenommen wurde und sie inzwischen ein Komplementärdokument entworfen hat. Auf dieser Grundlage sollten wir die Zusammenarbeit intensivieren.

Sechstens: In diesem Zusammenhang hat die Bundesrepublik Deutschland in den letzten Tagen gemeinsam mit den anderen EU-Staaten eine Initiative entwickelt, die ich nur erwähnen möchte, ohne sie im Einzelnen ausführen zu können. Wir sind nämlich der Ansicht, dass einer gemeinsamen Strategie zur Reform des russischen Banken- und Finanzwesens besondere Aufmerksamkeit zu schenken ist. Wir haben deshalb in der Europäischen Union in einem Brief an die finnische Ratspräsidentschaft, die hier durch Herrn Nyberg vertreten ist, vorgeschlagen, bei der Implementierung der gemeinsamen Strategie das Thema Zusammenarbeit im Finanz- und Bankenwesen mit Priorität zu behandeln und mit einer Vielzahl von konkreten Einzelmaßnahmen Russland auf diesem Gebiet Kooperation und Beratung anzubieten.

Siebtens: Durch die EU-Osterweiterung kommen die EU und Russland in eine engere Verbindung miteinander. Russische Befürchtungen, der Beitritt der mittel-osteuropäischen Länder zur EU könnte

negative Auswirkungen auf Russland haben, sind aus unserer Sicht unbegründet. Im Gegenteil, Russland sollte diesen Prozess als Chance für einen besseren Zugang zum erweiterten EU-Binnenmarkt begreifen, um schrittweise die eigene Integration in den europäischen Wirtschaftskreislauf voranzubringen. Da die EU-Außenzölle niedriger sind als die Zollmauern der MOE-Staaten, wird Russland von der Osterweiterung auch beim Handel profitieren können.

Achtens: Wir wollen durch Förderung grenzüberschreitender und regionaler Zusammenarbeit die Einbindung Russlands auch auf regionaler Ebene gewährleisten. Die finnische Ratspräsidentschaft hat dafür - von Deutschland nachdrücklich unterstützt - ein Konzept der so genannten nördlichen Dimension der Europäischen Union vorgelegt. Die geplante Außenministerkonferenz im November 1999 in Helsinki könnte sich durch die Teilnahme nicht nur der EU-Staaten, sondern auch der baltischen Länder und Russlands als ein geeignetes Forum erweisen, um die Zusammenarbeit in diesem Teil Europas zu vertiefen.

Dieser regionale Ansatz eröffnet auch wichtige Perspektiven für eine Kooperation bei der Entwicklung Kaliningrads. Darüber sollten sich die EU-Beitrittsländer und Russland schon jetzt gemeinsam Gedanken machen; denn Kaliningrad wird, wenn die Entwicklung so weiterverläuft wie bisher, bereits im nächsten Jahrzehnt zu einer russischen Enklave innerhalb der Europäischen Union werden.

Neuntens: Was das Verhältnis NATO - Russland angeht, so steht Deutschland zu den Verpflichtungen aus der Grundakte, die wir wieder aktivieren wollen, ebenso wie eine breite Zusammenarbeit im NATO-Russland-Rat. Sicherheit in Europa ist nur gemeinsam mit und nicht gegen Russland möglich. Wir würden es daher sehr begrüßen, wenn uns die russische Seite signalisierte, dass sie wieder an einer engeren Zusammenarbeit interessiert ist. Mein gestriges Gespräch im russischen Außenministerium hat mir den Eindruck vermittelt, dass dazu eine gewisse Bereitschaft besteht.

Zehntens: Die militärische Zusammenarbeit im Kosovo und auch in Bosnien ist und bleibt von großer Bedeutung für uns. Doch so wichtig die konkreten militärischen Erfahrungen auch sind, die wir gemeinsam machen, sie ersetzen nicht die politisch-strategische Zusammenarbeit über die gesamte Breite der außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen, mit denen wir konfrontiert sind.

Ich will in diesem Zusammenhang nur anmerken, dass wir bei der Bewältigung des Kosovo-Problems leider ein ganzes Jahr verloren haben. Vielleicht können wir diesen Punkt in unserer Diskussion ein wenig vertiefen. Wer bedauert, dass es in der Folge des Kosovo-Konflikts zur Stärkung der UÇK gekommen ist - mit all den Folgen, die das für Südosteuropa hat;- , der muss sich auch fragen lassen, ob wir die Entwicklung der UÇK nicht gemeinsam hätten verhindern können, wenn wir das Kosovo-Problem nicht erst 1999, sondern bereits 1998 gelöst hätten, was durchaus möglich und sicherlich mit geringeren Verlusten und mit weniger Wiederaufbauanstrengungen verbunden gewesen wäre. Aber Russland war 1998 leider zu gemeinsamem Handeln nicht bereit.

Elfens: Die Fortsetzung des Abrüstungsprozesses bleibt für Deutschland von großem Interesse. Wir erhoffen uns Fortschritte bei der nächsten NW-Überprüfungskonferenz im April des kommenden Jahres. Russland und die USA sollten begreifen, dass dieses Thema nicht nur für sie als die beiden großen Nuklearmächte, sondern auch für Deutschland und die anderen europäischen Partner von erheblicher Bedeutung ist.

Das gilt gleichermaßen für die Anpassung des ABM-Vertrages. Dazu gehört auch eine rasche Einigung bei START III im Hinblick auf deutlich weiter abgesenkte Obergrenzen bei den strategischen Nuklearwaffen. Gerade auch angesichts einer veränderten russischen Nukleardoktrin sind wir bei den substrategischen Nuklearwaffen in Europa daran interessiert, dass die Zusagen, die Russland schon Anfang der 90er-Jahre gemacht hat, nämlich diese Systeme binnen zehn Jahren drastisch zu reduzieren, nun auch zeitgerecht und umfassend umgesetzt werden. Die bevorstehende Anpassung des KSE-Vertrages dürfte dafür ein positives Umfeld für eine weitere Reduzierung dieser Systeme schaffen.

Zwölftens: Aus deutscher Sicht ist die volle und aktive Mitwirkung Russlands im G-8-Rahmen das beste Beispiel für die erfolgreiche Einbindung Russlands in gemeinsam interessierende Fragen von Frieden und Sicherheit nicht nur in Europa, sondern weltweit.

Meyer-Landrut

Herr Ischinger hat uns die offizielle deutsche Position gegenüber Russland umfassend dargelegt. Wir hatten bei der Vorbereitung dieses Gesprächskreises gehofft und uns sehr darum bemüht, dass auch die russische Regierung sich hier entsprechend äußern würde. Leider hat Herr Awdejew, der Erste Stellvertretende Außenminister der Russischen Föderation, im letzten Moment absagen müssen. Wir haben deshalb den profilierten russischen Politiker Herrn Morosow gebeten, der in den letzten

Wochen im russischen Parlament eine zentrale und sehr aktive Rolle als Schmied des Wahlbündnisses der politischen Blöcke "Vaterland" und "Das ganze Russland" spielt, die russische Position aus seiner Sicht darzustellen.

Morosow

Ich habe erst sehr kurzfristig erfahren, dass ich hier referieren soll, bin aber dankbar, auch wenn ich ein wenig improvisieren muss und nicht wie Herr Ischinger die Dinge so breit behandeln kann. Seien Sie also etwas nachsichtig mit mir, zumal ich hier nicht die offizielle russische Regierungsposition verrete.

Unser Treffen hat in gewissem Sinne durchaus eine symbolische Bedeutung, und die Magie, die von bestimmten Daten ausgeht, ist sicher nicht zufällig, sondern spiegelt eine Art Gesetzmäßigkeit wider. Wir treffen uns am Ende eines Jubiläumsjahres. Die Bundesrepublik Deutschland ist fünfzig Jahre alt geworden, und zehn Jahre sind seit dem Fall der Berliner Mauer vergangen. Ein weiteres Datum: Vor dreißig Jahren ist der Sozialdemokrat Willy Brandt an die Regierung gekommen, eine Persönlichkeit, die in Russland sehr geachtet wird.

Alle diese Daten haben einen direkten Bezug zu unserem Thema und es ist sicher keine Übertreibung zu sagen, dass der Moskauer Vertrag von 1970 und die neue Ostpolitik der Regierung Brandt und Scheel das politische Klima in Europa wesentlich verändert und einen Prozess ausgelöst haben - nämlich den Entspannungsprozess;- , von dessen Verlauf die Stellung und Rolle der Sowjetunion in Europa erheblich beeinflusst wurden.

Ich füge hinzu: Wenn wir über das Jahrzehnt nach dem Fall der Berliner Mauer nachdenken, dann sollten wir uns bewusst sein, dass dieses Ereignis nicht nur eine historische und politische Bedeutung, sondern auch eine psychologische Wirkung gehabt hat. Vor dem Fall der Berliner Mauer und damit vor der Vereinigung der beiden deutschen Staaten hatte es den Anschein, dass die geopolitischen Tatbestände in der Welt auf Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte unverändert bleiben würden und wir die Antworten auf die Herausforderungen der Zeit in diesem Rahmen finden müssten. Es geschah jedoch etwas anderes.

Die Vereinigung Deutschlands hatte eine geradezu explosive Wirkung, als klar wurde, dass in der Welt Prozesse stattfinden können, die neu zu ergründen sind und die das Bild der Welt grundlegend verändern könnten, denen man Rechnung tragen muss.

So ist es dann ja auch gekommen. Wir leben heute in einer neuen Welt und haben es mit einem neuen Europa und auch mit einem neuen Russland zu tun, ohne dass ich diese Veränderungen jetzt positiv oder negativ bewerten will. Aber wir müssen alle diesen Tatbestand berücksichtigen und von den neuen Realitäten ausgehen.

Ich will nicht leugnen, dass wir in Russland in dieser neuen Welt und in diesem neuen Europa mit besonderer Aufmerksamkeit, großer Hoffnung und einem ausgesprochenen Interesse auf Deutschland blicken. Und ich will auch nicht verschweigen, dass wir trotz der sehr engen Beziehungen, die Russland zur Regierung von Helmut Kohl hatte, besondere Hoffnungen auf die neue Regierung von Gerhard Schröder setzen. Denn wir gehen davon aus, dass Schröder gute Gründe hat, in Bezug auf Russland an den Geist anzuknüpfen, für den seinerzeit die neue Ostpolitik von Willy Brandt den Grundstein gelegt hat.

Herr Ischinger hat bereits viele der neuen Herausforderungen angesprochen, mit denen wir heute konfrontiert sind. Dazu will ich gleichfalls Stellung nehmen, ohne dass ich für eine Reihe von Fragen eine eindeutige Antwort habe und davon ausgehe, dass wir hier gemeinsam über mögliche Antworten nachdenken werden.

Die erste Frage, die ich vor allem für die Russen für grundlegend halte - obwohl sie nicht uns allein betrifft, ist: Welche Rolle wird und muss Russland in absehbarer Zukunft in dem neuen geopolitischen Kontext, der heute besteht, spielen? Das ist für uns keine rhetorische Frage, sondern sie stellt sich nach den Ereignissen in Jugoslawien in besonders scharfer Form. Ich möchte Ihnen verständlich machen, dass die Position Russlands in der Kosovo-Krise nicht nur und nicht so sehr durch unsere besonderen Beziehungen zu Serbien bestimmt waren. Was unser Verhalten in diesem Konflikt nachdrücklich bestimmt hat, war, dass wir entschieden dagegen waren, wenn hier der Versuch unternommen wurde, diejenigen Realitäten grundlegend zu verändern, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden sind und die auch die Beziehungen Russlands zu den europäischen Ländern und zu den Vereinigten Staaten von Amerika wesentlich bestimmt haben.

Indem man sich über die internationalen Institutionen hinwegsetzte, hatte es den Anschein, dass Russland daran gehindert werden sollte, seine europäischen Interessen, vor allem im Hinblick auf Jugoslawien, wahrzunehmen. Natürlich mussten wir darauf entsprechend reagieren und uns fragen: "Wie sehen denn unsere europäischen und unsere deutschen Partner die Rolle Russlands in Europa und in der Welt?"

Was uns zweitens beunruhigt, ist die Frage, inwieweit die Bekundungen von Deutschland und anderen europäischen Staaten, Russland dabei zu helfen, tatsächlich wirtschaftliche Fortschritte und einen höheren Lebensstandard zu erreichen und Russland in jeder Hinsicht zu einem gleichberechtigten wirtschaftlichen und geopolitischen Partner zu machen, wirklich ernst gemeint sind. Was wir auf keinen Fall akzeptieren können, ist, dass Russland lediglich Lieferant von Energie und Rohstoffen für den Westen ist und der technologische Rückstand zu anderen Ländern konserviert wird. Unsere westlichen Partner sollten verstehen, dass wir an einer Unterstützung interessiert sind, die uns aus dieser Abhängigkeit herausführt.

Wir haben mitunter den Eindruck, die Partnerschaft mit den europäischen Ländern und insbesondere mit einem Partner wie Deutschland richtet sich lediglich auf die aktuellen Probleme. Aber selbst wenn wir diese Probleme lösen, sehen wir keine Perspektive und keine zukunftsweisende Strategie, die über den heutigen Tag hinausweist und das Fundament für unsere Beziehungen von morgen legt. Vielleicht kann dieses Gespräch dazu beitragen, deutlicher zu machen, welchen ostpolitischen Kurs die Bundesrepublik Deutschland anstrebt. Zumindest sind uns im Laufe der Jugoslawien-Krise gewisse Zweifel gekommen, ob denn am unverbrüchlichen Prinzip des Gewaltverzichts und des Verzichts auf Androhung von Gewalt bei der Lösung jeglicher internationaler Probleme nicht zuletzt im Hinblick auf Osteuropa weiterhin festgehalten wird.

Des Weiteren beunruhigen uns die Beziehungen zwischen der NATO und Russland. Ich würde gern eine Antwort auf die Frage bekommen: Inwieweit ist das von der NATO bekundete Interesse an partnerschaftlichen Beziehungen zu Russland vereinbar mit dem Vorrücken der NATO an unsere Grenzen, wie wir das jetzt erleben? Für die Mehrheit der politischen Kräfte in Russland ist dies - das will ich deutlich sagen - unannehmbar.

Das sind Fragen von globaler Bedeutung, die wir nicht nur zwischen unseren politischen Führungspersonlichkeiten und unseren Regierungen, sondern auch in Kreisen wie diesem mit Vertretern verschiedener politischer Parteien, Wissenschaftlern und anderen Experten diskutieren müssen. Ich denke, Herr Ischinger hat eine ganze Reihe von sehr wichtigen Problemen und Themen aufgezeigt, die auch auf jene Fragen verweisen, die ich gestellt habe.

Ich möchte noch drei weitere Probleme ansprechen, die wir ernsthaft diskutieren sollten.

Erstens die Frage unserer wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Wir begrüßen die Tatsache, dass Deutschland nach wie vor unser wichtigster Partner im Westen ist. Wenn ich richtig informiert bin, stammt das in Russland investierte Auslandskapital zu einem Drittel aus Deutschland.

Zweitens möchte ich in diesem Zusammenhang besonders unsere Zusammenarbeit mit den neuen Bundesländern, also der ehemaligen DDR, ansprechen, die sehr große Möglichkeiten beinhaltet, bisher aber nur schlecht genutzt worden ist. Das dort bestehende Potenzial sehe ich insbesondere im Vorhandensein einer Produktionsinfrastruktur und in dem menschlichen Produktionsfaktor, in den nach wie vor vorhandenen Kadern, die für die Zusammenarbeit mit unseren Unternehmen und Betrieben unschwer mobilisiert werden könnten. In der Hinsicht könnten wir das Niveau unserer wirtschaftlichen Zusammenarbeit wesentlich erhöhen.

Herr Ischinger hat dann zu Recht die Zusammenarbeit auf regionaler Ebene erwähnt. Es gibt hervorragende Beispiele für direkte Kontakte von Regionen der Russischen Föderation zu den westdeutschen Bundesländern. Diese Kontakte zeigen, dass die wirtschaftlichen Beziehungen einen weitaus größeren Nutzen haben und die Möglichkeit eröffnen, Investitionen einfacher und rentabler zu gestalten. Dieser regionale Aspekt ist in meinen Augen äußerst wichtig und sehr erfolgversprechend für unsere Zusammenarbeit.

Drittens erwähne ich noch das Thema der interparlamentarischen Zusammenarbeit. Ich würde nicht sagen, dass die Beziehungen zwischen dem russischen Parlament und dem Deutschen Bundestag nicht zufrieden stellend sind. Aber auch hier sehe ich ein erhebliches Potenzial, um diese Kooperation noch zu verbessern. Wir wissen, dass Deutschland gerade im Hinblick auf das föderative System und seine parlamentarischen und gesetzgebenden Voraussetzungen große Erfahrungen besitzt. Das gilt auch für die Sozialpolitik, die das Ziel verfolgt, für verschiedene Bevölkerungsschichten, vor allem für die Armen, soziale Garantien zu schaffen. Auch bei den gesetzlichen Maßnahmen in Fragen der

Einwanderungspolitik und was den Aufenthalt von ausländischen Bürgern in Deutschland angeht, würden wir gern zwischen unseren Parlamenten die Zusammenarbeit aktivieren.

Russland steht heute vor sehr wichtigen Veränderungen, nämlich vor den Wahlen zur Duma im Dezember dieses Jahres und den Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr. Ich bin davon überzeugt - und sage das in Anwesenheit meiner Partner und Kollegen aus dem russischen Parlament; -, dass wir in Kürze einen Wechsel der politischen Eliten in Russland erleben werden, ein Prozess, den ich als sehr positiv bewerte. Denn diese neuen Eliten, die heute die Macht in Russland einfordern, denken konstruktiv und sind zur Zusammenarbeit bereit; doch sie werden die nationalen Interessen des russischen Staates hart verteidigen.

Ich denke, unsere deutschen Partner sollten diese Entwicklung aufmerksam verfolgen. Mein Eindruck ist, dass wir vor einem neuen Durchbruch in der Entwicklung der russisch-deutschen Beziehungen und auch in Bezug auf Europa und die Weltpolitik stehen.

Meyer-Landrut

Herrn Morosow möchte ich nur auf einen wichtigen Punkt hinweisen: Es gibt seitens der deutschen Bundesländer - auch der so genannten neuen Bundesländer - durchaus aktive Partnerschaften mit verschiedenen russischen Regionen, beispielsweise seitens des Bundeslandes Brandenburg mit der Moskowskaja Oblast oder Nordrhein-Westfalens mit der Wolga-Region, und auch andere Erfolg versprechende Beispiele, die dazu dienen könnten, das Potenzial, von dem Sie gesprochen haben, zu erschließen. Das gilt auch für die Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Bundesrat und dem Russischen Föderationsrat oder die zahlreichen Städtepartnerschaften. Ich denke also, dass wir hier auf einem guten Wege sind, wenn auch das vorhandene Potenzial sicherlich noch keineswegs ausgeschöpft ist.

Teltschik

Herr Ischinger hat sich auf die Rolle Russlands in Europa sowie auf die Beziehungen zwischen der EU beziehungsweise Deutschlands zu Russland konzentriert, während in den Ausführungen von Herrn Morosow die globale Dimension stärker betont wurde. Ich halte das für einen bedeutsamen Unterschied in der Sichtweise und ich denke, dass wir die Rolle Russlands in Europa und die Beziehungen zur Europäischen Union nicht von der globalen Dimension losgelöst sehen können.

In den letzten zehn Jahren hat sich ja nicht nur das europäische Szenarium grundlegend verändert, sondern die gesamte internationale Ordnung - ich denke zum Beispiel an die Globalisierung der Wirtschaft - hat sich geradezu revolutionär gewandelt. Jedenfalls ist deutlich erkennbar, dass sich Russland auf der Suche befindet, welche Rolle es im globalen Maßstab spielen soll. Jahrzehntlang war die Sowjetunion als Weltmacht der entscheidende Gegenspieler der Weltmacht USA in einem bipolaren System, während heute nur die USA diese Weltmachtrolle ausüben können. Wie versteht sich Russland angesichts dieser veränderten Weltsituation?

In den Kommuniqués der Gespräche zwischen russischen Politikern mit Vertretern der Volksrepublik China oder Indiens taucht immer wieder der Begriff der multipolaren Welt auf. Ich wäre sehr daran interessiert zu erfahren, wie sich Russland heute in diesem globalen Kontext versteht. Die letzte Zusammenkunft in Kirgisistan mit Indien, China und anderen Staaten der Region hat jedenfalls gezeigt, dass sich Russland nicht nur im Verhältnis zu Europa definiert, sondern global versteht.

In dem Zusammenhang spielt für Russland auch das Verhältnis zu den USA nach wie vor eine außerordentlich wichtige Rolle. Nicht nur zur Zeit Willy Brandts, sondern auch in der Ära von Helmut Kohl ist das Verhältnis Deutschlands zur Sowjetunion beziehungsweise zu Russland immer durch die Beziehungen zwischen Moskau und Washington stark mitbestimmt worden. Deshalb war es ja für jede deutsche Regierung äußerst wichtig, wie sich die Beziehungen zwischen Moskau und Washington entwickelten, zumal Fragen etwa der Nuklearpolitik stets mehr im Mittelpunkt der russisch-amerikanischen Gespräche als der russisch-deutschen Gespräche standen, woran sich auch in Zukunft nichts ändern dürfte. Das heißt, die russisch-amerikanischen Beziehungen wirken sich immer auch unmittelbar auf die russisch-deutschen Beziehungen aus.

Sjuganow

Ich halte die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland für strategisch äußerst wichtig. Von daher ist auch diese Diskussion aus meiner Sicht von großer Bedeutung. Herr Morosow hat bereits einige Fragen angesprochen, bei denen die verschiedenen Parteien und Fraktionen der Staatsduma durchaus übereinstimmen; denn wir sind alle daran interessiert, gute, langfristige Beziehungen zu

Europa und insbesondere zu Deutschland zu haben. Deshalb kann ich es auch nicht billigen, dass unsere Regierung und das Außenministerium hier nicht vertreten sind; denn gerade sie müssen die Rolle und Bedeutung Deutschlands nicht nur in Europa, sondern auch in der gegenwärtigen Welt richtig einschätzen und deshalb an solchen Foren teilnehmen.

Der Zeitpunkt für diesen Gesprächskreis ist auch angesichts der Tatsache, dass die Menschheit in ein neues Jahrtausend eintritt und eines der dramatischsten, heroischsten und bewegendsten Jahrhunderte ihrer Geschichte beendet, von großer Bedeutung. Denn bereits jetzt zeichnen sich die Haupttendenzen in der Entwicklung der Menschheit deutlich ab. Staatsmänner, bedeutende Wissenschaftler und Politiker sind sich in der prinzipiellen Beurteilung der gegenwärtigen Weltlage in vielerlei Hinsicht einig. Ich sehe vor allem vier solcher Tendenzen.

Erstens. In diesem Jahrhundert hat sich die Rolle des Staates als Steuerungsorgan nicht zuletzt in Bezug auf die Wirtschaftsbeziehungen verstärkt. Vereinigungen von Staaten, wie zum Beispiel die Europäische Union, haben sich als höchst effizient und sehr erfolgreich erwiesen, indem sie Grenzen abschafften, einen gemeinsamen Handelsraum schufen und dadurch ein sehr hohes wirtschaftliches Niveau erreichten. Deutschland spielt in dieser Europäischen Union zweifellos eine Schlüsselrolle.

Die zweite Tendenz betrifft die Demokratisierung der Staatsführung. Sämtliche Monarchen und Diktatoren waren gezwungen, ihre Macht mit einem Parlament zu teilen, und die parlamentarischen Institutionen haben beim Schutz der Menschenrechte und der Demokratisierung des öffentlichen Lebens eine wesentliche Bedeutung erlangt.

Die dritte Tendenz sehe ich in einer Sozialisierung des Lebens. Denn auch das Großkapital wurde gezwungen, seine riesigen Ressourcen zu teilen und in die Bildung, die Wissenschaft und die Kultur zu investieren. Die Umweltkonferenz von Kopenhagen, an der sämtliche europäischen Länder teilnahmen, hat noch einmal deutlich gemacht, dass wir nur dann die Menschheitsprobleme lösen werden, wenn wir die natürliche Lebensumwelt erhalten und die Krankheiten wirkungsvoll bekämpfen. Dafür müsste mindestens ein Drittel des Kapitals in die Ausbildung und in die humanitären Bereiche investiert werden.

Als Viertes nenne ich die Globalisierung der Prozesse. Durch das Internet und die anderen Informationstechnologien verwandelt sich die Welt gewissermaßen in ein großes Dorf. Mit Hilfe des Internets kann man ohne weiteres andere Kontinente erreichen oder mit Freunden in Kontakt treten und Verhandlungen mit Großunternehmen operativ durchführen.

Ich gehöre zu denjenigen Politikern und Wissenschaftlern, die der Meinung sind, dass in den letzten Jahren in Russland alle vier Tendenzen grob vernachlässigt wurden und unser Land sich entgegen den weltweiten Prozessen entwickelt. In Russland gibt es keinen funktionsfähigen Staat, sondern ein korrumpiertes Gebilde, dem es an jeglicher Legitimität und einer geregelten Verwaltungstätigkeit fehlt. In Russland fehlt es an einem normalen demokratischen Prozess. Heute sind wir so weit heruntergekommen, dass es durchaus denkbar ist, wenn in die Staatsduma in Kürze haufenweise kriminelle Elemente einziehen werden. Ich denke beispielsweise an die Liste der Liberal-Demokratischen Partei Russlands von Schirinowski), in der 38 Personen auftauchen, die eine kriminelle Vergangenheit haben und mit dem Gesetz auf Kriegsfuß stehen.

Im sozialen Bereich haben 51 Millionen unserer Bürger ein Einkommen, das unter dem Existenzminimum liegt. Viele dieser Menschen müssen Hunger leiden.

Jahrhundertlang hat Russland die Balance zwischen Europa und Asien gewahrt - eine Rolle, die von niemandem infrage gestellt wurde und die für die gegenwärtige Welt außerordentlich wichtig wäre. Heute befindet sich die Russische Föderation in einem Auflösungsprozess, der die Einheit unseres Landes zerstört und einen internationalen Konflikt mit katastrophalen Folgen für den gesamten Planeten bewirken kann.

Ich meine, dass in diesem Jahrhundert nicht nur der Fortschritt vervollkommenet wurde, sondern auch das Böse. Man hat uns in Russland einen kriminellen Markt im Urzustand aufgezwungen, wie es ihn in keinem anderen europäischen Land gibt. Dieser kriminelle Markt schafft keine neuen Arbeitsplätze und gewährleistet keinerlei Gerechtigkeit, sondern bringt eine nie zuvor gekannte Kriminalität und Umweltzerstörung hervor.

Ich stimme mit Herrn Morosow auch darin überein, dass der Krieg auf dem Balkan sich nicht nur gegen das viel geschundene Jugoslawien gerichtet hat, sondern auch gegen das vereinte Europa. Mir haben einige amerikanische Strategen offen gesagt: "An einem vereinten Europa sind wir nicht interessiert, vor allem nicht an einer Zusammenführung der Potenziale dieses vereinten Europas mit den Ressourcen und intellektuellen Möglichkeiten der Russischen Föderation." Sie verstehen sehr

wohl: Wenn es gelingen sollte, diese Aufgabe zu bewältigen, wäre dies das erfolversprechendste Unternehmen im 21. Jahrhundert.

Die Bomben fielen nicht nur auf den Balkan, sondern sie haben auch zur Folge gehabt, dass der Euro, die gemeinsame europäische Währungseinheit, um dreißig Prozent abgewertet wurde. Diese Bombenangriffe haben in einigen Ländern, nicht zuletzt auch in Deutschland, zu großen Problemen geführt; sie schaffen neue Spannungen, die wir gerade vermeiden wollten.

Die Russische Föderation steht heute vor der Wahl: Wenn die Politik von Jelzin und seiner Umgebung fortgeführt wird, dürfte dies unweigerlich entweder einen kriminellen Staat oder einen Krieg zur Folge haben. Wir wünschen dies nicht, sondern wir wollen die Lage mit friedlichen und demokratischen Mitteln bereinigen. Das kann nur im Bereich der Politik und nicht durch die Wirtschaft erfolgen. Dies muss in den nächsten Monaten geschehen. Viel wird davon abhängen, wie die Wahlen zur Staatsduma im Dezember verlaufen. Denn eine neue Duma und im nächsten Jahr ein neuer Präsident können die Politik und auch die Beziehungen unter anderem mit Europa erneuern. Ich denke, Europa müsste an der Einheit einer entwickelten und modernen Russischen Föderation interessiert sein.

Ich vertrete die Bewegung "Für den Sieg", die aus Kommunisten und etwa zweihundert verschiedenen Parteien, Bewegungen und Organisationen besteht. Wir haben bereits ein Programm veröffentlicht und eine starke professionelle Mannschaft aufgestellt, die über sehr viel Leitungserfahrung und eine breite Vertretung in allen gesetzgebenden Organen des Landes verfügt. Wir werden alles daransetzen, um "Ausnahmestände" zu verhindern. Die Terroraktionen, mit denen ganze Häuser in die Luft gesprengt wurden, haben erneut gezeigt, wie schwach und hilflos die gegenwärtige Staatsmacht ist. Aber ich schließe nicht aus, dass die Ereignisse unter anderem in Tschetschenien geschürt werden, um gerade einen solchen Ausnahmestand herbeizuführen, der die alleinige Führung des Landes einem Präsidenten überantwortet, der gar nicht mehr in der Lage ist, sich selbst zu beherrschen, geschweige denn den Staat zu führen. Deshalb muss alles getan werden, um dies zu verhindern und dafür zu sorgen, dass faire demokratische Wahlen durchgeführt werden und eine neue Politik ins Werk gesetzt wird.

Ich möchte nochmals betonen, dass wir an langfristigen Beziehungen mit Deutschland außerordentlich interessiert sind. Ich habe selbst einige Jahre in Ostdeutschland gelebt und meine, dass Deutschland seine Möglichkeiten nicht effektiv genug nutzt, vor allem nicht das Potenzial, das in den östlichen Bundesländern vorhanden ist. Dort spricht jeder vierte Bürger Russisch, viele haben bei uns studiert und verfügen über Kenntnisse, die sich für die Handels- und Geschäftsbeziehungen vorteilhaft verwenden lassen, an denen wir alle interessiert sind. Trotz des Verfalls des Rubelkurses im August 1998 ist von 1500 Joint Ventures, die zwischen Deutschland und Russland geschaffen wurden, nicht ein einziges Bankrott gegangen. Sie sind weiterhin auf unserem Markt aktiv. Von unserer Seite werden wir alles dafür tun, damit sich unsere Beziehungen positiv entwickeln. Ich hoffe, auch dieser Gesprächskreis wird dazu einen Beitrag leisten.

Pflüger

Herr Sjuganow hat, wie es viele andere tun - auch im Westen;-), die enormen Probleme Russlands hervorgehoben: die Massenarmut etwa oder die katastrophale wirtschaftliche Lage im Allgemeinen, Korruption, Kriminalität, Werteverfall bis hin zu den häufigen Regierungswechseln. Ein solches negatives Bild von der russischen Wirklichkeit zu zeichnen, ist sicher nicht falsch, und die westlichen Medien bedienen sich besonders solcher Nachrichten, die für ihre Leserschaft allemal interessanter zu sein scheinen als die Lichtblicke, die doch ebenfalls nicht zu übersehen sind.

Wenn es ein Ziel dieses Bergedorfer Gesprächs ist, eine Art Bilanz der letzten zehn Jahre aufzumachen, dann ist damit sicher nicht zuletzt auch gemeint, jenseits der tagespolitischen Sorgen einen Blick auf die Gesamtentwicklung zu werfen. Und angesichts der russischen Geschichte in diesem Jahrhundert, angesichts der Erfahrungen zweier Weltkriege, des Kommunismus und ohne jegliche praktische Kenntnis von Demokratie und Marktwirtschaft, kann man auch eine andere Rechnung aufmachen und diese zehn Jahre als Erfolg werten - sowohl für Russland selbst als auch für die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen.

Welche Befürchtungen wurden Anfang der 90er-Jahre laut, wenn ich etwa an die Ängste denke, die wir alle vor Herrn Schirinowski hatten, oder daran, dass wir verschiedentlich meinten, die zarte russische Demokratie werde durch einen Putsch hinweggefegt. Sicher, es hat mehrfach Regierungskrisen gegeben, die aber weitgehend verfassungskonform gelöst wurden. Anschläge auf die Demokratie wurden zurückgewiesen. Die Beziehungen zum Westen waren immer wieder Belastungen ausgesetzt. Was das russische Vorgehen in Tschetschenien oder das Verhalten im Kosovo-Konflikt angeht, gab es tiefgreifende Differenzen. Auf der anderen Seite haben wir jedoch

auch viel erreicht. Ich denke etwa an das NATO-Russland-Abkommen, das wir, wie Herr Ischinger zu Recht sagte, wieder beleben müssen. Es gibt ein EU-Partnerschafts- und -Kooperationsabkommen. Der Handel zwischen Russland und der EU hat sich recht gut entwickelt, auch wenn sich da noch vieles verbessern ließe; aber das Handelsvolumen ist achtmal so hoch wie der Handel zwischen Russland und den Vereinigten Staaten von Amerika. Auch diese Entwicklung lässt sich als Erfolg werten.

Ich meine also, bei allen Problemen, die ich nicht klein schreiben will, dürfen wir die positiven Entwicklungen nicht übersehen, die in Russland stattgefunden haben. Wenn ich zum Beispiel das Moskau von vor acht oder neun Jahren mit dem vergleiche, was ich heute hier wahrnehme, dann stelle ich fest, dass diese Stadt in jeder Hinsicht attraktiver und schöner geworden ist.

Doch ich will auch ein Wort zu Tschetschenien sagen, ein Thema, das die deutsche Öffentlichkeit erheblich beschäftigt. Herr Ischinger hat betont - und das ist auch Konsens im Deutschen Bundestag; -, dass die Bundesrepublik Deutschland an der territorialen Integrität und Stabilität der Russischen Föderation ein hohes Interesse hat. Die Terroranschläge, die in den letzten Wochen in Moskau und Umgebung an die dreihundert Todesopfer gefordert haben, erfüllen uns mit Bestürzung, Abscheu und Trauer. Die Bilder, die uns die Medien übermittelt haben, können niemanden gleichgültig lassen, und wir fühlen mit allen betroffenen Menschen.

Aber wir fragen uns auch, ob die harte militärische Reaktion zur Lösung der Probleme beiträgt oder diese nicht eher verschärft. Führt die Militärintervention nicht gerade zu einer Stärkung der separatistischen und fundamentalistischen Tendenzen, die verhindert werden sollen? Ich denke, wir dürfen solche Frage stellen, ohne uns der Einmischung in innere russische Angelegenheiten verdächtig zu machen.

Könnten mit Hilfe der internationalen Diplomatie, etwa der OSZE, solche Konflikte nicht friedlich beigelegt werden? Ist solche Hilfe auf russischer Seite überhaupt erwünscht? Ich meine, darüber sollte offen gesprochen werden.

Schließlich möchte ich mich noch zum Thema Abrüstung äußern, die nach gutem Beginn Anfang der 90er-Jahre ins Stocken geraten ist. START II ist von der Duma immer noch nicht ratifiziert worden, was die Verhandlungen über START III weitgehend blockiert. Auch die KSE kommt nicht voran; bei open skies gibt es in Europa keine Fortschritte.

Gerade dem Abrüstungsdialog kam in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen stets eine außerordentliche Bedeutung zu. Ich hoffe sehr, dass der Abrüstungsprozess nach den Duma-Wahlen im Dezember dieses Jahres und nach den Präsidentwahlen im kommenden Jahr mit neuer Kraft vorangebracht wird. Das gilt auch für das Gebiet der konventionellen Waffen und vor allem für die Antiproliferation, wo der Westen und Russland eng zusammenarbeiten sollten, um die Weiterverbreitung von Nuklearwaffen zu verhindern. Da ist in letzter Zeit viel zu wenig geschehen.

Ich will in diesem Zusammenhang auch die USA nicht ausnehmen, wenn es darum geht, das ABM-Regime zu erhalten, was für die Abrüstung von strategischen Waffen unabdingbar ist. Wenn hier Änderungen vorgenommen werden, muss das in jedem Fall mit Russland gemeinsam geschehen. Ich würde es jedenfalls für absolut fahrlässig halten, den ABM-Vertrag einfach fallen zu lassen, wie das gelegentlich bei amerikanischen Präsidentschaftskandidaten und auch aus dem amerikanischen Kongress anklingt. Das würde nicht nur zwischen Russland und dem Westen, sondern weltweit, beispielsweise mit China und Japan, erhebliche Konsequenzen haben und einem erneuten globalen Wettrüsten Vorschub leisten. Deshalb setzen wir Europäer uns dafür ein, dass das ABM-Regime erhalten bleibt.

Das heißt, hier gibt es gemeinsame Interessen, die wir definieren und vertreten sollten, um schrittweise miteinander voranzukommen. Dadurch würde auch das Vertrauen zwischen Russland und dem Westen gestärkt werden.

Modrow

1989/90, am Ende des Kalten Krieges, gab es große Hoffnungen auf Frieden und Sicherheit nicht nur bei den Politikern, sondern vor allem bei den Völkern. Betrachten wir die Lage heute, dann sind nicht nur viele Hoffnungen unerfüllt geblieben. Im Gegenteil, der Krieg ist wieder zu einem Mittel der Politik geworden.

Im Krieg gegen Jugoslawien wurde das Völkerrecht verletzt, und die Bundesrepublik Deutschland hat nicht nur das Völkerrecht gegenüber der UNO, sondern auch den Zweiplus-vier-Vertrag missachtet, der gerade für Russland von besonderer Bedeutung ist. Stattdessen hat man sich auf die

Bündnispflicht berufen. Auch die Bemühungen von Primakow, in Belgrad zu vermitteln, fanden auf Seiten der Bundesregierung wenig Beachtung. Das änderte sich erst, als Frau Albright mit Herrn Iwanow in Oslo zusammentraf und die Bundesregierung in den Chor einstimmt: Russland muss ins Boot.

Ich meine, Herr Teltschik, es reicht nicht, sich hinter dem Rücken der USA zu verstecken und abzuwarten, ob aus Washington ein Signal kommt. Das wurde in der internationalen Politik durchaus als Demütigung empfunden. Ich denke, die Bundesrepublik müsste in solchen Fällen selbständiger und selbstbewusster agieren und dabei stärker das internationale Vertragsrecht im Auge behalten.

Im gewissen Sinne hat bei uns das Thema NATO-Osterweiterung die Partnerschaft für den Frieden mit Russland verdrängt, die man jetzt offenbar wieder neu beleben will, wie wir hier von Herrn Ischinger gehört haben. Dabei tun wir so, als habe es immer nur die NATO als militärischen Block gegeben, und ignorieren, dass damals zwei militärische Blöcke bestanden haben. Für die USA war beim Prozess der Vereinigung der beiden deutschen Staaten der Verbleib des vereinten Deutschlands in der NATO die Kernfrage, der sie alles andere unterordneten.

Ich erinnere mich noch sehr genau an die Reaktionen, als ich am 1. Februar 1990 den so genannten Modrow-Plan öffentlich machte und in Übereinstimmung mit der sowjetischen Seite, also mit Gorbatschow, betonte, das vereinte Deutschland solle militärisch neutral sein. Sofort läuteten in den USA die Alarmglocken und Außenminister Baker traf am 8. Februar 1990 in Moskau ein, um den Standpunkt der amerikanischen Regierung gegenüber Gorbatschow und Schewardnadse durchzusetzen, was dann ja auch der Fall war.

Nach dem Untergang des Warschauer Pakts und der Auflösung der Sowjetunion trat aber nicht der erwartete und versprochene Wandel der NATO ein, sondern es entstand die neue NATO, die jetzt an Russland appelliert, die Partnerschaft für den Frieden zu erneuern. Herr Ischinger hat zu Recht betont, dass Frieden gegen Russland nicht möglich ist. Frieden mit Russland heißt jedoch, dass sich die Bundesrepublik Deutschland klar zu ihrer Verantwortung innerhalb der Vereinten Nationen bekennt und sich entschiedener für die OSZE einsetzt, die bisher ein regelrechtes Schattendasein führt, was sicher kein Zufall, sondern bewusst so gewollt ist.

Russland, ebenso wie Europa und insbesondere die Europäische Union brauchen eine Partnerschaft, die den Frieden sichert sowie wirtschaftliche Stabilität und soziale Sicherheit in Russland als Ergebnis der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zum Ziel hat. Diese drei Dinge gehören zusammen, wenn wir die Probleme gemeinsam meistern wollen. Russland hat eine Schocktherapie nach der anderen erlebt, und die Wirtschaftskrise hier hat Auswirkungen, die weit über Russland hinausreichen, wie ich bei meinem letzten Besuch in Lateinamerika, in Chile, feststellen konnte. Und wenn Herr Ischinger die Bedeutung der Europäischen Union hervorhebt, dann stimme ich ihm zu, was aber nicht heißen darf, die eigene Verantwortung herunterzuspielen.

Herr Morosow hat auf die neuen Eliten in Russland hingewiesen, die eine andere Qualität ins Spiel bringen. Das setzt dann aber auch auf Seiten der Europäischen Union eine neue Qualität in ihrem Verhältnis zu Russland voraus. Deshalb unterstütze ich die Auffassung, die Bundesrepublik Deutschland brauche eine neue Ostpolitik und kann sich nicht allein darauf berufen, dass man sich vor allem für die NATO-Osterweiterung engagiert habe, was mit der Politik der Kohl-Regierung verbunden ist.

Dass die NATO heute um 600 km weiter nach Osten vorgerückt ist, hat nicht zuletzt dazu geführt, dass sich Russland darum bemüht, China und auch Indien stärker geopolitisch einzubinden. Die neue politische Weltordnung, nach der die USA unverkennbar streben, sieht dabei die Bundesrepublik weniger als Partner, sondern vielmehr im Schlepptau der Vereinigten Staaten. Hier wäre eine eigenständigere Politik der Bundesregierung durchaus angesagt.

Sie verweisen auf die Beziehungen einzelner ostdeutscher Bundesländer zu russischen Regionen, Herr Meyer-Landrut. Ich kenne und unterstütze in dieser Hinsicht den brandenburgischen Ministerpräsidenten Stolpe in seinen diesbezüglichen Bemühungen. Was bisher aus Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt zu vernehmen ist, sind bloße Ankündigungen, denen aber bislang keine Taten gefolgt sind. Von Sachsen und Thüringen will ich schon gar nicht sprechen.

Es war nach 1989 zwar viel die Rede davon, man müsse die Kompetenzen der DDR in Richtung Osteuropa und Russland nutzen - einschließlich der Sprachkenntnisse;- , aber in der Praxis hat sich da sehr wenig getan. Das gilt insbesondere für den politischen Bereich. Bundeskanzler Schröder hält zwar eine schöne Rede vor dem IMEMO in Moskau und lobt die Qualität der dortigen Ausbildung, aber von den schätzungsweise 3000 DDR-Diplomaten, die an diesem Institut ausgebildet wurden, ist

meines Wissens nicht ein einziger in den diplomatischen Dienst der Bundesrepublik übernommen worden.

Aber auch auf wirtschaftlichem Gebiet sieht es nicht viel besser aus. In der Vergangenheit hatte die DDR beispielsweise 80 Prozent der Fernschlafwagen geliefert, die in Russland in Betrieb sind, sowie gut zwei Drittel der gesamten sowjetischen Hochseefischereiflotte ausgerüstet. Natürlich haben Neuverkäufe derzeit keine Chance, aber ostdeutsche Facharbeiter könnten für Instandsetzungsarbeiten herangezogen werden. Ich könnte diese Liste endlos verlängern, um zu zeigen, was an konkreter projektbezogener Zusammenarbeit möglich wäre und was dazu beitragen könnte, die nahezu zwanzigprozentige Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland zu verringern.

Die viel zitierte Männerfreundschaft zwischen Kohl und Gorbatschow, wo man gemeinsam in der Sauna schwitzte, hat leider keine Konzepte für die Zusammenarbeit ausgeschwitzt. Es wäre an der Zeit, dass die rot-grüne Regierung das aufnimmt, was Herr Morosow gesagt hat.

Karaganow

Für mich ist es immer wieder eine große Freude, am Bergedorfer Gesprächskreis teilzunehmen, der intellektuell und politisch stets eine Bereicherung darstellt.

Ich möchte meinen Beitrag in drei Teile gliedern. Der erste Teil ist eine Reaktion auf das eindrucksvolle Referat von Herrn Ischinger und die Stellungnahmen der Kollegen. Zweitens will ich in aller Kürze diejenigen Herausforderungen analysieren, die sich im Zusammenhang mit unserer Außen- und Innenpolitik stellen. Und drittens äußere ich einige Überlegungen, in welche Richtung und mit welcher Strategie sich die russische Politik entwickeln kann.

Zum ersten Punkt. Ich begrüße natürlich die ausgestreckte Hand, die Sie uns von deutscher und europäischer Seite im Sinne der Freundschaft und Zusammenarbeit anbieten, Herr Ischinger. Die meisten Punkte, die Sie genannt haben, entsprechen in der Tat auch den lang- und mittelfristigen Interessen Russlands. Aber wir sollten realistisch bleiben. Das, was jetzt im Kosovo zwischen uns vor sich geht, kann man nicht als Zusammenarbeit bezeichnen, sondern das ist weit mehr eine Verschleierung tiefer Widersprüche, die wir zwar nicht aufblasen sollten, die aber weiter bestehen. Damit bleibt auch das Misstrauen. Es wird noch lange Zeit brauchen, um die kosovarische und jugoslawische Wunde heilen zu lassen, und wir müssen gemeinsam Lehren aus den Fehlern, die dort begangen wurden, ziehen.

Auch wir halten es für notwendig, den Abrüstungsprozess, besonders in Bezug auf die Kernwaffen, zu aktivieren. Russland besitzt nach wie vor ein riesiges nukleares Potenzial, das weit größer ist, als die Bestände aller anderen Nuklearmächte. Das ist zum einen ein wirtschaftliches Problem, das aber zugleich eine wichtige politische Komponente enthält, die vor allem den ABM-Vertrag betrifft. Wenn die Vereinigten Staaten möglicherweise vom ABM-Vertrag zurücktreten, würde das sicherlich einen weltweiten Rüstungswettlauf anstoßen. Das betrifft nicht nur Russland, sondern vor allem China, ein Land, das innerhalb von zehn Jahren zu einer nuklearen Supermacht werden kann. All dies gilt es bei der Ausarbeitung einer Strategie zur Verringerung der Nuklearwaffen zu berücksichtigen.

Ein Problem, das in erheblichem Maße unsere Beziehungen betrifft, ist die NATO-Erweiterung, die bis heute in Russland kein Verständnis findet und abgelehnt wird. Solange wir nicht verstehen, was letztendlich dahinter steckt und wie weit die Erweiterung gehen soll, dürfen Sie von uns nicht erwarten, dass wir unsere politischen Zusagen, die wir zu Beginn der 90er-Jahre gemacht haben, voll erfüllen werden. Damals gingen wir davon aus, dass wir es mit einem einheitlichen Europa zu tun haben werden und die NATO ohne Erweiterung ein neues politisches Konzept entwickelt auf der Basis gutnachbarlicher Beziehungen. Wir wollen Brüder sein, aber bislang wurde uns nur eine kalte Dusche in Form der NATO-Erweiterung verpasst.

Russland hat selbst sehr viele Fehler gemacht. Aber wir sind jetzt erst einmal gezwungen abzuwarten, was weiter geschehen wird. Und so wie die Dinge gegenwärtig liegen, ist eine Diskussion über die Abschaffung von taktischen Nuklearwaffen leider verfrüht. Sobald wir erkennen, dass sich die militärisch-politische Lage in Europa tatsächlich stabilisiert und uns im Fernen Osten kein nuklearer Rüstungswettlauf droht, können wir diese Frage viel pragmatischer angehen.

Dessen ungeachtet sehe ich jedoch ein großes Feld gemeinsamer Interessen, das eine weitgehende Übereinstimmung zwischen uns schafft.

Dann zu den strategischen Fragen, mit denen sich Russland heute konfrontiert sieht und die unsere deutschen Kollegen höflicherweise ausgeklammert haben. Russland steht vor der Gefahr des politischen Zerfalls. Herr Morosow und auch Herr Sjuganow haben zu Recht daraufhingewiesen, dass

es bei den anstehenden Wahlen in diesem und im nächsten Jahr gelingen muss, das bestehende politische Regime abzulösen und unsere Eliten zu erneuern.

Dabei sehe ich als Hauptproblem Russlands die Schwächung der Staatlichkeit an. Nicht das Fehlen von Gesetzen und die politische Kultur sind unser Kernproblem, sondern dass wir in den letzten Jahren einen Verlust unserer Staatlichkeit erlebt haben. Unsere Probleme haben sich erheblich dadurch verschärft, dass die politischen Veränderungen uns in eine Situation hineingeführt haben, in der eine gewaltige Nuklearmacht von einer Gruppierung regiert wird, die eng mit Korruption in Verbindung gebracht wird. Dabei will ich keineswegs alle Beamten und Führungskräfte unseres Landes der Korruption beschuldigen. Aber wenn wir dieses Problem nicht lösen, dürfte der Zerfall des Landes unausweichlich sein. Weder Russland selbst noch die Regionen sind für die Desintegration verantwortlich. Die Ursache dafür sehe ich allein in der Politik, die im Kreml in Moskau betrieben wird.

Deshalb hat unsere Zusammenarbeit, wie Herr Sjuganow angedeutet hat, durchaus taktische und strategische Bedeutung. Wir haben nämlich allen Grund zu befürchten, dass die kommenden Wahlen unsauber und unfair verlaufen. Dafür gibt es bereits deutliche Anzeichen; denn der föderale Machtapparat wirkt ganz offen und in grober Weise auf die politischen Kräfte ein, was einen Verstoß gegen die Verfassungsbestimmungen darstellt.

Dagegen müssen wir Gegenkräfte mobilisieren, um faire und saubere Wahlen so weit wie möglich sicherzustellen. Wir müssen verhindern, dass weder im Wahlkampf noch in den Wahllokalen und bei der elektronischen Auswertung unrechtmäßige Einflussnahmen beziehungsweise Manipulationen stattfinden. Das gilt sowohl für die im Dezember anstehenden Parlamentswahlen als auch für die Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr. Hier wäre eine engere Zusammenarbeit mit unseren westlichen Kollegen durchaus wünschenswert, und wir fordern sie auf, mit uns gemeinsam faire und saubere Wahlen in Russland zu gewährleisten. Wir sollten also sowohl über eine breit angelegte politische Programmatik als auch über konkrete Maßnahmen vor Ort gemeinsam nachdenken.

Russland steht heute vor der Alternative, ob es uns gelingt, unsere inneren und sonstigen politischen Uneinigkeiten zu überwinden oder nicht. Wir müssen begreifen, dass es um die Rettung unseres Landes geht und nicht nur darum, einen Weg auszuwählen. Wenn uns das gelingt, können wir eine neue Periode in unserer Geschichte beginnen, die vor allem die Wiederherstellung der Staatlichkeit Russlands und der Regierbarkeit des Landes zum Ziel hat. Damit werden wir sicher noch kein Land, das idealen europäischen Vorstellungen entspricht. Aber wir müssen versuchen, jene schlimmen Tendenzen zu überwinden, die sich in Russland in den letzten Jahren breit gemacht haben und ein neues Paradigma der strategischen Entwicklung sowohl in der Außen- als auch in der Innenpolitik begründen.

Wir setzen große Hoffnungen darauf, dass die Europäische Union, wenn sie ihre nächste Erweiterungsphase abgeschlossen hat, sich verstärkt Russland zuwenden wird.

Des Weiteren legen wir sehr großen Wert darauf, normale Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika aufrechtzuerhalten. Was wir indes leider feststellen müssen, ist, dass die grundlegende Basis dieser Partnerschaft immer mehr im Schwinden begriffen ist. Das hat seine Ursache zum einen sicher darin, dass Russland keine globale Macht mehr ist; zum anderen aber, dass wir geradezu eine Karikatur des amerikanischen Modells übernommen haben und damit vollkommen gescheitert sind. Die Schuld daran tragen nicht die Amerikaner, sondern weitgehend wir Russen selbst. Das ändert indes nichts an der Tatsache, dass unsere Beziehungen dadurch sehr gelitten haben.

Dennoch wird sich Russland um die Aufrechterhaltung eines ernsthaften Dialogs über militärisch-politische Fragen und geostrategische Probleme bemühen, um die Stabilität zu sichern. Russland versteht sich dabei jedoch nach wie vor als europäische und eurasische Großmacht, die es im Verlauf seiner gesamten Geschichte, zumindest während der letzten 300 bis 350 Jahre, gewesen ist und die es wieder werden muss.

Was wir ohne jeden Zweifel brauchen, ist ein neues Wirtschaftsmodell, das die russischen und die ausländischen Produzenten und Investoren in unserem Land nach Kräften unterstützt. Angesichts der Konkurrenzunfähigkeit der russischen Industrie auf lange Sicht, ist es völlig unrealistisch, eine Politik zu erwarten, dass wir uns für ausländische Waren öffnen. Ein begrenzter Protektionismus ist notwendig, um zusätzliche Reibungen zu vermeiden. Wenn es uns gelingt, den Staat zu stärken und in unserem Land die Ordnung wiederherzustellen, werden wir uns um das Fehlen einiger Gesetze keine Sorgen zu machen brauchen. Die Attraktivität für Investitionen wird sich verbessern. Zweifellos werden wir, wie Herr Ischinger sagte, im Bereich der Rechtsreform und der Steuergesetzgebung noch einiges tun müssen. Wir müssen aber vor allem dafür sorgen, dass die bereits vorhandenen Gesetze auch tatsächlich angewendet werden.

Was wir für eine erfolgreiche wirtschaftliche Zusammenarbeit brauchen, ist eine Stärkung der Staatlichkeit, um für die russischen und ausländischen Investoren optimale Bedingungen zu schaffen. Unter den heutigen Verhältnissen rate ich jedem Investor ab, in Russland zu investieren - angesichts einer völlig instabilen politischen Lage und bei dem jetzigen Regime. Wenn wir in dieser Hinsicht eine Veränderung erreichen, werden sich auch für ausländische Unternehmen Investitionen in Russland wieder lohnen.

In der Außenpolitik wird es für uns wichtig sein, die Zusammenarbeit mit Europa zu vertiefen. Aber Sie müssen verstehen, dass wir in der gegebenen Situation ebenso eine enge Kooperation mit den Ländern des Fernen Ostens anstreben, da wir sonst Gefahr laufen, den Fernen Osten zu verlieren. Unsere Hoffnung ist, dass Russland das große Projekt im 21. Jahrhundert, die Erschließung Sibiriens und des Fernen Ostens, auch mit Unterstützung der Europäer realisieren kann. Aber Russland muss normale und enge Beziehungen mit allen Ländern an seiner Peripherie haben. Das heißt, wir können uns nicht an einem eurozentristischen Modell orientieren, selbst wenn wir als Europäer erzogen worden sind. Das ist keine antieuropäische Entscheidung, sondern im Gegenteil, sie ist rational europäisch.

Es besteht, wenn ich es richtig sehe, in Russland ein sehr breiter Konsens darüber, dass sich die russische Außenpolitik jetzt primär auf die Rettung des russischen Staates und der russischen Gesellschaft konzentrieren muss. Über die Art, wie wir unsere Kräfte bündeln, gibt es gewisse Meinungsverschiedenheiten. Beispielsweise darüber, ob wir uns zunächst einer aktiven Außenpolitik weitgehend enthalten sollten oder Innen- und Außenpolitik gleichgewichtig ansetzen. Es gibt die Schule der Neoisolationisten und diejenige der Monopolaristen. Aber beide Schulen stimmen darin überein, dass die russische Außenpolitik sich weitgehend zurückhalten und Konfrontationen oder langfristige Engagements möglichst vermeiden sollte. Unser Hauptaugenmerk muss auf das Überleben des Landes und auf die wirtschaftliche Entwicklung gerichtet sein.

Ich denke, eine neue russische Außenpolitik kann erst in etwa fünf bis zehn Jahren zum Tragen kommen, wenn wir es geschafft haben zu überleben und uns zu entwickeln beginnen. Wie diese Außenpolitik dann aussehen wird, ist heute schwer vorherzusagen. Das wird wesentlich davon abhängen, welche Grundlagen wir in diesen zehn Jahren legen. Zunächst muss es uns gelingen, eine breite Koalition jener Kräfte zustande zu bringen, die daran interessiert sind, die Zerfallstendenzen des Staates und die Kriminalisierung der russischen Macht zu überwinden. Wenn wir im nächsten Jahr siegen, werden wir uns in den ersten vier Jahren auf die Festigung des Staates und die Schaffung von Bedingungen für den wirtschaftlichen Aufbruch konzentrieren müssen. Danach werden wir hoffentlich eine Weiterentwicklung und Neuorientierung der russischen Außenpolitik angehen und in den nächsten, sagen wir, acht Jahren eine stabile Basis für eine neue Zusammenarbeit legen können.

Nyberg

Gemeinsames Schwitzen, Herr Modrow, kann mitunter gefährlich sein. Diese Erfahrung musste in den fünfziger Jahren Chruschtschow machen, als er mit dem schlaun Kekkonen in die Sauna ging und dafür vom Politbüro gerügt wurde.

Dass Russland für die finnische Politik prioritäre Bedeutung hat, bedarf sicher keiner besonderen Erläuterung. Ich denke jedoch, dass nicht die NATO-Erweiterung das eigentlich zukunftssträchtige Thema in Europa ist. Wenn wir eine Perspektive von zehn, fünfzehn Jahren anvisieren, dann ist es vielmehr die Erweiterung der Europäischen Union, die zur Konsequenz hat, dass die Union näher an Russland heranrückt. Die gegenwärtigen 1300 km gemeinsamer Grenze zwischen der EU und Russland, die Herr Ischinger erwähnte, betreffen heute allein die finnisch-russische Grenze. In, sagen wir, zehn Jahren, werden mit Polen und den baltischen Staaten vier weitere EU-Grenzländer hinzukommen. Das wird auch das Verhältnis zu Russland beeinflussen.

Ich will in diesem Zusammenhang nur anmerken: Als Finnland 1995 Mitglied der Europäischen Union wurde, haben wir einen Vertrag unterschrieben, der 80.000 Seiten umfasste. Als beispielsweise Spanien 1982 Mitglied der NATO wurde, waren es lediglich acht Zeilen, die dies dokumentierten. Das heißt, ein Land kann von einem Tag auf den anderen Mitglied der NATO werden, aber nicht über Nacht in die Europäische Union hineinkommen. Um Mitglied der EU zu werden, bedarf es für ein Land grundlegender Reformen, die tief greifende Veränderungen für die jeweilige Gesellschaft mit sich bringen.

Die Europäische Union will Partnerschaft und Zusammenarbeit mit Russland. Dabei sollte man auch die Ukraine nicht vergessen, die sich ebenso Europa zuwendet. Und ich füge hinzu: Die sich erweiternde gemeinsame Grenze mit der Europäischen Union ist aus der Sicht Russlands die derzeit

einzigste Grenze, von der keinerlei Bedrohung ausgeht. Russland hat de facto keine sicherheitspolitischen Probleme mit seiner Westgrenze; die liegen, wie wir alle wissen, in ganz anderen Himmelsrichtungen.

Die Europäische Union hat mit ihrer Russland-Strategie, die während der deutschen Präsidentschaft verabschiedet wurde, die Koordination und Kohärenz ihrer Politik wesentlich verbessert. Dem sollte jetzt mit einer Intensivierung der Partnerschaft zwischen Russland und der Union Rechnung getragen werden. Darüber werden in der kommenden Woche die EU-Außenminister-Troika unter Führung der finnischen Außenministerin Frau Halonen mit dem russischen Außenminister Iwanow sprechen. Von russischer Seite wurde erfreulicherweise eine eigene Strategie gegenüber der EU angekündigt, die auf dem EU-Russland-Gipfel am 22. Oktober in Helsinki auf den Tisch kommen soll.

Herr Ischinger erwähnte das finnische Konzept der nördlichen Dimension der Europäischen Union, das darauf gerichtet ist, die Zusammenarbeit mit Russland zu forcieren. In der Tat wird Kaliningrad von einer russischen Exklave gewissermaßen zu einer europäischen Enklave, und die Ostsee wird zu einem europäischen Binnenmeer mit äußerst dynamischen Perspektiven für Handel und Zusammenarbeit.

Die Gefahr, die wir sehen, ist, dass Russland diese Möglichkeiten der Kooperation nicht aufgreifen kann und sich damit von der europäischen Entwicklung mehr und mehr isoliert. Wir haben jedenfalls keinerlei Interesse daran, dass sich das bestehende wirtschaftliche und soziale Gefälle an der Grenze zwischen der Europäischen Union und Russland noch weiter vertieft.

Adamischin

Ich möchte einige Überlegungen zur Stellung Russlands in der gegenwärtigen Welt beitragen.

Erstens. Die russische Außenpolitik kann sich nicht auf ein einzelnes Land oder nur auf eine bestimmte Gruppe von Ländern ausrichten. Das haben wir unter Außenminister Kosyrew versucht und sind damit gescheitert. Ich denke, die russische Außenpolitik muss ihre nationalen Interessen in allen Richtungen von der GUS bis nach China verfolgen, ohne sich politisch einer Vereinigung anzuschließen oder selbst zu versuchen, eine solche Vereinigung zu gründen.

Zweitens. Wir müssen den "Phantom Schmerz" bezüglich unseres Status als Supermacht überwinden. Sie wissen, dass nach einer Amputation die Schmerzen noch andauern können. Wir müssen die Gegebenheiten der gegenwärtigen Welt und auch die unseres eigenen Landes realistisch einschätzen. Das gilt insbesondere für den katastrophalen Niedergang des russischen Wirtschaftspotenzials. Herr Karaganow hat zu Recht gesagt, Russland müsse entsprechend seinen jetzigen Möglichkeiten auf der internationalen Bühne pragmatische Ziele verfolgen und nicht irgendwelchen Schimären nachjagen und für falsch verstandene Größe einen Preis bezahlen.

Drittens. Davon ausgehend halte ich es absolut für notwendig, dass wir uns von einem Amerikazentrismus abkehren, der für die 80er-Jahre charakteristisch war. Von daher gehört Europa zweifellos zu unseren Hauptprioritäten. Und ich frage unsere deutschen Freunde: Wie können Sie Russland helfen, seine europäische Berufung zu verstehen? Sollten wir vielleicht über eine Wiederbelebung der Idee eines gemeinsamen europäischen Hauses nachdenken? Diese Idee von russischer Seite war seinerzeit gar nicht so verkehrt. Wenn das jetzt vom Westen vorgeschlagen würde, wäre das eben jene ausgestreckte Hand, von der Herr Ischinger gesprochen hat.

Viertens. Zur Integration in die sich globalisierende Weltwirtschaft. Sicher ist es schwer, von den Knien hochzukommen, und ohnehin besteht die Gefahr, dass wir im Abseits bleiben, wo wir uns mit einigen Bereichen, etwa der Informationstechnologie und der Telekommunikation fast schon befinden. Ich meine, unsere Außenpolitik muss ökonomisiert werden und sollte in erster Linie den Interessen der russischen Volkswirtschaft dienen. Dafür gibt es ein großes Potenzial.

Was mich in diesem Zusammenhang beunruhigt, ist, dass es uns an einer Strategie fehlt, wie wir im Westen wie im Osten bestimmten wirtschaftlichen Organisationen beitreten können. Vielleicht können uns unsere deutschen Freunde insbesondere im Hinblick auf die europäischen Institutionen helfen.

Fünftens. Mein Eindruck ist, dass die völkerrechtlichen Aspekte und die ethischen Voraussetzungen in der Politik an Bedeutung zunehmen. Zweifellos fehlt es uns an Druckmitteln, um für internationale Gerechtigkeit zu sorgen, aber wir verfügen über moralisches Ansehen und ich denke, dass die russische Außenpolitik in dieser Hinsicht sehr aktiv sein muss. So wie sich hier unsere deutschen Kollegen zu Tschetschenien geäußert haben, hat es doch den Anschein, dass die Lehren aus dem Kosovo-Konflikt nicht umsonst waren.

Vielleicht wäre eine russisch-deutsche Initiative sinnvoll, um einige grundlegende Korrekturen in den völkerrechtlichen Dokumenten zu veranlassen - einschließlich der Satzung der UNO;- , um ihre Wirksamkeit zu erhöhen. Das gilt nicht nur im Hinblick auf die zwischenstaatlichen Beziehungen, für die sie eigentlich gedacht waren, sondern auch, um einen Rechtsrahmen für innere Konflikte festzulegen, wann beispielsweise die internationale Gemeinschaft das Recht hat, sich in solche internen Konflikte einzumischen, aufweichen völkerrechtlichen Grundlagen das geschehen kann und so weiter.

Es heißt, die Satzung der UNO sei veraltet, was sicher weitgehend zutrifft. Ich halte es aber für wichtig, die Widersprüche zwischen den Aktionen, die stattfinden, und den Bestimmungen des Völkerrechts zu beseitigen. Über dieses Thema haben wir kürzlich mit Herrn Kaiser bei der DGAP in Berlin gesprochen.

Zu Herrn Karaganow möchte ich nur sagen: Ich bin nicht der Meinung, dass Russland zehn Jahre lang auf Außenpolitik verzichten kann. Ich hoffe sehr, dass die anstehenden Wahlen so verlaufen werden, dass Russland dadurch für eine neue Außenpolitik starke Impulse erhält und wieder auf der internationalen Bühne aktiv werden kann.

Gasteyger

Ich möchte anknüpfen an die Interventionen von Herrn Teltschik und von Herrn Pflüger zu Fragen der Abrüstung, vor allem zur russischen Abrüstungspolitik. Ich stimme Herrn Adamischin zu, wenn er meint, dass fünf bis zehn Jahre, die Herr Karaganow für die Ausformulierung einer klarer konzipierten russischen Außenpolitik annimmt, doch eine sehr lange Zeit sind. Ich frage mich, ob wir wirklich so lange warten können.

Tatsache ist jedenfalls - und ich möchte das betonen;- , dass der einzige Bereich, der vom sowjetischen und amerikanischen Rüstungsdialog übrig geblieben ist, die nukleare Abrüstung betrifft. Deshalb ist es sicher nicht verwunderlich, dass die nukleare Rüstung für Russland einen besonderen Stellenwert hat und seine Einstellung zur Abrüstung in diesem Bereich wesentlich mitbestimmt.

Zum einen hat Russland seinen strategischen Status als Weltmacht und damit als Gegenspieler der Vereinigten Staaten eingebüßt. Hinzu kommt der desolote Zustand der konventionellen russischen Streitkräfte. Das lässt für Russland die nuklearen Waffen noch wichtiger erscheinen. Ein dritter Punkt ist zweifellos die NATO-Osterweiterung - zumal der Westen nach wie vor offen lässt, welche weiteren Länder hier möglicherweise noch einbezogen werden sollen. Diese Osterweiterung wird sich nachhaltig auf die russische Rüstungspolitik auswirken. Als vierter Faktor muss der wachsende technologische Vorsprung der Vereinigten Staaten erwähnt werden, die heute bereits, wie Herr Pflüger sagte, den ABM-Vertrag infrage stellen und abermals Pläne für den Aufbau von Raketenabwehrsystemen entwickeln.

Mit den Worten des amtierenden Verteidigungsministers: Das Ziel der Vereinigten Staaten in ihrer Außen- und Rüstungspolitik ist - ich zitiere: frei von Angriff, aber auch frei für Angriff. Alle diese Faktoren bestimmen für Russland den Stellenwert seiner nuklearen Waffen einschließlich der substrategischen Systeme. Er wird sich damit anders, als wir uns das wünschen - Herr Ischinger hat diesen Punkt ebenfalls angesprochen;- , eher erhöhen als verringern. Das dürfte bedauerlicherweise auch die Abrüstungsgespräche im substrategischen Bereich beeinträchtigen.

Mit anderen Worten: Die im Kalten Krieg von beiden Seiten, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, akzeptierte Abrüstungspolitik befindet sich zurzeit in einer Krise. Das gilt sowohl für den ABM-Vertrag als auch für den SALT-II-Vertrag und die Aussichten für SALT III. Ebenso ist der KSE-Vertrag davon betroffen, insbesondere was die Flanken angeht. In diesem Zusammenhang hat nicht zuletzt die Kosovo-Krise zu einer Verschiebung der militärischen Kräfte an der Südflanke Europas durch die NATO geführt und damit die Gewichtsverteilung unter den europäischen Streitkräften für Russland ungünstiger gemacht.

Das führt mich zu der Frage - Herr Adamischin hat dieses Thema kurz angesprochen -: Welchen Stellenwert misst Russland den konventionellen Streitkräften einschließlich der Luftstreitkräfte bei? Das berührt zweifellos die Ereignisse im Kosovo genauso wie das, was jetzt in Tschetschenien vor sich geht. Und wie steht Russland zukünftig zur Frage von humanitären Interventionen? Besteht es darauf, dass diese von den Vereinten Nationen abgesegnet werden müssen, oder schließt man sich der Vorgehensweise der NATO im Kosovo an?

Diese Fragen sind von hoher Bedeutung für Deutschland und für Europa insgesamt. Sie betreffen nicht nur die Zukunft der russischen Außenpolitik, sondern im besonderen Maße die russische Abrüstungspolitik.

Joetze

Ich schließe an die Ausführungen von Herrn Gasteyer zur Abrüstungsthematik an. Insbesondere was den KSE-Vertrag angeht, sehe ich eine anhaltende russische Frustration voraus, unabhängig davon, ob man sich bis zum Istanbul Gipfel über Obergrenzen einigen können. Denn in der Waffentechnologie hat eine rasante Entwicklung stattgefunden, die von den Amerikanern dominiert wird, was sich jetzt wieder im Kosovo gezeigt hat, wo die Präzisionsmunition und die infrarotgestützten Waffen, die auch nachts eingesetzt werden können, einen durchschlagenden Erfolg hatten.

Dadurch wird auch das westliche Bündnis zunehmend in zwei Klassen gespalten; aber die Festlegung von Obergrenzen für konventionelle Waffen ist damit obsolet geworden. Wenn Russland überhaupt am KSE-Vertrag festhält, dann nur in der Hoffnung, dass sich auf diesem Vertrag irgendwann ein Regelwerk für die technologische Rüstungskontrolle aufbauen lässt, was ich aber für völlig unrealistisch halte. Denn es wäre das erste Mal, dass sich der technologisch Überlegene auf Abrüstungsverhandlungen einlässt - abgesehen davon, dass technologische Rüstungskontrolle nicht definierbar und nicht verifizierbar ist.

Das Scheitern der Abrüstungsverhandlungen könnte die Frustration Russlands vertiefen. Das ist insofern gefährlich, als - wie hier schon mehrfach zu Recht betont wurde - eine europäische Sicherheitsstruktur ohne Russland nicht denkbar ist.

Eine Lehre aus dem Kosovo-Konflikt halte ich für unabdingbar: Bei derartigen Aktionen müssen die militärischen Maßnahmen von Anfang an von einem politischen Dialog begleitet werden. Das war beim NATO-Einsatz in der zweiten Phase Gott sei Dank der Fall und geschieht jetzt auch in Ost-Timor, wo mit der militärischen Erzwingungsaktion gleichzeitig intensive Verhandlungen in Jakarta geführt werden. Dies dürfte das Modell für die Zukunft sein; das heißt eine Politik, die - bezogen auf die Regionen, die für Europa relevant sind - entweder im Rahmen der Vereinten Nationen oder in der OSZE stattfindet. In beiden Organisationen spielt Russland eine wichtige Rolle. Deshalb muss Russland von Anfang an in alle Prozesse mit einbezogen werden und nicht erst, wenn ein Konflikt ausgebrochen ist.

Dass dies zukünftig auch tatsächlich so gehandhabt wird, liegt vor allem im spezifisch europäischen Interesse, das bei aller Notwendigkeit der transatlantischen Zusammenarbeit nicht deckungsgleich mit der Haltung der Amerikaner ist. Es ist zumal keine Frage irgendeines Großmachtstatus, ob wir Russlands Rolle anerkennen oder eher vernachlässigen können, wie man es mitunter von amerikanischer Seite vernimmt. Die europäischen Staaten sind allesamt keine Großmächte, was sie nicht daran hindert, miteinander in militärischen Fragen zu kooperieren. Das heißt, es kann nicht darum gehen, wie stark Russland sein muss, um es als Partner ernst zu nehmen; denn wir brauchen Russland und können auch ziemlich sicher sein, dass es wieder erstarkt.

Der Kosovo-Konflikt hat auch gezeigt, dass ein Steuerungsorgan notwendig ist, in dem Russland, die großen europäischen Länder, die EU und die USA zusammenarbeiten. Dafür könnte die G 8 geeignet sein, obwohl dieser Institution bisher eine gewisse Stabilität fehlt, die sich aber schaffen lässt. Die OSZE kommt dafür leider nicht mehr infrage, die bis 1994 zweifellos ein wertvolles Konsultationsorgan gewesen ist, inzwischen aber zu einer Art specialised agency degeneriert ist. Während des ersten Tschetschenien-Krieges hat die OSZE durchaus noch eine wichtige Rolle gespielt. Es gab damals in Wien einen informellen Sicherheitsrat, der aus der EU, den USA, Russland und den jeweils betroffenen Staaten bestand, die zur Konsultation herangezogen wurden. Auf diese Weise könnten auch die russischen Frustrationen abgemildert werden.

Kaiser

Herr Morosow hat seine Zweifel darüber ausgedrückt, ob Deutschland nach wie vor zur Politik des Gewaltverzichts steht. Die Antwort, die Herr Modrow daraufgegeben hat, teile ich so nicht. Herr Morosow hat im Übrigen die Behauptung aufgestellt, dass Russland im Kosovo aus der europäischen Sicherheitspolitik herausgedrängt worden sei.

In Deutschland, in der Europäischen Union und in der NATO gibt es derzeit eine intensive Diskussion über die Lehren aus dem Kosovo-Konflikt. Ich will vorausschicken, es ist niemandem in Deutschland leicht gefallen, der deutschen Beteiligung an der gemeinsamen NATO-Aktion zuzustimmen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass dieser Entscheidung eine lange, kontroverse Diskussion vorausgegangen ist, wie man auf den sich abzeichnenden Genozid und die massive Vertreibung im Kosovo reagieren soll. Dabei hat die Erfahrung aus dem Bosnien-Konflikt viele Menschen, die zunächst jeden Einsatz militärischer Mittel abgelehnt hatten, zu Befürwortern einer Gewaltanwendung gegen einen Menschen verachtenden Diktator gemacht. Mit anderen Worten: Die Mehrheit im Deutschen

Bundestag war nicht länger bereit zuzuschauen, als im Kosovo die Menschenrechte derart mit Füßen getreten wurden.

Dabei hat man durchaus auf die Prinzipien des Völkerrechts rekurriert. Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sind mehrere Resolutionen mit Forderungen an Milosevic verabschiedet worden, und die NATO hat nicht zuletzt immer wieder auf Kapitel 7 der UN-Charta und die Forderungen, die Milosevic nicht erfüllt hatte, hingewiesen. Die deutsche wie die NATO-Politik haben sich zudem auf die Antivölkermordkonvention berufen - die im Übrigen von Jugoslawien mit unterzeichnet wurde;-, die ausdrücklich die Unterdrückung von Minderheiten bis hin zum Genozid ächtet. Auch in der KSZE-Schlussakte wird darauf Bezug genommen, die Jugoslawien ebenfalls mit verabschiedet hatte. Das heißt, die Entscheidung für militärische Maßnahmen ist erst nach eingehenden Erörterungen der internationalen Rechtslage getroffen worden.

Eine Lehre aus dem Kosovo-Krieg besagt jedoch, dass hier die präventive Politik gescheitert ist, die darauf hätte hinwirken sollen, dass kriegerische Mittel nicht zum Einsatz kommen müssen. Und was das Scheitern eben jener Präventionspolitik angeht, trifft Russland ein gerüttelt Maß an Mitverantwortung. Gerade die deutsche Regierung hat sich immer wieder darum bemüht, Russland in diese Diskussion einzubeziehen. Aber die russische Seite hat stets argumentiert: Wir können nur akzeptieren, was auch für Belgrad annehmbar ist.

Diese Haltung bestand auch dann noch, als im Kosovo die massiven Vertreibungen schon im Gange waren. Eine Änderung der russischen Einstellung fand erst statt, als der Westen militärisch eingegriffen hat, und dann hat sich in der Tat gezeigt, dass Russlands Beitrag entscheidend für die Beendigung des Krieges gewesen ist.

Russland hat also, nachdem es entschlossen war, sich zu engagieren, eine außerordentlich wichtige Rolle gespielt, die wir voll zu würdigen wissen. Das könnte auch eine tragfähige Basis für die Zukunft sein und die Verantwortung Russlands für die Sicherheit in Europa unterstreichen. Denn Herr Ischinger hat völlig zu Recht betont, dass Sicherheit in Europa nur mit und nicht gegen Russland zu erreichen ist.

Wenn Sie also beklagen, Herr Morosow, Russland sei aus der europäischen Sicherheitspolitik ausgeschlossen worden, dann hat es diesen Ausschluss auch selbst mit herbeigeführt. Wenn Russland heute bereit ist, an einem europäischen Stabilitätspakt mitzuwirken, der zur Neuordnung der Balkanregion führt, dann wird dies für die Erhaltung des Friedens in Europa von erheblicher Bedeutung sein. Das würde ich auch Sergej Karaganow antworten, wenn er vor einem Overcommitment Russlands warnt und zunächst dessen Konsolidierung fordert. Ich denke, Russland kann sich nicht fünf bis zehn Jahre Zeit lassen, sondern muss bei den anstehenden Problemen in Europa schon heute seinen Beitrag leisten.

Ich erwähne als Beispiel nur die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen; denn das Antiproliferationssystem, eines der wichtigsten Ordnungsinstrumente der Nachkriegszeit, ist in Gefahr zusammenzubrechen. Mit Indien und Pakistan gibt es zwei neue Nuklearmächte, vielleicht ist Nordkorea die dritte. Die Raketentechnologie breitet sich immer weiter aus. Daraus entsteht global eine neue sicherheitspolitische Lage. Und wenn der ABM-Vertrag scheitern sollte, besteht die Gefahr, dass China in eine neue Rüstungsspirale einsteigt und massiv Interkontinentalwaffen baut. Das heißt, Russlands Beitrag in all diesen Fragen ist völlig unentbehrlich und darf nicht um fünf bis zehn Jahre vertagt werden.

Herr Nyberg hat zu Recht darauf hingewiesen, dass nicht die NATO-Erweiterung das eigentlich drängende Problem in den nächsten Jahren ist - trotz der Erklärung, die dazu auf dem Washingtoner Gipfel abgegeben wurde;-, viel wichtiger ist die Frage der EU-Erweiterung. Und ich stimme Herrn Nyberg zu, dass diese Entwicklung für Russland nur von Vorteil sein kann. Ich meine, es wäre wichtig, jetzt den NATO-Russland-Rat wieder zu beleben, und ich teile nicht die Ansicht von Herrn Karaganow, angesichts der NATO-Osterweiterung könne dieser Rat keine Rolle mehr spielen. Ein solches Abseitsstehen hilft nicht weiter, wenn es um die zentralen Fragen der europäischen Sicherheit geht, bei denen Russlands Beteiligung gefordert ist. Das ist keine Frage des Overcommitments, sondern der gemeinsamen Erarbeitung von Konzepten und die Festlegung von Schritten zu ihrer Umsetzung.

Was die anstehenden Wahlen in Russland angeht, so können die demokratischen Kräfte in diesem Lande sicher sein, dass wir an einem ordnungsgemäßen Ablauf der Duma-Wahl außerordentlich interessiert sind und jede Verfälschung oder Beeinträchtigung dieser Wahl - etwa durch die befürchtete Ausrufung des Ausnahmezustandes - kategorisch ablehnen. Meine Frage ist, ob nicht die OSZE dabei mitwirken könnte, um einen korrekten Wahlverlauf zu garantieren.

Karaganow

Ich habe bereits auf die beiden Schulen hingewiesen, die sich recht konstruktiv um die Außenbeziehungen kümmern. Ich bin zum Beispiel inoffizieller Berater von Herrn Primakow, der auf Ihre Frage wahrscheinlich sagen würde, dass Russland sich im Kosovo beteiligen und den Dialog mit der NATO fortsetzen müsse. Ich dagegen würde ihm davon abraten, sich im Kosovo zu beteiligen; denn ich halte das für eine Vergeudung von politischer Energie. Wir können dort wenig gewinnen, aber viel verlieren und werden früher oder später gezwungen sein, uns von dort wieder zurückzuziehen, weil wir dadurch mehr Probleme schaffen als lösen.

Was den Dialog mit der NATO angeht, sehe ich dafür auch nicht eben günstige Voraussetzungen; denn die NATO hat die moralische Verpflichtung der Nichterweiterung verletzt. Wir dürfen mit unserem Dialog der NATO nicht das moralische Recht geben, ihre Erweiterung einfach fortzusetzen. Erst wenn die NATO sich eindeutig verpflichtet, zukünftig keine Erweiterung vorzunehmen, sollten wir wieder in vollem Umfang zusammenarbeiten. Was die NATO bislang unternimmt, ist eine Zerstörung des Status quo. Dieser Dialog ist insofern kontraproduktiv, als er dazu führt, durch unsere Zusammenarbeit jene Kräfte zu bestärken, die gegen den Status quo wirken.

Aus meiner Stellungnahme mögen Sie aber ersehen, dass es bei uns auch im Lager der konstruktiven Kräfte Meinungsverschiedenheiten gibt.

Was die Ausrufung eines Ausnahmezustandes angeht, ist dies in der Tat eine ernste Gefahr. Deshalb würden wir in den kommenden Monaten gern mit unseren europäischen und deutschen Kollegen über die Teilnahme sowohl der OSZE als auch des Europarates und der Europäischen Union sowie der demokratischen Organisationen Europas und der Regierungen im Hinblick auf eine Wahlbeobachtung zusammenarbeiten.

Es sollte aber nicht bei reiner Beobachtung bleiben, sondern es müsste deutlich Position bezogen werden, dass jegliche Wahlfälschung unzulässig ist, ebenso wie die Einführung des Ausnahmezustandes, um die Wahlen zu verschieben. Das heißt, es muss verhindert werden, dass sich die Regierung auf undemokratische und verfassungsfeindliche Weise einmischt, um die Wahlergebnisse zu manipulieren.

Nyberg

Wahlbeobachtung ist in der Tat ein wichtiges Thema. Die Europäische Union hat sich bereit erklärt, der Einladung der zentralen russischen Wahlkommission, die vor einer Woche erfolgt ist, Folge zu leisten und der OSZE entsprechende Mittel für das Monitoring zur Verfügung zu stellen. Wahlbeobachtung ist keine einfache Aufgabe, wie sich übrigens auch im Hinblick auf die Ukraine zeigt, wo in Kürze Wahlen stattfinden.

Golowin

Ich bin zwar Mitarbeiter des russischen Außenministeriums, kann hier jedoch nur meine persönliche Meinung äußern.

Herr Sjuganow hat betont, dass Deutschland für Russland in der Außenpolitik von vorrangiger Bedeutung war und ist. Dieser These kann ich durchaus zustimmen. Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs vor zehn Jahren ist von beiden Seiten viel erreicht worden. Insbesondere ist es uns gelungen, jene Knoten zu entwirren, die durch den Zweiten Weltkrieg und die Nachkriegsentwicklung unsere Beziehungen festgezurrten hatten.

Dazu gehörten beispielsweise Fragen der territorialen Integrität der Nachbarn Deutschlands sowie die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands in der Nachkriegszeit. Die Frage der Truppenobergrenzen der deutschen Streitkräfte ist geklärt. Wir haben sogar die für beide Länder sehr schmerzhafteste Frage der Pflege der Kriegsgräber und der Denkmäler gelöst. Insgesamt kann man sagen, dass beide Länder im Hinblick auf die Versöhnung der Völker große Schritte aufeinander zu getan haben.

Russland hat während des Transformationsprozesses in den letzten zehn Jahren mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, insbesondere in der Innenpolitik. Aber auch in der Außenpolitik gab es viel Hin und Her. Dennoch war unsere Außenpolitik gegenüber Deutschland recht konsequent, effektiv und erfolgreich.

Wo wir bedauerlicherweise keinen Konsens erreicht haben - was aber für unsere gegenwärtigen Beziehungen sehr wichtig wäre;- ist die Frage, wie die europäische Sicherheitsarchitektur im nächsten Jahrhundert aussehen soll. Ich erinnere mich, dass Anfang der 90er Jahre in Deutschland

eine lebhafte Diskussion darüber stattgefunden hat, welche Organisation im Zentrum der europäischen Sicherheit stehen soll. Leider hat man damals im Westen entschieden, dass dafür nur die NATO infrage kommt und sich auf ihre Erweiterung konzentriert, während die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die nach unserer Meinung weit eher dafür legitimiert ist, zunehmend nur mit der Prävention möglicher Konflikte betraut wurde. Die Möglichkeit, Frieden schaffende Operationen durchzuführen und vieles andere, wurde der OSZE dagegen verwehrt. Mit anderen Worten, man hat der OSZE die eigentlich wichtigen Aufgaben im Sicherheitsbereich entzogen.

Wir befinden uns jetzt in dieser Hinsicht an einem Scheideweg. Auf dem OSZE-Gipfel in Istanbul soll eine Charta für die europäische Sicherheit verabschiedet werden, an der alle Mitgliedstaaten der OSZE zurzeit aktiv arbeiten. Russland sieht in diesem Dokument einen wichtigen normativen politischen Akt, um den Schaden zu kompensieren, der dem System der internationalen Beziehungen und der europäischen Sicherheit durch die Gewaltanwendung der NATO in Jugoslawien zugefügt worden ist. Wir halten es operativ für notwendig, dass in der Charta, in der UNO-Satzung und in der Schlussakte von Helsinki die Grundlagen der zwischenstaatlichen Beziehungen bekräftigt werden, ohne die weder Europa noch die Welt im 21. Jahrhundert bestehen können.

Wir fühlen uns dem Grundsatz verpflichtet, dass Entscheidungen in der OSZE im Konsens gefällt werden. In der Tat ist die OSZE wohl die ein/zige Organisation, in der jedes Land seinen Standpunkt äußern und durchsetzen kann. Auf einen solchen Konsens können sich die anderen Organisationen, die im Bereich der europäischen Sicherheit tätig sind, nicht immer berufen.

Was uns indes beunruhigt, ist, dass sowohl im Hinblick auf die Charta als auch was die künftige Rolle der OSZE angeht, eine Tendenz sichtbar geworden ist, die auf eine Einengung der OSZE-Rolle hinausläuft und sie offensichtlich auf eine bestimmte Nische im Bereich der Krisenverhütung festlegen will. Wir erkennen jedenfalls wenig Bereitschaft, der OSZE eine zentrale und systembildende Rolle bei der Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität zuzubilligen. Wir stellen zudem eine Tendenz fest, die OSZE mehr und mehr auf innerstaatliche Krisen und Konflikte zu konzentrieren, insbesondere im osteuropäischen Bereich. Aber ich denke, unsere Länder werden noch Zeit und Möglichkeit haben, an dieser Charta zu arbeiten, um künftig Militäraktionen wie gegen den Irak und gegen Jugoslawien zu verhindern.

Ich möchte noch kurz auf die Situation im Kosovo zu sprechen kommen, die nicht nur für die europäische Sicherheit relevant ist, sondern die ich auch im Zusammenhang sehe mit den aktuellen Ereignissen in Dagestan und Tschetschenien, also mit innerrussischen Vorgängen. Obwohl es eine Resolution 1244 des UNO-Sicherheitsrates gab, stehen viele ihrer Bestimmungen bislang nur auf dem Papier.

Die russische Seite ist mit dem Verlauf der Demilitarisierung und der Entwaffnung der UCK-Kämpfer, die in der Resolution vorgeschrieben sind, unzufrieden. Die im Kosovo eingesetzten Schutztruppen sind mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet. Nach unseren Informationen verfügen aber die albanischen Kämpfer nach wie vor über bedeutende Waffenvorräte, obwohl die Abgabefrist dafür längst abgelaufen ist. Wir haben auch mehrfach daraufhingewiesen, dass es gefährlich und unzulässig ist, wenn die bewaffneten Einheiten der Kosovo-Albaner ihre Kommandostruktur beibehalten. Leider hat man aber nicht auf uns gehört.

Des Weiteren sind wir über Vorgänge im Kosovo beunruhigt, die die Souveränität und territoriale Integrität der Unionsrepublik Jugoslawien außer Acht lassen. Wenn dieser wichtige Grundsatz missachtet wird, dürfte eine Versöhnung kaum möglich sein. Wir müssen unzweideutig davon ausgehen, dass das Kosovo ein Teil Jugoslawiens ist, und nur auf dieser Grundlage nach Autonomieformen für das Gebiet suchen.

Hier wurde die Frage der Wahlen im Kosovo angesprochen. Solange die Sicherheit der Wähler nicht gewährleistet ist und sich sehr viele der Wahlberechtigten nicht im Kosovo aufhalten, können wir uns die Durchführung von Wahlen schwer vorstellen. Nach unseren Informationen befinden sich fast 200 000 albanische Staatsbürger im Kosovo. Angesichts der Verbitterung, die jetzt zwischen den beiden Volksgruppen herrscht, würden Wahlen nur die negative Tendenz verstärken, das Kosovo aus dem Verband der Unionsrepublik Jugoslawien allmählich herauszulösen.

Ich denke, dass die gegenwärtigen Ereignisse in Russland mit dem Kosovo-Konflikt in Verbindung stehen. Denn das, was wir in Tschetschenien erleben, das Anwachsen von Extremismus in einer Region, die zur Russischen Föderation gehört, und das Übergreifen von Extremisten und Kämpfern auf die benachbarten Regionen wurde durch die Ereignisse im Kosovo gefordert, die ja deutlich

machten, dass solche extremistischen Tendenzen und der bewaffnete Kampf mit einer gewissen Unterstützung von außen die Chance haben, erfolgreich zu sein.

Noch ein Wort zur Frage der Abrüstung. Ich nehme die Besorgnis der deutschen Teilnehmer hier mit Interesse und Befriedigung zur Kenntnis und freue mich, dass sie für die unbedingte Erhaltung des ABM-Vertrages eintreten, weil sie befürchten, dass eine Verletzung dieses Vertrages zu einer globalen Destabilisierung führen kann. Das sehen wir auf russischer Seite ganz genauso, und unser Außenministerium versucht vor allem die Amerikaner in diese Richtung zu bewegen. Dafür benötigen wir nicht nur moralische Zustimmung, sondern auch konkrete Unterstützung bei den Verhandlungen, nicht zuletzt von deutscher Seite.

In Istanbul dürften jetzt die Dokumente verabschiedet werden, die eine Anpassung des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa betreffen. Das ist ein sehr wichtiger Akt. Leider wurde in den letzten Jahren den Aktivitäten der Seestreitkräfte kaum noch Aufmerksamkeit gewidmet, die praktisch keinerlei vertraglich geregelten Begrenzungen unterliegen. Dabei stellen die Seestreitkräfte von ihren Aktionsmöglichkeiten her heute einen entscheidenden Bedrohungsfaktor dar und ihre Reduzierung wäre ein wichtiges Sicherheitselement. Dies ist eine Frage, die auch das Problem des militärischen Frühwarnsystems und die globalen Abrüstungsprozesse insgesamt betrifft.

Melnikow

Viele Menschen in unserem Land sehen in Deutschland einen sehr wichtigen Faktor für die europäische Sicherheit und den Frieden auf dem Kontinent, ein Land von großer Stabilität, in dem das Völkerrecht anerkannt und die Bürger- und Menschenrechte eingehalten werden. Außerdem gilt es als treibende Kraft der europäischen Integration. Wir hoffen, dass diese Ziele auch weiterhin von Deutschland verfolgt werden und dass die jetzige Regierung ihre ganze Macht und ihr Ansehen dafür einsetzt, um das Entstehen neuer Trennlinien in Europa zu verhindern.

Das neue Deutschland nimmt jetzt Gestalt an. Leider hat der Militärkonflikt auf dem Balkan, an dem sich Deutschland so engagiert beteiligt hat, sein Ansehen bei den Russen getrübt. Dadurch ist bei uns die Besorgnis entstanden, die jetzige deutsche Regierung könnte die Grundlagen der traditionellen "Ostpolitik" der BRD verlassen haben, deren Fundamente im Moskauer Vertrag von 1970 gelegt wurden. Diese Politik, die letztlich zur Wiedervereinigung Deutschlands geführt hat, wurde von Persönlichkeiten wie Willy Brandt und Walter Scheel verkörpert, die in unserem Land hoch geachtet waren. Ein Grundsatz dieser Politik war der Verzicht auf Gewaltanwendung und auf die Androhung von Gewalt zur Lösung jeglicher internationaler Probleme.

Ich finde es außerordentlich bedauerlich, dass die ethischen Prinzipien der Demokratie, die Achtung des Völkerrechts und der Menschenrechte durch die Bombardierung der NATO verworfen wurden und im Bewusstsein der russischen Menschen zugunsten des "Rechts des Stärkeren" dem Diktat der politischen und militärischen Zweckmäßigkeit untergeordnet wurden. Das ist ein äußerst gefährlicher Präzedenzfall, der nach wie vor ein Trauma für die öffentliche Meinung in Russland darstellt.

Was wir heute erleben, ist jedenfalls das Ende der "Ära von Helmut und Boris" in den russisch-deutschen Beziehungen. Ich denke, die Mängel und Vorzüge dieser Übergangsperiode in unseren Beziehungen sollten nüchtern analysiert werden. Diese Beziehungen beruhen zweifellos nicht nur auf einem intensiven Kontakt zwischen den Führungspersonlichkeiten, sondern sie sind viel breiter angelegt und bedürfen der Kontinuität, der Kompromissbereitschaft und der Toleranz. Dabei geht es nicht nur um Kreditfragen oder um so genannte "Beutekunst", die Entschädigung der Zwangsarbeiter aus der ehemaligen UdSSR oder um das Eindringen der russischen Mafia nach Deutschland. Das alles sind wichtige Fragen, von denen wir uns aber nicht den Blick in die Zukunft verbauen lassen dürfen.

So muss dringend etwas für die Annäherung der Jugend zwischen Russland und Deutschland geschehen, die ja das Unterpfand für die Zukunft unserer bilateralen Beziehungen darstellt. Seit langem gibt es die Idee, für diese Jugendbeziehungen eine Struktur zu schaffen und einen Austausch nach dem Vorbild des deutsch-französischen Jugendwerkes in Gang zu setzen. In der Staatsduma verfügen wir in dieser Hinsicht bereits über erfreuliche Kooperationserfahrungen. So werden seitens des Deutschen Bundestages - wobei der Ausschuss für Bildung und Wissenschaft zuständig ist - jedes Jahr zehn russische Jugendliche aus verschiedenen Regionen unseres Landes zu einem fünfmonatigen Praktikum nach Deutschland eingeladen.

Ich halte es für sehr wichtig, dass die bilateralen und multilateralen Bildungs-, Fortbildungs- und Austauschprogramme mit russischer Beteiligung (über die Ministerien, Akademien, TACIS- und Transformprogramme und so weiter) nicht verringert werden. Zugleich sollten sie in der Weise

demokratisiert werden, dass die Effektivität des Austausches kontrolliert wird, damit nicht nur einige Privilegierte daran beteiligt sind, sondern die Programme landesweit ausgedehnt werden. Von daher befürworte ich auch regionale Austausch- und Partnerschaftsinitiativen mit verschiedenen Regionen Russlands.

Gegenwärtig befinden wir uns in der Endphase der "Jelzin-Ära". Bis zum Ende seiner Amtszeit als Präsident verbleiben noch etwa 40 Wochen. In dieser für Russland ungeheuer wichtigen Zeit der bevorstehenden Wahlkämpfe in diesem und im nächsten Jahr haben die deutsche Regierung und die deutsche Öffentlichkeit eine kaum zu überschätzende Position. Wir hoffen, dass Deutschland und der Westen insgesamt, sollten außergewöhnliche Ereignisse in Russland eintreten, die Prinzipien und Werte der Demokratie und der Entwicklung Russlands im Rahmen seiner Verfassung hochhalten und faire Wahlen in unserem Land unterstützen werden.

Wir haben alle notwendigen Voraussetzungen, um diesen Weg nicht zu verlassen. Allerdings darf es nicht zweierlei Maß geben, um festzustellen, was legitim und demokratisch ist und was nicht. Der Widerstand gegen diktatorische und gewaltsame Bestrebungen, gegen Despotismus und die Kriminalität in Russland - ein Land, das von Waffen und technologischen Gefahrenquellen nur so strotzt - ist nicht nur im Interesse Europas, sondern der gesamten Weltzivilisation.

Die linke Opposition in Russland wendet sich dagegen, dass in unserem Land und unserem Volk Hass gesät wird. Sie tritt für den Dialog ein, für die Beachtung des Wählerwillens und einen ehrlichen Wettkampf der Ideen, der Programme und des tatsächlichen Handelns. Wir wollen alles tun, damit die nächste russische Regierung auf eine parlamentarische Mehrheit aufbaut, die die Grundlage ist, um das russische Staatswesen zu festigen und die zukünftige demokratische Entwicklung des Landes voranzubringen.

Es wird nicht möglich sein, ein anhaltendes Wirtschaftswachstum, tatsächliche Reformen und die Säuberung aller politischen und wirtschaftlichen Bereiche von Korruption zu erreichen, wenn nicht zuvor für politische Stabilität und die Bildung einer verantwortungsvollen, durch die Gesellschaft kontrollierbaren politischen Macht gesorgt wird. Ich hoffe, dass man das im Westen versteht.

Hahn

"Russland in Europa" lautet unser Thema. Aber Herr Karaganow hat daraufhingewiesen, dass es durchaus im russischen Interesse liegt, nicht allein die europäische Karte zu spielen, sondern sich auch als Großmacht in Asien zu begreifen.

Was in unserer Diskussion auffällt, ist, dass die russischen Gesprächspartner hier durchweg ein sehr düsteres Gemälde von der Situation in Russland zeichnen, während die Europäer sich bemühen, das Bild ein wenig aufzuhellen. Darum ist es auch mir zu tun. Insgesamt gesehen hat sich Russland in den letzten zehn Jahren sehr viel positiver entwickelt, als viele von uns dies befürchtet haben. Allen Krisen und Problemen, die wir ja nicht ignorieren, zum Trotz konnte die große Katastrophe vermieden werden und es sind bedeutsame Schritte in Richtung Demokratisierung und Marktwirtschaft getan worden.

So kann der russische Wähler im Dezember dieses Jahres sich erstmals zwischen verschiedenen demokratischen Alternativen entscheiden - anders als es noch bei der letzten Präsidentenwahl der Fall war, als zu Boris Jelzin keine demokratische Alternative sichtbar war. Jetzt gibt es solche demokratischen Alternativen, die von der Partei um Luschkow und Primakow über die Gruppierung Jabloko von Jawlinski und Stepaschin bis hin zu Nasch Dom Rossia und einer neuen Partei, die sich gegenwärtig um einige reformorientierte Gouverneure bildet, reichen. Aber auch Gajdar, Kirijenko und Nemzow sind hier zu nennen. Das heißt, es bildet sich in Russland allmählich, wie Herr Karaganow gesagt hat, eine neue Elite heraus, was ich sehr positiv registriere.

Auch die von Herrn Nyberg erwähnte Anfrage nach einer Wahlbeobachtung bewerte ich positiv, wobei ich daraufhinweise, dass das von der Duma verabschiedete Wahlgesetz als sehr fortschrittlich zu bezeichnen ist - bis hin zu den gläsernen Taschen von Abgeordneten, eine Forderung, die bei uns erst kürzlich von der Europäischen Kommission festgelegt wurde. Auch die Medien haben nach diesem Wahlgesetz das Recht, einzelne Kandidaten nach ihren Einkommen und Vermögensverhältnissen zu befragen. Wieweit das dann in die Realität umgesetzt wird, werden wir mit Interesse verfolgen. Das gilt auch für die Möglichkeiten der Wahlbeobachter, etwa den zentralen Computer einzusehen, über den, wie wir hier gehört haben, die Wahlergebnisse wesentlich beeinflusst werden können.

Lassen Sie mich noch einige Zahlen zur derzeitigen wirtschaftlichen Situation anführen: Die Hyperinflation von mehreren hundert Prozent, die unmittelbar nach der Krise vom 17. August 1998 vorhergesagt wurde, ist nicht eingetreten, sondern hat sich nach dem jüngsten Bericht von J. P.

Morgan bei etwa 30 Prozent eingependelt. Auch die Abwertung des Rubels hält sich in Grenzen; der Kurs gegenüber dem Dollar liegt heute bei 26 Rubel und nicht bei 60 oder 70, wie prognostiziert wurde. Ebenso hat sich die russische Zahlungsbilanz erheblich verbessert, und es hat auch keine Abschottung des russischen Marktes stattgefunden, wie wir es seitens der Europäischen Union befürchtet hatten. Dennoch konnte in Russland eine marktmäßig orientierte Importsubstitution stattfinden und Herr Meyer-Landrut hat daraufhingewiesen, dass sich das Wirtschaftswachstum ebenfalls wieder positiv entwickelt.

Alle diese Entwicklungen haben dazu geführt, dass die politische Lage in diesem Lande bemerkenswert stabil ist. Zweifler, wie Herr Sjuganow, hatten noch für Mai dieses Jahres Massendemonstrationen vorausgesagt; von bis zu zwanzig Millionen Menschen auf der Straße war die Rede. Die Regierung werde sich nicht mehr halten können und Jelzin werde abserviert, hieß es. Dass die Regierung von Jelzin wieder einmal abgelöst wurde, hatte dann andere Gründe.

Insgesamt ist festzustellen, dass sich die Lage nach der Krise vom 17. August 1998 stabilisiert hat.

Ein großer Unsicherheitsfaktor ist jetzt wieder der Krieg in Tschetschenien, und es ist zu befürchten, dass die Situation dort außer Kontrolle gerät. Was ich von unseren russischen Partnern hier gerne wissen würde, ist, ob Russland bereit ist, Vermittlungsversuche der internationalen Gemeinschaft anzunehmen. Es reicht nicht aus, nur von kriminellen Banden und Terrorismusbekämpfung zu reden, sondern man muss auch diplomatische Möglichkeiten überlegen, die bisher nicht genutzt worden sind.

Cameron

Als Planungsberater der EU in Brüssel und als EU-Diplomat in Washington erhalte ich zahlreiche Studien verschiedener Denkfabriken, die sich mit der Stellung Russlands in Europa beschäftigen - westlicher wie russischer;- , und auch gemischter Denkfabriken, wie diejenigen Studien, die Anfang dieses Jahres vom Institut für Ost-West-Studien vorgelegt wurden. Sie alle kommen zu der gleichen Schlussfolgerung: Wenn Russland eine moderne Gesellschaft sein und seinen Platz in einer sich schnell wandelnden Welt behaupten will, dann gibt es keine Alternative, als möglichst enge Beziehungen zur Europäischen Union aufzunehmen. In diesem Punkt stimmen die Experten aus Ost und West bemerkenswerterweise weitgehend überein, wie sich ja auch in dieser Diskussion zeigt.

Zugleich sind jedoch die Kenntnisse über die Arbeitsweise der Europäischen Union teilweise recht unterentwickelt, und wir reden offensichtlich häufig aneinander vorbei, was schon die von uns benutzte Sprache deutlich macht. Während wir von Toleranz, Gemeinschaft, Souveränitätsverzicht und Gemeinschaftsverfahren reden, sprechen viele Russen noch immer über Machtgleichgewicht, Gleichgewicht der Streitkräfte sowie über Geopolitik und betonen die nationale Souveränität. Wir brauchen deshalb mehr Foren wie dieses hier, um einander besser zu verstehen. Aus diesem Grund hat die Europäische Kommission jetzt vorgeschlagen, ein neues Forum zu bilden, welches sich mit den Beziehungen zwischen der EU und Russland befassen soll. Dabei soll die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik federführend sein.

Die Europäische Union verändert sich sehr rasch - die Einführung des Euro und die Erweiterung sind dafür zwei Beispiele;- , so dass Russland es in zehn Jahren mit einer ganz anderen Europäischen Union zu tun haben wird. Deshalb ist es wichtig, dass mehr Russen eine genauere Vorstellung von dieser Gemeinschaft bekommen, die fast 400 Millionen Menschen umfassen und damit der größte Binnenmarkt der Welt sein wird. Herr Ischinger und Herr Nyberg sagten bereits, dass die EU-Erweiterung für Russland von beträchtlichem Nutzen sein werde, weil damit die Zone von Stabilität, Sicherheit, Demokratie, der Herrschaft des Rechts und der Marktwirtschaft vergrößert wird. Das alles ist auch für Russland gut.

Wie wird Russland in Zukunft von den Vereinigten Staaten gesehen? Dass in Amerika über Russland sehr viel mehr geschrieben wird als über die Europäische Union, könnte an sich positiv sein. Tatsache ist jedoch, dass fast nur Geschichten über Korruption und Geldverschwendung erscheinen. Aber die Zeitungen bringen ja bekanntlich auch sonst nur schlechte Nachrichten; deshalb sollte Sie das nicht allzu sehr betreffen. Kritischer ist zu sehen, dass viele Amerikaner überhaupt nicht mehr an Russland interessiert sind. Viele think-tanks haben Russland mehr oder weniger abgeschrieben. Bedenklich ist auch, dass Russland zum Spielball der amerikanischen Innenpolitik instrumentalisiert wird, auch wenn das vermutlich nur eine vorübergehende Erscheinung ist.

Die Gespräche, die ich in den letzten Wochen mit der amerikanischen Regierung über Russland geführt habe, haben gezeigt, dass Präsident Clinton, Außenministerin Albright und ihr Vertreter Talbott zweifellos darum bemüht sind, die bestmöglichen Beziehungen zu Russland aufrechtzuerhalten. Zugleich wissen sie, dass es dabei nur um Schadensbegrenzung geht und dass es in den

kommenden 15 bis 18 Monaten keine substanziellen Fortschritte geben wird. Dennoch werden derzeit wichtige Fragen behandelt, etwa im atomaren Bereich, in der Zivillufffahrt, der Fischerei sowie bei der Bekämpfung der Kriminalität und des Drogenhandels.

Aber die Situation hat sich durch Tschetschenien verändert. Deshalb ist wichtig, dass die Vereinigten Staaten, die Europäische Union und Russland jede Gelegenheit nutzen, um ihre Kontakte zu vertiefen. Die finnische EU-Präsidentschaft hat diesbezüglich einen Plan für ein dreiseitiges Treffen vorgelegt, bei dem einige der Probleme, über die wir auch hier diskutieren, in Angriff genommen werden sollen. Darin stimmen Washington und Brüssel heute offensichtlich überein. Vor zehn oder fünfzehn Jahren betrieben Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien noch eine unterschiedliche Russlandpolitik. Das ist heute nicht mehr der Fall. Die gemeinsame Politik der Europäischen Union ist vielleicht der deutlichste Indikator dafür, wie schnell sich die Gemeinschaft entwickelt.

Puschkov

Ich würde gern den Enthusiasmus von Fraser Cameron teilen. Allerdings meine ich: Wenn die europäischen Länder gemeinschaftlich zusammenarbeiten, dann basiert diese Gemeinsamkeit weniger auf gegenseitiger Sympathie, als vielmehr auf einer gewissen Übereinstimmung ihrer Interessen. Für eine Zusammenarbeit Russlands mit Europa, mit den Vereinigten Staaten und mit der westlichen Allianz ist allerdings die Gemeinsamkeit der Interessen zwischen uns in den politischen und strategischen Bereichen sehr gering.

Auf wirtschaftlichem Gebiet stimmen unsere Interessen weit mehr überein. Deshalb machen sich dort die Differenzen sehr viel weniger bemerkbar trotz einiger Probleme auch in diesem Bereich.

Die Paradoxie im Hinblick auf die kommenden russischen Wahlen besteht darin, dass wir damit auf der einen Seite die Hoffnung auf eine Verbesserung der Lage in Russland verbinden. Wenn aber die Wahlen so verlaufen, wie es unserer Meinung nach den nationalen Interessen Russlands entsprechen würde, dann bedeutet das nicht, dass die Differenzen und Probleme beseitigt würden, die in den Beziehungen zwischen Russland und der westlichen Allianz bestehen. Ich spreche absichtlich von der westlichen Allianz; denn bei allen geringfügigen internen Nuancen besteht im westlichen Bündnis in politischer Hinsicht doch Einigkeit, wobei die Europäische Union im Bereich der Wirtschaft bislang eine ausgeprägtere Kontur aufweist als in der Außen- und Sicherheitspolitik. Vielleicht gelingt es ja Herrn Solana, hier eine europäische Identität zu schaffen. Sollte das Erfolg haben, werden sich auch politisch sicher mehr Möglichkeiten zur Zusammenarbeit entwickeln.

Ich wiederhole: Die Paradoxie der russischen Wahlen besteht also darin, dass sie selbst bei günstigstem Ausgang nicht die Spannungsmomente auflösen werden, die politisch und strategisch zwischen Russland und dem Westen bestehen. Das ist ein sehr wichtiger Tatbestand.

In gewissem Sinne ist Jelzin für die Vereinigten Staaten von Amerika über lange Zeit zweifellos der beste russische Präsident gewesen. Während Jelzin vor allem in der Innenpolitik rhetorisch den Anschein erweckte, er würde die nationalen russischen Interessen - so wie sie von großen Teilen der russischen Gesellschaft heute verstanden werden - verteidigen, stimmte er tatsächlich politisch stets mit dem überein, was die Vereinigten Staaten vorschlugen. Das mag etwas überspitzt formuliert sein, aber im Endeffekt liefen seine Handlungen darauf hinaus. Erklärungen aus dem Kreml: "Wir werden nicht erlauben, dass sich die NATO erweitert oder sich im Kosovo einmischt" und so weiter - dieser ganzen überzogenen Rhetorik, die im Westen immer wieder großen Unmut hervorrief, folgten in der praktischen Politik keinerlei Taten. Von daher war Präsident Jelzin ein "dream president" für die amerikanische Regierung. Einen zweiten solchen Präsidenten wird es sicherlich nicht geben. Man braucht sich ja nur die jetzigen Präsidentschaftskandidaten anzusehen, denen es weit konsequenter um die Interessen unseres Landes als um Machterhalt geht.

Die zwischen uns bestehenden Probleme in der Außenpolitik werden also weiter bleiben. Für mich ist deshalb eine zentrale Frage, wie die Grundlage unserer Zusammenarbeit und Partnerschaft beschaffen ist. Zuvor war Russland für die westliche Allianz vornehmlich ein Objekt der Einwirkung, aber nicht ein Objekt der Zusammenarbeit. Das betraf die Politik und Strategie gleichermaßen. Lediglich bei den Nuklearwaffen war ein Interesse an echter Zusammenarbeit erkennbar. Auch wenn Herr Cameron meint, es gehe heute nicht mehr um eine Balance-of-Power-Politik, das sei überholt, machen wir in der politischen Realität nach wie vor die Erfahrung, dass nur dort eine relativ gleichberechtigte Partnerschaft bestehen bleibt, wo wir noch über ein entsprechendes Machtpotenzial verfügen. Dort verhandelt man mit uns und versucht, einen Kompromiss zu finden, statt uns nur vor vollendete Tatsachen zu stellen, nach dem Motto: "Liebe Russen, unsere Position ist so, wie sie ist; wenn ihr dies nicht akzeptieren wollt, ist das euer Problem und ihr werdet international isoliert."

Das würde ich für Russland als erzwungene Partnerschaft bezeichnen. Die Alternative, vor die Russland gestellt wurde, hieß in der Tat: "Entweder ihr akzeptiert unsere Spielregeln oder ihr geratet in die Isolation." Das galt in Bezug auf die NATO-Erweiterung genauso wie im Falle Bosnien und im Kosovo. Man braucht sich ja nur anzusehen, wie die Vereinigten Staaten im Namen der westlichen Allianz und ohne besondere Einwände der Europäer mit uns über die Beteiligung unserer Streitkräfte an der Operation im Kosovo verhandelt haben.

Vielleicht verende ich veraltete Begriffe und das Machtgleichgewicht in den heutigen internationalen Beziehungen hat keinerlei Bedeutung mehr und man sollte eher von Gemeinschaftlichkeit sprechen. Aber was veranlasst die amerikanische Administration dann, im Kosovo geradezu um jeden Zentimeter des Territoriums zu kämpfen, das sie dem russischen Militärkontingent zubilligen will?

Die erzwungene Partnerschaft zwischen Russland und der westlichen Allianz zeichnet sich dadurch aus, dass der Westen eine ganze Reihe von politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Instrumenten anwendet, um Russland gefügig zu machen. In finanzieller Hinsicht sind es vor allem die Kredite des Internationalen Währungsfonds. Russland wurde de facto vor eine Situation gestellt, in der es außenpolitisch kaum eine andere Wahl hat.

Herr Kaiser sagt, Russland habe für das Erreichen des Friedens in Jugoslawien eine entscheidende Rolle gespielt. Aber die Mission von Tschernomyrdin wurde von der politischen Klasse in Russland äußerst negativ aufgenommen. Das heißt, obwohl Russland, wie Sie sagen, eine entscheidende Rolle gespielt hat, sieht man das in Russland selbst völlig anders. Boris Jelzin hatte sich anfangs scharf gegen diese Operation gewandt. Dann entsandte er Tschernomyrdin, um den USA entgegenzukommen, und um Milosevic zu zwingen, die Bedingungen der westlichen Allianz zu akzeptieren, die er selbst von der NATO nicht schlucken wollte.

Die Mission Tschernomyrdins zeigte also, dass unsere Partnerschaft und Zusammenarbeit darauf gründet, dass wir die westlichen Interessen wahrnehmen, während die russischen Interessen durch den Westen weitgehend ignoriert werden. Auf einer solchen Basis lässt sich aber kaum eine langfristige strategische Partnerschaft und Zusammenarbeit begründen. Kompromisse werden nur selten eingegangen; denn Russland ist aufgrund seiner wirtschaftlichen Schwäche, der Ineffizienz seiner Führung und seines Verwaltungssystems praktisch gezwungen, die Entscheidungen, die vom Westen getroffen werden, anzunehmen, weil der Westen aufgrund seiner wirtschaftlichen Macht finanziellen Druck auf Russland ausüben kann.

Wir befinden uns also in einer Situation, dass der Westen durch Russland immer mehr gereizt wird. Man hat den Eindruck, Russland sei immer unzufrieden, murre ständig und stelle irgendwelche Forderungen, die es jedoch politisch gar nicht realisieren kann. Die Folge ist auf russischer Seite eine verschärfte antiwestliche Rhetorik und im Grande eine völlig inkonsequente Politik.

Diese ständige russische Unzufriedenheit resultiert aber daraus, dass der Westen seine eigenen Interessen zur Grundlage der Zusammenarbeit macht und auch die russischen Interessen aus westlicher Sicht definiert. So als wollte man uns sagen: "Ihr seid zu dumm, eure eigenen Interessen zu verstehen; die sehen wir im Westen sehr viel richtiger." Von daher haben wir ständig das Gefühl, weggedrängt zu werden. Herr Morosow hat nicht zufällig von einer Marginalisierung Russlands gesprochen. Das war nicht nur im Kosovo der Fall, sondern auch bei der NATO-Erweiterung. Herr Karaganow erwähnte in dem Zusammenhang den NATO-Russland-Rat, der lediglich drei oder vier Sitzungen durchgeführt, aber in der Sache rein gar nichts bewirkt hat.

Oder denken Sie an die Politik der USA in der kaspischen Region. Überall versucht man, Russland politisch aus dieser Region herauszudrängen. Was veranlasst die Amerikaner zu solchem Verhalten? Mein Eindruck ist, dass überall, wo es Öl und Gas gibt, immer noch das gleiche geopolitische Schauspiel stattfindet. Dabei müsste allen klar sein, dass diese Öl- und Gasleitungen für Russland von erheblicher Bedeutung sind, wenn es wirtschaftlich überleben will. Für die USA dagegen geht es nur um die Erweiterung ihrer Macht- und Einflussphären. Trotzdem kämpfen die Amerikaner um jeden Zentimeter Boden.

Deshalb ist es noch zu früh, um vom Ende der Geopolitik zu sprechen. Eine Einbindung Russlands in die Weltgesellschaft in historischer Perspektive wird nicht gelingen, wenn der Preis dafür seine Neutralisierung und der Verzicht auf seine eigenen Interessen ist. Das kann nicht die Basis für die Integration sein, die nur in einer gleichgewichtigen Wahrnehmung der beiderseitigen Interessen bestehen kann. Es geht nicht um ein geopolitisches Machtgleichgewicht, sondern um ein Interessengleichgewicht. Das war auch die Grundlage für den Aufbau der Europäischen Union. Deshalb halte ich die Rolle, die Europa und insbesondere Deutschland in diesem Prozess spielen, für so außerordentlich wichtig.

Die Vereinigten Staaten haben nie ein wirkliches Verständnis für ein Interessengleichgewicht gehabt - außer, wenn sie es mit einer starken Großmacht zu tun haben, etwa mit China. Von Henry Kissinger stammt die Formulierung: Die USA sind ein Imperium, und Imperien sind nicht daran interessiert, im Rahmen eines internationalen Systems zu handeln. Imperien verstehen sich selbst als System. Von daher ist Europa, das auf einer anderen Grundlage gewachsen ist, eher in der Lage, dem Gedanken des Interessengleichgewichts in seinen Beziehungen zu Russland Rechnung zu tragen, den die Amerikaner aufgrund ihrer Stärke instinktiv leugnen.

Mit dieser scharfen Formulierung will ich keineswegs die Möglichkeiten der Zusammenarbeit verneinen, aber es ist außerordentlich schwer, die richtige Grundlage für dieses Interessengleichgewicht zu finden.

Rahr

Ich möchte an die Ausführungen von Alexei Puschkow anknüpfen, die den psychologischen Faktor in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen betreffen. Im Augenblick sieht es so aus, als sei Russland hier nur vor die Alternative gestellt: entweder Partnerschaft gemäß westlichen Vorstellungen oder Konfrontation. Wenn das in Russland so gesehen wird, haben wir in der Tat ein Wahrnehmungsproblem.

In der Perzeption der künftigen Entwicklung Russlands scheinen der Westen und Russland weit auseinander zu liegen. Was hier zum Ausdruck kommt, sind sowohl gravierende Mentalitätsunterschiede als auch unterschiedliche historische Erfahrungen und divergierende Ansichten über die Spielregeln der internationalen Politik im Zeitalter der Globalisierung. Vielleicht wäre es hilfreich, einmal beide Seiten zu fragen: Was für einen Westen wünscht sich Russland im 21. Jahrhundert? Und was für ein Russland stellt sich der Westen für die nahe Zukunft vor, und zwar ein realistisches, nicht irgendein utopisches Bild von Russland?

Die meisten Russen, die ich kenne, wissen zwar um die derzeitige Schwäche ihres Landes, glauben aber fest daran, dass diese Probleme nur temporärer Natur sind und bald gelöst werden können, sodass Russland bereits in wenigen Jahren in der Lage ist, seinen Großmachtstatus zurückzuerobern. Die überwiegende Zahl westlicher Russlandexperten geht dagegen davon aus, dass Russlands Schwierigkeiten langfristiger Natur sind. Sie meinen, Russland könne von Glück sagen, wenn es nicht weiter zerfällt. An einen Wiederaufstieg in wenigen Jahren zu einer Großmacht denkt man im Westen jedenfalls nicht.

Wer wird Recht behalten? Überschätzt Russland sein eigenes Potenzial oder unterschätzt der Westen fatalerweise die russischen Ressourcen? Beispielhaft für die westliche Geringschätzung Russlands, die Herr Puschkow angesprochen hat, ist die gegenwärtige Russland-Debatte in den Vereinigten Staaten, die unter dem Motto geführt wird: Weltpolitik ohne Russland. Mehrere Artikel unter dieser Überschrift wurden bereits veröffentlicht. Es heißt, Russland könne seine Wirtschaft ohne westliche Finanzhilfen kaum mehr in Ordnung bringen.

Gleichzeitig ist man im Westen bemüht, die Atommacht Russland nicht zu verärgern und ihr doch irgendwie die Integration in die Weltwirtschaft zu ermöglichen. Aber der Begriff der "Partnerschaft der Geduld", der ebenfalls aus der Clinton-Administration stammt, zeigt sehr deutlich, wie der Westen über das künftige Verhältnis zu Russland positiver nachdenken könnte. Sowohl die USA als auch die Europäer wollen dabei eine Debatte vermeiden, die da lauten könnte: Who lost Russia? Wer hat Russland verloren?

Aber auch auf russischer Seite besteht eine gewisse Geringschätzung gegenüber dem Westen. So ist im Westen in der letzten Zeit der Eindruck entstanden, als würde Russland westliche Finanzspritzen als etwas Selbstverständliches erachten. Westliche Investitionen werden auf dem russischen Markt willkommen geheißen, nicht aber die Investoren selbst, die besser draußen bleiben und die sich in keiner Weise in den russischen Wirtschaftsprozess einmischen sollen.

Der Westen seinerseits beklagt seit Jahren das schlechte Investitionsklima in Russland, lobt aber gleichzeitig das Potenzial des russischen Marktes. Die russische Regierung wird kritisiert, weil sie die ausländischen Investitionen nicht erleichtert. Unverständlich erscheint dem Westen auch die Tatsache, dass der IMF Russland seit 1992 Kredite in Höhe von 21 Milliarden US-Dollar gewährt hat, während im gleichen Zeitraum an die 100 Milliarden, wenn nicht 150 Milliarden US-Dollar Russland als Fluchtkapital verlassen haben.

Es ist sicher richtig, dass weder der Westen noch Russland die historischen Chancen der Annäherung nach dem Kalten Krieg ausreichend genutzt haben. Ist dies im Wesentlichen eine Folge unterschiedlicher Wertsysteme und gesellschaftlicher Entwicklungen, die eine wirkliche Partnerschaft

zwischen Russland und dem Westen so nachhaltig behindern? Vielleicht brauchen wir nur mehr Zeit für eine Annäherung, oder wollen wir im Westen einfach nicht wahrhaben, dass es zwischen dem Westen und Russland immer schon Unterschiede gab - zum Beispiel in Menschenrechtsfragen;-, die unüberbrückbar scheinen und eine echte Partnerschaft nur bedingt zulassen?

Ich meine, es wäre äußerst hilfreich, wenn man von russischer Seite einmal deutlicher sagen würde, was für einen Westen man sich wünscht, und nicht immer nur beklagt, wie der Westen Russland schlecht behandelt. Den Westen aus russischer Sicht nur als nachsichtigen Kreditgeber zu begreifen, wäre sicherlich zu wenig. Der Westen hofft, dass sich Russland demokratisch und marktwirtschaftlich entwickelt und neben der wirtschaftlichen Kooperation ein stärkeres Interesse für die sicherheitspolitische Zusammenarbeit im 21. Jahrhundert zeigt, wie Herr Ischinger ausgeführt hat.

Dazu gehört nicht nur die Wiederbelebung des NATO-Russland-Rates, sondern auch eine engere Kooperation im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, gegen Korruption, Drogenhandel und Wirtschaftskriminalität. Gemeinsame Friedensmissionen im Rahmen der OSZE oder der UNO, wie 1993 von Jelzin vorgeschlagen, sind ein Thema, das ebenso in Bezug auf den postsowjetischen Raum auf die Tagesordnung kommen könnten. Hier nenne ich nur das Stichwort: Auseinandersetzungen um das kaspische Öl.

Auf einen Nenner gebracht lautet die westliche Wunschliste für Russland: Kein Sonderweg, der zur Selbstisolierung Russlands und zur Verstimmung innerhalb der Partnerschaft führen könnte. Gleichzeitig auch kein blindes Nachahmen des Westens, das fehlgeschlagen ist. Das Idealbild wäre ein politisch starkes Russland, das sich zusammen mit Europa an der Globalisierung beteiligt und Europa und Asien stabilisierend verbindet. Also ein Russland in und nicht außerhalb der Weltwirtschaft und der internationalen Staatengemeinschaft, ein eigenständiges, keineswegs ein verwestlichtes Russland.

Von großer Bedeutung für Europa ist auch, wie Russland künftig sein Verhältnis zum Islam definiert, ebenfalls ein sehr aktuelles Thema. Der Vielvölkerstaat Russland kann sich eine Ausweitung des Konfliktes mit dem Islam, wie jetzt im Nordkaukasus, nicht leisten. Dort kämpft Russland zwar nicht gegen den Islam, sondern gegen die tschetschenischen Terroristen, die Moskau den so genannten heiligen Krieg erklärt haben, indem sie Dagestan überfielen. Wir wissen aber aus der Geschichte, wie gefährlich solche Entwicklungen werden können. Schon die unterschiedlichen Auffassungen zum Kosovo-Konflikt im Vielvölkerstaat Russland, wo die muslimische Bevölkerung an der Seite der Kosovo-Albaner stand und die russische Bevölkerung an der Seite der Serben, haben gezeigt, dass hier viel Sprengstoff lagert.

Schewzowa

Herr Hahn hat die interessante Bemerkung gemacht, die Russen würden in Diskussionen wie diesen in der Regel pessimistischer argumentieren, was die Entwicklung Russlands angeht, als unsere westlichen Kollegen, die meist versuchen, das Bild ein wenig aufzuhellen. Ich meine, dafür gibt es eine Erklärung.

Die russischen Experten haben anfangs die Chancen für den russischen Transformationsprozess optimistischer eingeschätzt. Sie meinten, unsere Fortschritte auf dem Wege zur liberalen Demokratie würden viel erfolgreicher und weniger schmerzhaft verlaufen. Das erklärt unseren heutigen Pessimismus. Das heißt, im postkommunistischen Russland wurden nicht alle Chancen und "windows of opportunity" genutzt. Die Regierung unter Boris Jelzin hat zu viele Fehler gemacht, die mit gewissen historischen Gegebenheiten und russischen Traditionen entschuldigt wurden. Unsere westlichen Kollegen dagegen haben die russischen Reformchancen, um zu wirklicher Demokratie und Marktwirtschaft zu gelangen, viel pessimistischer gesehen. Daraus resultiert auch ihr heutiger Optimismus. Sie meinen, es hätte auch viel schlimmer kommen können.

Nun zu den Wahlen in Russland. Die Tatsache, dass jetzt in Russland regelmäßig Wahlen stattfinden, ist sicher eine gewisse Errungenschaft, insbesondere wenn man dies auf die russische Geschichte bezieht. Aber in der Politischen Wissenschaft spricht man in dem Zusammenhang auch von Wahl-Demokratie, die es ebenso bei nicht sehr demokratischen oder sogar autoritären Regimen geben kann. Diese Wahl-Demokratie kann auch dazu dienen, sich von der gegenwärtigen liberalen Demokratie abzuwenden. Dabei sind weder das System von "checks and balances" noch eine unabhängige Rechtsprechung oder ein unabhängiges und verantwortliches Parlament noch der Vorrang des Gesetzes und der Schutz der Persönlichkeitsrechte zwingend gegeben. Die gegenwärtige russische Erfahrung zeigt darüber hinaus, dass Wahlen sogar ein recht effektives Mittel darstellen können, um ein Regime zu erhalten, das de facto eine Wahl-Monarchie darstellt. Das heißt, die Wahlen werden mitunter mystifiziert und ihr eigentlicher Sinn verkehrt.

Was die äußere Stabilität angeht, die sich jetzt in Russland zeigt, so beruht diese in erster Linie darauf, dass es in den Augen der Gesellschaft an positiven Alternativen fehlt. Die Folge ist eine tiefe Skepsis in der Bevölkerung; die meisten Menschen wenden sich enttäuscht ab oder ziehen sich in ihr Privatleben zurück. Auch die wirtschaftliche Stabilität gibt kaum Anlass zu besonderem Optimismus. Sie ist eine Folge der Abwertung vom August 1998 und des Anstiegs der Weltmarktpreise für Öl. Dabei ist die Wirkung der Abwertung schon beinahe verbraucht, so dass in absehbarer Zeit nur noch die hohen Ölpreise dazu dienen, die Konsolidierung in der russischen Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Wenn in Russland nicht bald Strukturreformen beginnen, insbesondere eine Steuerreform, und wenn keine Voraussetzungen geschaffen werden, um die Konsumnachfrage zu steigern, wird das Land in eine sehr schwierige Lage geraten.

Zur Symbolhaftigkeit. Ich denke dabei beispielsweise an die konzeptionellen und konkreten Inhalte der Zusammenarbeit zwischen Russland und dem Westen, auch mit Deutschland. Herr Ischinger hat eine fundierte und wohl durchdachte Strategie des deutschen Außenministeriums in Bezug auf Russland vorgetragen und die Prioritäten genannt, welche Ziele mit welchen Mitteln erreicht werden sollen. Aber hier ist niemand vom russischen Außenministerium und von der Präsidentschaft, die dazu Stellung nehmen. So ist die russische Position, was die Beziehungen zum Westen und zu Deutschland angeht, nicht deutlich geworden. Der stellvertretende Außenminister Russlands, den wir hier erwartet haben, hat nicht einmal Zeit gefunden, an diesem Treffen teilzunehmen. Die Gründe dafür sind offensichtlich und nicht eine Frage fehlender Höflichkeit. Der eigentliche Grund ist, dass die russische Regierung gegenwärtig "die letzten Tage von Pompeji" erlebt und überhaupt nicht zu irgendwelchen Fragen Stellung nehmen will. Sie hat einfach nichts zu sagen; denn die Regierung ist sich über die wichtigsten Fragen unserer außenpolitischen Strategie nicht im Klaren und sie erkennt nicht einmal, welches die konkreten außenpolitischen Interessen Russlands sind. Da keine Vision und keine Strategie in Sicht ist - wie soll es dann eine Außenpolitik geben? Die unausbleibliche Folge ist, dass man sich auf eine Politik beschränkt, die nur auf Ereignisse reagiert, und versucht, das Gesicht zu wahren.

Herr Karaganow und Herr Adamischin haben hier den verzweifelten und achtbaren Versuch unternommen, zumindest eine Orientierung zu geben und die Richtung der russischen Außenpolitik und die Konturen der neuen Rolle Russlands in der Welt, nicht zuletzt in der Post-Jelzin-Zeit, anzudeuten. Sie haben zu Recht daraufhingewiesen, dass innerhalb der russischen politischen Elite bereits ein gewisser Konsens darüber besteht, dass Russland von seinen unangemessenen geopolitischen Ambitionen Abstand nehmen muss, weil es weder über militärische oder wirtschaftliche noch über genügend sonstige Ressourcen verfügt, um diese realisieren zu können. Ich stimme zu, dass Russland sich in Zukunft wahrscheinlich erst einmal auf seine inneren Probleme konzentrieren und damit eine gewisse Selbstisolierung betreiben muss. Aber der Konsens, von dem hier die Rede war, ist doch noch recht brüchig und kann jeden Augenblick wieder zerfallen. Man kann nicht völlig ausschließen, dass es Versuche geben wird, eine Abwehrhaltung einzunehmen und zu den für Russland bekannten klassischen Formen der Konsolidierung zurückzukehren, insbesondere zur Suche nach einem äußeren Feind. Zumindest gibt es bei uns bisher kein einheitliches Verständnis unserer nationalen Interessen und wie man sie durchsetzen kann. Von daher sind alle möglichen Wendungen denkbar. Es ist sicher sehr schwierig und quälend, frühere existenzielle Komplexe und Stereotype zu überwinden.

Herr Morosow hat die äußeren geopolitischen Einflüsse auf die russische Außenpolitik angesprochen. Dazu gehören die Ereignisse im Kosovo und die NATO-Erweiterung und die russischen Reaktionen darauf. Diese und andere Entwicklungen vertiefen unsere Komplexe weiter und verstärken die russische Gereiztheit und schwächen das Selbstwertgefühl. Die russische Reaktion auf das Kosovo ist ein typisches Beispiel dafür, wie unsere Ziele und Ambitionen und die Mittel, sie durchzusetzen, nicht zusammenpassen. So versucht Russland, eingedenk seiner früheren Macht und Größe als nukleare Supermacht, eine wichtige Rolle in der Beilegung des Kosovo-Konflikts zu spielen. Aber ihm fehlen die Mittel, um seine Position zu halten und die NATO-Staaten entsprechend unter Druck zu setzen. Ich denke, dass sich China in dieser Hinsicht pragmatischer verhalten hat. Peking hat zwar seinen Unmut über die NATO-Methoden zur Lösung des Kosovo-Konflikts zum Ausdruck gebracht, aber von sonstigen Schritten abgesehen. Russland dagegen hat sich eingemischt, ohne die Möglichkeit zu haben, auf andere Länder Einfluss auszuüben und etwa Milosevic unter Druck zu setzen. Das hat nur dazu geführt, die Komplexe der russischen Elite zu fordern, die sich erniedrigt fühlt.

Vor kurzem gab es offizielle Informationen darüber, dass Moskau den Wunsch habe, sich an den Frieden schaffenden Operationen in Ost-Timor zu beteiligen - und das nach den nicht eben erfolgreichen Bemühungen von unserer Seite, im Kosovo Frieden zu schaffen! Wir zitieren in diesem Zusammenhang gern einen großen russischen Klassiker, Saltykow-Schedrin, der einmal gesagt hat:

"Der russische Mensch will immer dabei helfen, den Turm von Pisa gerade zu rücken, während seine Toilette im Hof zusammenfällt!"

Die äußeren Einflüsse auf unsere Außenpolitik haben keine politische, sondern eher eine psychologische Ursache. Das heißt, unsere Regierenden und unsere politische Klasse insgesamt können sich nicht damit abfinden, dass Russland die Basis fehlt, um weiterhin die Rolle einer Supermacht beanspruchen zu können. Die Kränkung, die daraus entsteht, ist die Ursache dafür, ständig beweisen zu wollen, dass wir doch in der Lage sind mitzuhalten, was mitunter lächerlich oder erbärmlich wirkt, aber auch gefährlich werden kann.

Dann zu den inneren Einflüssen auf die russische Außenpolitik. Lenin hat zu Recht gesagt, dass die Außenpolitik die Fortsetzung der Innenpolitik ist. In der Tat ist unsere Außenpolitik bis heute eine direkte Folge und ein Spiegel der Innenpolitik. Aber das gilt wohl mehr oder weniger für alle Länder. Die ständige Ungewissheit, wie unsere politische und wirtschaftliche Entwicklung weiter verlaufen wird, die ewigen Erschütterungen, die von unseren Regierenden veranstaltet werden, die Kabinettsablosungen, all dies beeinflusst das außenpolitische Verhalten Russlands und ist die Ursache für seinen ständigen Zickzackkurs.

Dabei sehe ich die innenpolitischen Herausforderungen Russlands anders als meine Kollegen hier. Es hieß, die wichtigste Aufgabe, vor der Russland heute steht, sei die fristgerechte Durchführung der Wahlen. Sicher, sowohl die Parlaments- als auch die Präsidentschaftswahlen müssen wie vorgesehen stattfinden. Aber was werden diese Wahlen an der russischen Innen- und Außenpolitik ändern? Sehr wenig, wie Herr Puschkow zu Recht meinte. Bei einer Erneuerung der Elite und auch wenn eine Elite durch eine andere abgelöst wird, bleibt es doch bei der Wahl-Monarchie, welche die eigentliche Ursache für die gegenwärtige Stagnation und die ständigen Konflikte ist, welche unsere Gesellschaft zerreißen. Dieses Regime der Wahl-Monarchie, mit der Allmacht einer Person und dem Fehlen jeglicher Verantwortung führt zur Clanbildung, Günstlingswirtschaft, Nepotismus, Krieg zwischen Oligarchen. Das heißt, der Staat wird den Interessen einiger kleiner Gruppierungen unterworfen. Entsprechend wird auch die russische Außenpolitik den Interessen dieser Clans ausgeliefert. Deshalb steht Russland heute vor einer ungeheuren Herausforderung, nämlich nicht nur die Wahlen durchzuführen, sondern auch das Regime zu verändern und umzugestalten, und zwar möglichst mit friedlichen und zivilisierten Mitteln. Dafür ist es notwendig, auch einige Elemente der Verfassung zu überarbeiten und Reformen durchzuführen, die mehr den Interessen der gesamten Gesellschaft gerecht werden und nicht nur einem kleinen, begrenzten Teil zugute kommen.

Schließlich noch einige Bemerkungen zur Rolle des Westens. Leider sehen wir da viele Beispiele für eine Politik der Doppelmoral, die einige westliche Staaten oder deren Vertreter verfolgt haben. Die NATO-Erweiterung ist nur ein Beispiel für diese Heuchelei. Warum waren die russischen Demokraten gegen die NATO-Erweiterung, und was haben sie dem Westen in dem Zusammenhang vorgeworfen? Vor allem, dass die führenden westlichen Politiker die ganze Zeit über eine freundschaftliche Politik gegenüber Jelzin und seinem Clan betrieben, die sie förderten und unterstützten, auch als er das Parlament beschoss und den ersten Tschetschenien-Krieg begann. Ich erinnere daran, dass Präsident Clinton damals Jelzin mit Präsident Lincoln verglich, der ebenso darum bemüht gewesen sei, die Einheit des amerikanischen Staates zu erhalten. Doch während man Jelzin stützte und förderte, schob der Westen gleichzeitig seinen Militärblock an Russlands Grenzen heran. Das heißt, die Bekundungen der Freundschaft waren reine Rhetorik. In Wirklichkeit glaubt und vertraut der Westen Russland nicht und versucht sich abzusichern, indem er Russland mit Panzern einkreist. Deshalb sollte nicht nur Russland über seine neue Rolle in der Welt und in Europa nachdenken, sondern auch der Westen muss seine Heuchelei und seine Politik der Doppelmoral in Bezug auf Russland aufgeben. Er sollte nicht länger bestimmte russische Politiker unterstützen, sondern stattdessen die demokratischen Institutionen und Prinzipien fördern.

Was kann Deutschland heute tun, um Russland zu helfen? Ich stimme denen zu, die gesagt haben, Deutschland könne in der Zusammenarbeit mit Russland durch sein pragmatisches Vorgehen und seine starke Einflussnahme auf die russischen Prozesse jene nachteiligen Einflüsse neutralisieren, die in den Beziehungen zwischen Russland und den USA sichtbar geworden sind. Dabei sollte Deutschland sehen, dass in Russland eine neue und wie ich meine sehr gefährliche Illusion entstanden ist, nämlich zu glauben, man könne die Deutschen zu einer Allianz mit Moskau gegen die USA bewegen.

Deutschland wird sich auf einen Wechsel der politischen Akteure in Russland vorbereiten müssen. Statt Jelzin und seine Umgebung, statt der bekannten Gesichter in Moskau, wird man in Kürze neue Akteure und neue Gesichter erleben, bei denen bisher noch unklar ist, auf welche Weise sie die Nation konsolidieren, welche politischen Maßnahmen sie fördern und wie pragmatisch sie vorgehen

werden. Daher brauchen gerade wir Russen ein geduldiges, aufmerksames und ausgewogenes Interesse an Russland zu einer Zeit, in der der Übergang zu einem neuen Machtsystem und einem neuen Regime zu erwarten ist. Aber welche Veränderungen es am Ende dieses Jahres und zu Beginn des neuen Jahrtausends in Russland auch geben mag, was uns bewusst ist: Deutschland war und bleibt ein Staat, mit dem wir zwar zeitweise recht schwierige Beziehungen hatten, mit dem wir aber zugleich geschichtlich und geistig verbunden waren und sind.

Joetze

Die deutsche Außenpolitik, Frau Schewzowa, geschieht in einem engen Verbund mit der Europäischen Union und im Rahmen des transatlantischen Bündnisses und ist deshalb nicht isoliert zu betrachten.

Scheijnis

Einige Überlegungen zur Stellung Russlands in der Welt und in der internationalen Arbeitsteilung.

Die Perestroika und die Ablösung des herrschenden kommunistischen Systems war dadurch bedingt, wie es immer wieder heißt, dass Russland nicht mehr die Kraft hatte, den wirtschaftlichen und militärischen Wettkampf mit den Vereinigten Staaten und mit dem Westen insgesamt weiterzuführen.

Als die Perestroika begann und die neue Wirtschaftsstrategie verkündet wurde, ging man davon aus, dass der neue Kurs die russische Wirtschaft effektiver machen würde, was indes nicht der Fall war. Nach wie vor basiert unsere Wirtschaft im Wesentlichen auf dem Export von Rohstoffen. Diese Wirtschaft, die teure und qualitativ minderwertige Gebrauchsgüter für den inneren Bedarf herstellt, befindet sich zudem in einer tiefen Krise und die sozialen Beziehungen in der Volkswirtschaft haben sich verändert. Während das verkrustete Staatsmonopolistische System zerstört wurde, sind an seine Stelle quasi kapitalistische, oligarchische Gruppen getreten, die aber wirtschaftlich keineswegs effektiver arbeiten als das vorherige kommunistische Staatsmonopol.

Wenn wir über die jetzigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme Russlands sprechen, dann ist mein erster Einwand gegen Herrn Sjuganow, dass diese nicht erst durch die ungünstige Wirtschaftsentwicklung in den letzten Jahren und die unwirksamen Versuche, die Wirtschaft umzugestalten, verursacht wurden.

Unsere Lage wird umso schwieriger, als sich die wirtschaftlichen Ungleichgewichte heute immer mehr vergrößern, und zwar nicht nur zwischen Russland und dem gesamten Westen, sondern auch innerhalb des Westens selbst. Wenn es vor zehn oder fünfzehn Jahren den Anschein hatte, dass Europa und Japan das Entwicklungsniveau der Amerikaner erreichen würden, sind heute bedeutende Experten der Meinung, die Vereinigten Staaten würden wieder enteilen, weil sie sich die revolutionären Veränderungen im Bereich der Informationstechnologie zu Nutzen machen. Angesichts dieser Entwicklung wird Russland nicht Monate oder Jahre, sondern Jahrzehnte brauchen, um seine Wirtschaft diesem Prozess anzupassen. Ich halte es für wichtig, dass wir uns diese Tatsache bewusst machen und überlegen, welche Fortschritte möglich und realistisch sind.

Wir müssen auch Abschied nehmen von einem Denken, wie es das 19. und die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts beherrschte, als man davon ausging, dass die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Staaten eine Art Nullsummenspiel sind - wo ein Staat gewinnt, müssen andere unweigerlich verlieren. Bedauerlicherweise haben die Regierungen im Westen nicht genügend erkannt, dass die Wirtschaftsentwicklung in der heutigen Welt kein Nullsummenspiel ist. Das Verdrängen Russlands von den Weltmärkten und von den Märkten, auf denen es bereits präsent war, hat nicht nur Russland, sondern auch der Weltwirtschaft und den anderen Staaten geschadet.

Wie steht es um unsere eigene Bereitschaft, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt anzugehen? So wenig wie die alten kommunistischen Strukturen entsprechen auch die Strukturen des neuen Russlands den Anforderungen am Ende des 20. Jahrhunderts. Das ist weniger eine Frage der Gesetzgebung und der institutionellen Infrastruktur. In diesem Punkt stimme ich Herrn Karaganow und Herrn Hahn zu und möchte Frau Schewzowa widersprechen, wenn sie meint, unser vordringliches Problem sei die Änderung der Verfassung und des Staatsaufbaus, wozu die kommunistische Opposition noch eine viel schärfere Einstellung hat. Ich halte es jedenfalls für recht demagogisch, wenn die Rede davon ist, Russland müsse die Jelzin-Verfassung rasch abschaffen, die gegen das Volk gerichtet sei. Obwohl diese Verfassung eine Reihe wesentlicher Defizite aufweist, dürften allenfalls nur einige vorsichtige Änderungen daran angebracht sein. Alle anderen Versuche halte ich für sehr gefährlich.

Zu Recht ist hier das russische Wahlgesetz positiv bewertet worden, das in der Tat den internationalen Standards nicht nur entspricht, sondern sie in einigen Punkten sogar übertrifft - wenn man etwa die gesellschaftliche Kontrolle der Wahldurchführung nimmt. Das Hauptproblem besteht nicht im Fehlen einer Gesetzgebung - obwohl auch daran gearbeitet werden muss;-, sondern das eigentliche Problem liegt darin, dass es an einem politischen Willen fehlt, der, gestützt auf die bestehende Verfassungsstruktur und auf das vorhandene ökonomische und vor allem intellektuelle Potenzial, wesentliche Veränderungen bewirken könnte. Hier hat die Gegnerschaft zweier mehr oder weniger konsolidierter und verhärteter Gruppierungen während der 90er-Jahre, zumindest seit 1991/92 bis heute Russland zuweilen an den Abgrund einer sozialen Katastrophe geführt.

Im Unterschied zu den meisten westlichen Ländern, wo die Liberalen mit den Konservativen oder mit den Arbeiterparteien beziehungsweise den Sozialdemokraten konkurrieren und sich mit einem Regierungswechsel zu einer anderen Parteienkoalition an den Lebensverhältnissen von Millionen von Menschen nur wenig ändert, folgt die Opposition in Russland anderen Grundsätzen. Auf der einen Seite standen die Reformkräfte - auch wenn die Reformen weitgehend entstellt und durch die Korruption und den Zerfall von wichtigen Sozialstrukturen deformiert wurden - und auf der anderen Seite die kommunistischen und chauvinistischen Revanchisten, die praktisch die gesamte Protestwählerschaft mobilisiert haben.

Die Tragödie Russlands lag darin, dass bei den Präsidentschaftswahlen 1996 diejenigen, die für Jelzin gestimmt haben, weniger seine Anhänger waren, sondern vielmehr 40 Millionen Gegner von Sjuganow und einer kommunistischen Alternative, während auf der anderen Seite 30 Millionen Wähler standen, die nicht so sehr Anhänger Sjuganows waren, sondern mehr Gegner des herrschenden Regimes, das sich sehr schnell korrumpiert hatte und zum Schaden großer Bevölkerungsgruppen überhaupt keine soziale Verantwortung zeigte. Das heißt, hier standen sich zwei Kräftegruppierungen gegenüber, die beide nicht konstruktiv handelten, was die Probleme weiter verschärfte.

In der marxistischen Ideologie war viel von der allgemeinen Krise des Kapitalismus die Rede. Mir geht es hier nicht darum, inwieweit diese Analyse gerechtfertigt war. Ich bin jedenfalls davon überzeugt, dass sich die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen der westlichen Länder in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht in einer allgemeinen Krise befanden und diese Länder ohnehin nicht mehr rein kapitalistisch waren. Was sich aber in Russland seit Beginn der achtziger Jahre deutlich abzeichnete, war eine Krise aller wirtschaftlichen und sozialen Strukturen, die sämtliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erfasste. Heute kann man sogar eine Verschärfung dieser Krisenerscheinungen feststellen.

Zum einen eine äußerst ineffiziente Wirtschaft. Natürlich kann man sich darüber freuen, dass die Perspektiven im August 1998 düsterer erschienen, als sie dann in der Folge wirklich waren. Aber wir haben eine Art Doping durch die vierfache Abwertung des Rubels vorgenommen. Einige Experten hatten bereits Monate vor dem August 1998 vorgeschlagen, den Rubel um 20 bis 40 Prozent abzuwerten, was wahrscheinlich, wie man jetzt sieht, vernünftig gewesen wäre. Stattdessen haben wir eine vierfache Abwertung erlebt. Unabhängig davon hatte sich außerdem der Preis für das Öl, eines unserer wichtigsten Exportgüter, um das Zwei- bis Dreifache erhöht. Aber alle grundlegenden wirtschaftlichen Probleme sind unverändert geblieben. Frau Schewzowa hat zu Recht gesagt, es habe keinerlei strukturelle Veränderungen gegeben, die die Wirtschaft wirkungsvoll hätten stützen können, sondern die positiven Einflüsse waren rein konjunktureller Natur.

Was den Aufbau des russischen Staates angeht, der ebenfalls eine schwere Krise durchlebt, so haben sich hier sowohl die Fehler des politischen Kurses in den vergangenen zehn Jahren als auch der nationale Staatsaufbau der UdSSR, also das schwere Erbe Stalins, ausgewirkt. Denn die Haltung eines Tschetschenen lässt sich nicht verstehen, wenn man vergisst, dass in seinem Bewusstsein die Erinnerung an die schrecklichen stalinistischen Deportationen weiterlebt.

Wir erleben einen Niedergang des Staatswesens, der auch mit dem verzehrenden Kampf zweier gegnerischer Kräfte verbunden ist, nämlich die Präsidialmacht auf der einen Seite, die ihre Unterstützung in der Gesellschaft immer mehr verliert, und auf der anderen Seite die aggressive nationalkommunistische Opposition. Hinzu kommt die Korruption, die in letzter Zeit von den ausländischen Medien vielleicht etwas übertrieben dargestellt wird, aber die zweifellos existiert. Angesichts dieser Gegebenheiten richten die Menschen ihre Hoffnungen ein wenig auf die bevorstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Ich würde ja auch gerne hoffen, dass die Wahlen zu einer gewissen Gesundung führen werden.

Aber wie steht es um die politischen Kräfte, die jetzt zu den Wahlen antreten? Nach vorliegenden Umfrageergebnissen haben drei Gruppierungen mehr oder weniger sichere Aussichten, die Fünfprozenthürde zu überwinden und in die Duma einzuziehen, um dort Fraktionen zu bilden und

darüber hinaus einen Großteil der Abgeordneten für sich zu gewinnen, die in den Direktwahlkreisen gewählt werden: Das sind erstens die Kommunistische Partei, zweitens der Block "Vaterland - Ganz Russland" und drittens "Jabloko". In den verbleibenden zweieinhalb Monaten bis zu den Duma-Wahlen kann sich die Situation natürlich verändern. Es können andere Organisationen hochkommen, aber die vorgenannte politische Dreierstruktur wird sich kaum anders darstellen. Es mag sein, dass es in diesen politischen Gruppierungen durchaus vernünftige Leute gibt, auf die man sich aber leider selten verlassen kann.

Nehmen wir die Kommunistische Partei. Sie ist schon lange nicht mehr internationalistisch und war nie eine demokratische Partei. Die Bewegungen, die sie anführt und organisiert - damit ist im Augenblick der Block "Für den Sieg" gemeint, der angeblich 200 Organisationen umfasst; -, sind offensichtlich eine Fiktion. Außerhalb der KPRF gibt es keine wirksamen Kräfte. Jedoch stützt sich die KPRF auf große Schichten der Protestwähler und wird noch lange Zeit ein wichtiger Faktor unseres politischen Lebens bleiben. Im politischen System ist sie eine Kraft, welche die Macht ausbalanciert; aber in den meisten Fragen ist ihre Politik nicht konstruktiv.

Ich denke, in historischer und langfristiger Sicht täten die Kommunisten gut daran, sich in eine sozialdemokratische Partei zu verwandeln: Auf Foren wie diesen versuchen sie als solche aufzutreten. Aber sie sind nicht bereit, sich von absolut unzivilisierten Elementen wie Iljuchin oder Makaschow zu trennen, die Erben und Vertreter der antisemitischen Stalinbürokratie sind.

Die zweite Kraft ist die Bewegung "Vaterland - Ganz Russland", in der es zweifellos eine große Anzahl vernünftiger Leute gibt; aber diese Organisation ist sehr vielfältig. Auf der einen Seite gibt es dort diejenigen, die außerordentlich auf die Macht des Staates fixiert sind, während auf der anderen Seite radikale Autonomisten stehen, die Russland in Stücke reißen wollen oder die zumindest ihre Region als eine Art feudales Fürstentum ansehen. Da gibt es die Anhänger des Privateigentums einerseits und die Barone der Kolchosen und Sowchosen andererseits, welche sich nicht den Kommunisten anschließen wollten. Leidenschaftliche Antikommunisten stehen denen gegenüber, die alle Stufen der sowjetischen Karriereleiter durchlaufen haben und davon entsprechend geprägt worden sind. Die einen stehen loyal zum Kreml, während andere dermaßen verbittert sind, dass sie keine Hemmungen haben, den jetzigen Mitarbeitern der Kreml-Administration mit der rumänischen Variante zu drohen. Daher habe ich keine große Hoffnung, dass nach den Wahlen die Vereinigung "Vaterland - Ganz Russland" eine konstruktive Rolle spielen wird. Sie werden alle wieder auseinander laufen.

Schließlich die Demokraten. Leider ist "Jabloko" in einem recht engen Ghetto eingeschlossen; auch der Wechsel von Stepaschin hat daran offenbar nur wenig verändert.

Hier wurde gefragt: "Wie kann der Westen die demokratischen Kräfte in Russland und die demokratische Entwicklung Russlands insgesamt fördern?" Ich denke, nur wir selbst können mit unseren Problemen fertig werden. Der Westen tritt bestenfalls in der Rolle interessierter, mitfühlender Zuschauer auf. Wenn ihr uns irgendwo helfen wollt, dann solltet ihr auf Schritte verzichten, die in Russland eine Stimmung verstärken, die dem Versailles-Syndrom in Deutschland nach 1919 vergleichbar ist. Das heißt, ihr müsstet versuchen, eure Regierungen an Handlungen zu hindern, die in Russland die nationale Ehre verletzen.

Moisi

Zunächst möchte ich mich dafür bedanken, dass ich als Franzose in diesen Dialog einbezogen werde. Es gab Zeiten, als die Franzosen nervös wurden, wenn die Deutschen mit den Russen zusammentrafen, doch es fällt mir wirklich schwer, an dem, was Herr Ischinger hier vorgetragen hat, irgendetwas zu finden, was ein französischer oder britischer Spitzendiplomat hätte anders sagen können. Es gibt also so etwas wie eine gemeinsame europäische Position.

Herr Rahr hat die Frage gestellt, die heute in Washington sehr populär ist: "Wer hat Russland verloren?" Meiner Meinung nach hat niemand Russland verloren. Russland kann sich nur selbst verlieren, und das wird vor allem dann der Fall sein, wenn es den Kurs der demokratischen Reformen verlässt und es nicht schafft, den Staat zu reorganisieren oder wenn es sich dem anachronistischen Vergnügen eines postimperialen Abenteuers hingeben sollte.

Was die Demokratie angeht, sehe ich eine gewisse Ironie darin, dass in dieser Diskussion auf russischer Seite gerade jene fordern, der Westen möge die Wahlen in Russland überwachen, die gestern noch recht zynisch über die Demokratie gesprochen haben. Sie sagen, man dürfe Russland nicht erniedrigen und müsse seinen Nationalismus respektieren. Aber wenn es um die Demokratie geht, bitten sie uns, ihnen zu helfen - wie in einigen Teilen Afrikas, Asiens, Mittelamerikas oder im Nahen Osten. Oft sind es gerade jene Politiker, die an die Demokratie glauben und sie fordern, die

aber meinen, nicht mit demokratischen Methoden an der Macht bleiben zu können. Auf der anderen Seite erkennen diejenigen, die Schwierigkeiten hatten, sich auf die Demokratie einzulassen, dass sie nur mit den Mitteln der Demokratie an die Macht kommen können.

Angesichts dieser Paradoxie kann man seitens des Westens nur sagen, dass Russland in den nächsten Monaten darüber entscheiden wird, welche Bedeutung die vergangenen zehn Jahre gehabt haben. In den nächsten Monaten entscheiden Sie nicht nur über Ihre Geschichte, sondern auch über Ihre Geografie. Wenn Russland die demokratischen Reformen vorantreibt, ist es ein europäisches, ein westliches Land.

Dies leitet über zur Reorganisation des Staates, was gleichzeitig Stärkung des Staates und Machtbegrenzung der Exekutive im Rahmen der Verfassung meint. Ich halte jedenfalls die Annahme für bedenklich, aufgeklärter Despotismus sei keine wirkliche Gefahr, sondern die einzige Alternative, um die Desintegration Russlands zu verhindern. Es dürfte leicht sein, einen Despoten zu finden; sehr viel schwerer ist es, einen aufgeklärten Diktator ausfindig zu machen. Ich kann zumindest keinen erkennen. Deshalb ist beides untrennbar miteinander verbunden. Das heißt, Russland muss seine Verfassung reorganisieren, dabei aber zugleich bestimmte Richtlinien einhalten.

Als weiteren Punkt erwähne ich das neoimperial oder neokoloniale Abenteuer. Wenn man liest, was die Russen über die derzeitige Entwicklung im Kaukasus und in Tschetschenien sagen, scheint es auf der einen Seite, dass sie aus den militärischen Lektionen des Westens im Kosovo gelernt haben. Bombardierungen, so konnte man hören, führen zu keinem guten Ergebnis. Während uns Mitglieder der russischen Duma in Moskau wie Vietnam-Veteranen in Amerika erklären, dass Bomben auf Afghanistan und Tschetschenien keine Lösung gebracht haben, verfolgen sie heute genau jene Praxis, die sie vor kurzem noch sehr eloquent verurteilt haben.

Aus unserer Sicht verhalten sie sich nicht wie die NATO, sondern wie das Serbien von Milosevic, indem sie genau jene Widersprüche noch verstärken, in die sie sich verstrickt haben. Wenn Ihre Armee so demoralisiert ist, wie die Presse schreibt, wenn russische Soldaten nicht für Tschetschenien oder Dagestan sterben wollen, was ist dann der Zweck einer Politik, die nur katastrophal enden kann?

Lassen Sie mich noch einen Punkt ergänzen: 1995 habe ich mich im französischen Fernsehen auf eine Debatte mit französischen Philosophen eingelassen, die meinten, Frankreich sollte an den Feierlichkeiten in Moskau zum 50. Jahrestag des Sieges über Nazi-Deutschland nicht teilnehmen. Ich erwiderte, dass die Gegenwart, wie immer es um sie bestellt sein mag, nicht die Vergangenheit entwerten sollte; denn diese Vergangenheit war der beste Teil der Sowjetunion in diesem Jahrhundert. Heute, nach Bosnien oder dem Kosovo, würde die öffentliche Meinung im Westen ganz anders reagieren als noch vor vier Jahren. Heute wäre es für unsere Regierung sehr viel schwerer, so zu argumentieren. Das sollten Sie auch mit berücksichtigen. Bei aller Geduld und bei allem Verständnis, es ist für uns schwerer geworden, das zu akzeptieren.

Lebedew

Wir sprechen über zehn Jahre nach Ende des Kalten Krieges und über die Beziehungen, die sich zwischen Russland und Europa, zwischen Russland und Deutschland herausgebildet haben. Anlass genug, darüber nachzudenken, was uns gelungen ist und was nicht.

In vieler Hinsicht entsprechen unsere Wirtschaftsbeziehungen den Strukturen vor zehn oder auch vor fünfzehn Jahren. Herr Scheijnis hat zu Recht daraufhingewiesen, dass wir uns im Großen und Ganzen nach wie vor auf die Öl- oder Gasleitungen stützen, also durch diese feste Infrastruktur miteinander verbunden sind, durch die die natürlichen Ressourcen fließen. Das heißt, wir haben uns in den vergangenen zehn Jahren sehr wenig mit Projekten befasst, wie Russland in die europäische und die globale Wirtschaft reintegriert werden könnte.

Ich frage mich des Öfteren, warum das so ist. Mein Eindruck ist, dass der Westen und Russland von irgendeinem Zeitpunkt ihrer Entwicklung ab den billigeren Weg gegangen sind. Seinerzeit fehlte es an Geld, um normal in die russische Wirtschaft zu investieren und das Potenzial der russischen Hochtechnologien zu erschließen, das damals in der russischen Verteidigungsindustrie noch hätte reformiert werden können. Wenn wir heute von der Reintegration Russlands in die Weltwirtschaft reden, stelle ich mir immer die Frage: "In welche Art von Wirtschaft wollen wir uns selbst und in welche will man uns reintegrieren: in die Wirtschaft der ersten Welt oder in die der Dritten Welt?" Diese Frage müssen wir gemeinsam beantworten, weil wir sonst immer wieder bei der Frage landen, die auch hier mehrfach gestellt wurde: "Wer hat eigentlich Russland verloren?"

Statt die Aufgaben der Zukunft gemeinsam anzugehen, reden wir über die Verschiebung der Grenzen vom Westen nach Osten oder vom Osten nach Westen - also der Zoll- und Wirtschaftsgrenzen - und nicht von einer systematischen gegenseitigen Integration.

Herr Scheijnis hat interessanterweise auch daraufhingewiesen, dass nicht nur der Graben zwischen Russland und Europa, sondern ebenso zwischen dem vereinigten Europa und den USA größer wird, und das nicht in der Wirtschaft Mitte des 20. Jahrhunderts, sondern des 21. Jahrhunderts. Das betrifft eine Wirtschaft, die wesentlich auf Hochtechnologien und virtuelle Handelsräume, wie Herr Gasteyer sagte, gründet. Das sind vor allem neue Waffentechnologien. Aber aufweichen Krieg bereiten wir uns im 21. Jahrhundert vor? Bislang sind es nur die Vereinigten Staaten, die technologisch und ideologisch in Bezug auf ihre nationale Sicherheit ein Zukunftskonzept entwickeln.

In Europa und in Russland arbeiten wir daran praktisch überhaupt nicht, sondern beschränken unseren Dialog auf ein Niveau, wo ein reicher Handelsherr das Ufer der Eingeborenen erreicht und Halsketten verteilt. Sicher, wir können einen gemeinsamen Handel auf der Ebene von Joghurts und BMW-Fahrzeugen organisieren. Dabei wäre es für uns viel wichtiger, über Konzepte nachzudenken, die Mitte des 21. Jahrhunderts zum Tragen kommen werden. In der Hinsicht ist bisher noch keine Zusammenarbeit erkennbar. Das wäre in der Tat ein weites Feld für Kooperation. Wir denken viel zu wenig gemeinsam darüber nach, was in der Welt vor sich geht, die uns umgibt.

Russland ist ein euro-asiatischer Staat und wir haben zwangsläufig Kontakt mit Indien, China, dem Iran und Irak. Und wie sich die Ereignisse im Kosovo auf die schmerzhaftige Wiedergeburt des nationalen Selbstbewusstseins in China oder auch in Indien auswirken werden, hat für uns durchaus praktische Bedeutung. Darüber würden wir uns gern gemeinsam mit unseren europäischen Partnern Gedanken machen. Es ist sicher nicht auszuschließen, dass die Ereignisse im Kosovo die Frage territorialer Ansprüche weltweit von neuem provoziert, wenn ich etwa an Forderungen denke, die in Ländern der Dritten Welt gestellt werden. Das gilt für Indien genauso wie für China und deren neue Rolle angesichts der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Wir können noch so sehr gegen die Weiterverbreitung ankämpfen, ohne an dieser Tatsache wirklich etwas zu ändern. Die Chinesen führen der ganzen Welt erfolgreich vor, wie sie mehrköpfige Satelliten zu friedlichen Zwecken mit ihren Raketen starten. Von da aus sind es nur ein paar Schritte, um dies auch auf anderen Gebieten zu realisieren.

Was die Geschehnisse in Südrussland angeht, so wurde hier bereits angemerkt, dass die Europäer bereit wären, mit uns darüber zu reden, wie das, was dort geschieht, zu bewerten ist. Dabei gehen die Meinungen in dieser Hinsicht auch bei uns selbst auseinander. Jedenfalls hat die Militäroperation der NATO in Jugoslawien in unseren militärischen und militär-politischen Kreisen den unstillbaren Wunsch geweckt zu versuchen, ob wir eben solche präzisen Schläge durchführen können. Das heißt, nach einem neuen Konzept zu suchen, um innenpolitische Probleme ohne Bodenoperationen zu lösen. Das wäre gewissermaßen ein neues Konzept, um Frieden zu schaffen. Der Startschuss dafür wurde jedoch in Jugoslawien gegeben.

Welche Folgen wird das für die Zukunft haben? Dergleichen kann demnächst ebenso in anderen Teilen der Welt und auch in Russland passieren. Für uns ist das eine ganz pragmatische Frage. Ich denke aber, dass wir im Kampf gegen den Terrorismus, ein Gebiet, auf dem die Europäer sehr viel Erfahrung haben, die uns bislang fehlt, unbedingt zusammenarbeiten sollten. Dazu ist jedoch ein klarer politischer Wille auf beiden Seiten notwendig. Leider zeigt die Erfahrung, dass sich die Vertreter der Machtapparate in solchen Fragen nur sehr schwer einig werden.

Ich möchte alle unsere Partner aufrufen, mit uns gemeinsam darüber nachzudenken, wie wir zu Beginn des nächsten Jahrhunderts zusammenarbeiten können; denn wir haben eineinhalb sehr schwierige Jahre vor uns. Und ob wir das wollen oder nicht, was in Russland und in den USA geschieht, bestimmt wesentlich über das, was in der übrigen Welt vor sich geht. Zuerst werden bei uns Wahlen stattfinden, dann bei den Amerikanern. Das ist eine sehr schwierige Periode und wir sollten dafür sorgen, dass wir Sicherungen einbauen, um die Brücke in die Zukunft offen zu halten. Andernfalls besteht die Gefahr, dass wir für unsere Zusammenarbeit sehr viel verlieren.

Smolar

In der bisherigen Diskussion sind zwei Konfliktpunkte zwischen den russischen und den westlichen Teilnehmern deutlich geworden: der Kosovo-Konflikt und die NATO-Erweiterung. Der eine Punkt betrifft mich als Pole unmittelbar, während der andere mein Land als neues NATO-Mitglied nicht so direkt berührt. In beiden Punkten fällt mir auf, dass die russische Seite diese Vorgänge vornehmlich narzisstisch als gegen Russland gerichtet wahrnimmt. Das wird nicht nur bei der NATO-Erweiterung offenkundig, wobei ich verstehe, dass wir in dieser Frage eine unterschiedliche Wahrnehmung haben.

Aber auch in der Kosovo-Frage hat die völlig kontroverse und geradezu lähmende Diskussion im Westen gezeigt, dass die schmerzlichen Entscheidungen, die man getroffen hat, keineswegs antirussisch motiviert waren.

Herr Cameron hat nun deutlich gemacht, dass die Probleme, um deren Lösung wir uns bemühen, durch unterschiedliche Wahrnehmungen und die verschiedenen Sprachen, die wir in den Auseinandersetzungen verwenden, noch verschärft werden. Das gilt auch für die NATO-Erweiterung. Für Polen beispielsweise ist der NATO-Beitritt nur der letzte Schritt, um die Teilung Europas zu überwinden, die mit Jalta begonnen hat. Polen kann jetzt wählen, zu welcher Welt es gehören will, wobei die polnische Entscheidung für die NATO gewiss auch historisch bedingt ist und mit der verständlichen Furcht vor Russland zu tun hat. Das zeigt, wie komplex die Situation in Europa gegenwärtig ist.

Polen und ganz Mitteleuropa waren durch die Intervention im Kosovo geschockt; denn dies war nicht die NATO, der man beitreten wollte. Auch wenn die NATO in vielen Ländern, besonders in Polen, massiv unterstützt wird, waren doch Zweifel, Vorbehalte und Zwiespältigkeiten nicht zu übersehen. Die Russen, vor allem die Politiker, sollten aber allmählich begreifen, dass die heutige NATO sich sehr unterscheidet von dem, was sie zu Zeiten der Sowjetunion gewesen ist und wie sie von russischer Seite immer noch dargestellt wird.

Der Einsatz im Kosovo war für uns alle sehr dramatisch und zwiespältig, wobei ich die Position meiner Regierung unterstützt habe. Dennoch war uns dabei ausgesprochen unbehaglich zumute; denn das Bombardement machte die Asymmetrie der am Konflikt Beteiligten offenkundig: Während die Albaner als die eigentlichen Opfer den höchsten Preis zu zahlen hatten, waren die Serben schon weniger betroffen, und die Alliierten zahlten den geringsten Preis.

Nach dem Ende des Kosovo-Konflikts sind wir mit dem Problem konfrontiert, dass wahrscheinlich ein Prozess in Gang gekommen ist, der die Unabhängigkeit des Kosovo zur Folge haben und damit zu einer Destabilisierung der Region führen kann. Bei allen Problemen und Zweideutigkeiten, die sich hier stellen, haben unsere russischen Kollegen das Hauptproblem nicht angesprochen, nämlich den Widerspruch zwischen nationaler Souveränität und Menschenrechten und den Wertewandel, der heute die Außenpolitik und die internationale Situation dramatisch beeinflusst.

Großenteils ist den westlichen Regierungen dieser Prozess aufgezwungen worden. Die Entwicklung seit Helsinki zeigt, dass die Initialzündung nicht von den Regierungen ausging, sondern von der Zivilgesellschaft, den NGOs und von der Opposition in Mittel- und Osteuropa. Natürlich hat das Ende des Kalten Krieges diesen Prozess dann noch verstärkt.

Ich habe gegenwärtig den Eindruck, dass die Diskussion über die Beziehungen zwischen Europa und Russland schwieriger geworden ist, als sie es noch vor einigen Jahren war. Ich habe an einem früheren Bergedorfer Gesprächskreis teilgenommen und habe heute den Eindruck, dass es damals einfacher war. Zwar war die Ungewissheit sehr viel größer, aber es gab auch größere Hoffnungen und stärkere Spannungen in unseren gegenseitigen Beziehungen. Heute sind die Hoffnungen geringer und die Enttäuschungen halten sich in Grenzen. Sie kommen zwar zum Ausdruck, aber nicht in gleicher Weise, wie das vorher der Fall war.

Obwohl sie in den Vereinigten Staaten diskutiert wird, erscheint mir die Frage: "Wer hat Russland verloren?" anachronistisch. Die Annahme, jemand von außerhalb könne das Schicksal eines so großen Landes wie Russland bestimmen, ist sicher falsch.

Wir müssen indes Herrn Scheijnis Hinweis berücksichtigen, dass wir Russland nicht erniedrigen dürfen. Wir müssen alles tun, damit dies nicht geschieht, und wir müssen Russlands Interessen beachten. Es war zum Beispiel schockierend, dass Präsident Clinton, der zweifellos an den Beziehungen zu Russland sehr interessiert ist, in seiner Rede an die Nation Russland nur einmal erwähnte - und dies in Verbindung mit der Gefahr der unkontrollierten Atomrüstung. Russland muss in unseren Überlegungen eine Rolle spielen und sollte nicht ignoriert werden. Doch wie kann man das praktisch umsetzen? Das ist das eigentliche Problem. Ich denke, Herr Puschkow hat Recht, wenn er meint, dass diese ganze Geschäftigkeit hinsichtlich eines NATO-Russland-Rates keinen Sinn macht. Ich erinnere mich an die viel beachtete Rede von Henry Kissinger vor drei Jahren, in der er die Schaffung eines solchen Gremiums heftig kritisierte und die Auffassung vertrat, auf diese Weise würde man die NATO gefährden, weil man damit Russland in die Allianz hereinlassen würde und es dann die NATO kontrollieren und zerstören könnte. Wer spricht heute noch davon?

All dies zeigt, wie äußerst schwierig es ist, Russland wieder in das internationale System zu integrieren. Lilia Schewzowa hat uns den Grund dafür genannt, nämlich das dramatische Missverhältnis zwischen Russlands historisch und kulturell begründeten Erwartungen und seinen

gegenwärtigen Möglichkeiten. Sergej Karaganow hat ebenfalls gesagt, Russland sollte seine Ansprüche vermindern und sich den Realitäten anpassen. Lilia Schewzowa sprach von Selbstbegrenzung. Damit ist ein langer und schmerzhafter Prozess verbunden, mit der Wirklichkeit zurechtzukommen. Auch Russlands Wunsch, die Ereignisse auf dem Balkan zu bestimmen, ist ein weiterer Beweis seines fehlenden Realismus.

Auf der anderen Seite zeigen auch die westlichen Länder mangelnden Realismus mit ihren Bestrebungen und Programmen, Russland zu "retten". Es sind sicher viele Fehler gemacht worden. Aber wir sollten nicht vergessen, dass der Westen Russland gewaltige Finanzmittel zur Verfügung gestellt hat. Sie lassen sich durchaus mit dem Marshallplan nach dem Zweiten Weltkrieg vergleichen. Die Verantwortung für die Art und Weise, in der dieses Geld genutzt oder missbraucht wurde, tragen Russland und der Westen gleichermaßen. Vielleicht war der Zeitpunkt schlecht gewählt. Wenn das Geld 1991 geflossen wäre, hätte sich die westliche Hilfe wahrscheinlich als sehr viel effizienter erwiesen. Russland war damals mehr nach Westen orientiert und hatte größere Hoffnungen. Die Hilfe kam vermutlich zu spät, doch dies ist leider Teil des langen und schmerzhaften Demokratisierungsprozesses.

Wie Sergej Karaganow, Herr Morosow und andere russische Teilnehmer gesagt haben, kann Russland nicht länger eine unilaterale Politik verfolgen, die allein darauf zielt, die Beziehungen zu den USA zu vertiefen. Ein so großes Land kann sich nicht auf eine einzige Region beschränken. Es gibt jedoch eine Nachbarregion, um die sich Russland überhaupt nicht kümmert - außer dass es die NATO-Erweiterung ablehnt;-, und das ist Mitteleuropa. Dieses hat sowohl hinsichtlich seiner Bevölkerungszahl als auch wegen seines wachsenden wirtschaftlichen Gewichts Bedeutung. Trotz einiger historisch bedingter Vorurteile bin ich selbst überrascht, wie gering die Fremdenfeindlichkeit beispielsweise von Polen gegenüber Russen ist. Obwohl noch viel Furcht besteht, ist die Einstellung bei uns grundsätzlich positiv.

Pyroschkow

Das Thema, das hier zur Diskussion steht, betrifft ja nicht nur die Beziehungen Russlands mit Europa und dem Westen, sondern ist auch für andere Länder wichtig, die erst vor kurzem den Weg einer unabhängigen Entwicklung beschriften haben. Für die Ukraine sind jedenfalls die Beziehungen Russlands zum Westen in Hinblick auf eine eigenständige Entwicklung von großer Bedeutung.

Dieses Gespräch hier macht natürlich einmal mehr deutlich, dass Russlands Verhältnis zu Europa und zum Westen ein schwieriges Thema ist. Vielleicht ist Europa für Russland weniger wichtig als umgekehrt. Die Beziehungen Russlands zu Europa und zum Westen sind immer noch durch Auseinandersetzungen und Konkurrenz bestimmt, auch wenn diese im Ergebnis dann zu irgendeinem Konsens führen.

Auch wenn der Weg Russlands in die europäische und die westliche Zivilisation von großer Bedeutung ist, dürften die nationalen russischen Interessen in gewissem Sinne mit einer reinen Hinwendung zum Westen nicht vereinbar sein. Herr Karaganow hat deutlich gemacht, dass die außenpolitische Doktrin Russlands daraufgerichtet ist, auf Sicht einen eurasischen Staat aufzubauen, dessen Interessen nicht nur auf China, Indien oder Zentralasien, sondern auch auf die westlichen Länder gerichtet sind. Darum entspricht ein solches Entwicklungsmodell auch mehr der Mentalität der politischen Eliten in Russland. Denn mit der Entwicklung eines eurasischen Staates hat Russland größere Chancen, seine historische Mission zu erfüllen.

In diesem Zusammenhang stellt sich dann die Frage, welche Perspektive die Zusammenarbeit zwischen Russland und dem Westen beziehungsweise der Europäischen Gemeinschaft hat. Denn trotz seiner strategischen Interessen im eurasischen Raum kann Russland nicht auf die Zusammenarbeit mit dem Westen verzichten. Das ist nicht nur für Russland selbst wichtig, sondern auch für andere Länder, vor allem für die Länder Mitteleuropas und für die postsowjetischen Republiken.

Die praktische Umsetzung einer solchen Strategie der Zusammenarbeit mit dem Westen wird indes ohne die Unterstützung des Westens und seiner strategischen Partner schwer möglich sein. Herr Adamischin hat Herrn Karaganow kritisiert, der meinte, die russische Außenpolitik könne erst in fünf bis zehn Jahren wirksam werden. Diese Kritik ist insofern unbegründet, als Russland zunächst vor allem die notwendige innenpolitische und wirtschaftliche Stabilität erreichen muss. Dafür ist eine gewisse Modernisierung notwendig, die alle Komponenten einer demokratischen Gesellschaft und einer politischen Stabilität umfasst: Das heißt, Stabilität des politischen Systems und die Grundlagen der Marktwirtschaft sind Voraussetzungen, um eine Außenpolitik zu führen, die diesem Modell

entspricht. Und in dieser Hinsicht gehe ich mit Herrn Karaganow einig, dass es wohl zehn Jahre dauern wird, bis diese Bedingungen in Russland gegeben sind.

Meine weitere Frage ist, ob Russland innerhalb dieser zehn Jahre in der Lage ist, die Schaffung eines eurasischen Staates zu realisieren. Das bedarf großer Anstrengungen; denn die jetzige innere Situation in Russland löst vor allem bei den postsowjetischen Republiken keine große Begeisterung aus. Was mich insbesondere besorgt macht, ist die politische Instabilität und die Art, wie man Konfliktsituationen mit Gewalt löst.

Herr Gasteyger hat auf das Problem der Abrüstung, vor allem der nuklearen Abrüstung, hingewiesen. Mir scheint aber, dass für die neuen Republiken und die unabhängigen Staaten im postsowjetischen Raum jene neuartigen Sicherheitsprobleme wichtiger sind, die durch die illegale Migration, Terrorismus, Drogen und Waffenhandel hervorgerufen werden. Und hier muss Russland sich stärker auf die praktische Lösung dieser Probleme konzentrieren. In dieser Hinsicht sollte auch eine sehr enge Zusammenarbeit Russlands mit dem Westen möglich sein; denn alle Völker auf dem eurasischen Kontinent sehen sich diesen Bedrohungen gegenüber, die sich realistischerweise nicht eingrenzen lassen.

Insgesamt denke ich, dass Russland gute Chancen hat, seinen eigenen Rahmen zu finden. Der Westen müsste Russland dabei helfen, diesen Weg zu gehen; aber Russland muss sich entscheiden, ob es diese Wahl treffen will.

Pyadyschew

Was sind die Folgen und die Lehren aus dem Kosovo-Konflikt? Die Folgen werden bereits heute sichtbar, und zwar sowohl ganz konkret als auch, was die generelle Einstellung in der Weltpolitik angeht. Dabei sind wir vor allem besorgt im Hinblick auf die Beziehungen Russlands zu anderen Ländern, auch zu Deutschland.

Ich bin gestern von der 54. Sitzung der UNO-Vollversammlung aus New York zurückgekehrt, wo diese Fragen besprochen wurden. Mein Eindruck ist, dass man jetzt darangeht, die bisher geltenden Kategorien einer Revision zu unterziehen und sie mit neuem Inhalt zu füllen. Dazu gehören beispielsweise die staatliche Souveränität, die Unantastbarkeit der Grenzen, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten. In der neuen Doktrin humanitärer Intervention spielt die Wahrung der Menschenrechte, in deren Namen die Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten und so weiter stattfindet, nunmehr eine Rolle.

Damit verbunden ist zugleich die Gefahr, dass sich Stellung und Rolle der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrates grundlegend verändern. Wenn man dies logisch zu Ende denkt, ist nicht auszuschließen, dass neben der UNO und dem Sicherheitsrat eine Parallelorganisation entsteht, die zukünftig die Weltpolitik lenken und die wichtigsten Sicherheitsfragen entscheiden wird, wie etwa den Beginn von militärischen Aktionen, die heute noch allein dem Sicherheitsrat vorbehalten sind.

Diese Fragen stellen beispielsweise die westeuropäischen Staaten und die USA, die in der NATO vereinigt sind. Dabei finden sie von Ländern in anderen Regionen kaum Unterstützung, vielleicht mit Ausnahme unseres alten Freundes Schewardnadse in Georgien, der sich leidenschaftlich dafür stark macht. China und Indien haben solche Überlegungen natürlich scharf kritisiert. Doch generell lässt sich festhalten, dass dieser Prozess ohne Zweifel die Beziehungen zwischen unseren Ländern weiter erschweren wird.

Nun sind die Konflikte, die als Folge solcher humanitärer Interventionen entstanden sind, sehr unterschiedlich zu bewerten und sie haben auch ganz unterschiedliche Größenordnungen. Ich denke etwa an Ruanda oder an Osttimor, das dem Westen geradezu als Geschenk des Himmels erschienen sein mag, weil dieser Konflikt die UN-Sitzung fast gänzlich vom Kosovo ablenkte und an die neunzig Prozent der Debatten auf Osttimor verlagerte. Aber humanitäre Interventionen dieser Art stellen keine sehr gefährlichen Krisen dar. Dort könnte man auch mit Kräften von Staaten aus der Region auskommen, wie sich in Afrika mit der Beteiligung Nigerias gezeigt hat und wie das jetzt in Osttimor mit Australien der Fall ist.

Indes ist die Entstehung ernsthafterer Konflikte wie im Kosovo nicht auszuschließen, vor allem wenn es dabei um das Territorium der ehemaligen Sowjetunion geht, wo eine Vielzahl von Konflikten vorhanden sind. Darüber muss debattiert werden, um Methoden und Mechanismen zu finden, mit denen solche humanitären Katastrophen und Krisen gelöst werden können.

Russland bekennt sich mit Nachdruck zur Einhaltung der Menschenrechte und der Rechte nationaler Minderheiten, und bevor man die Lösung solcher humanitärer Probleme mit Gewaltmaßnahmen

angeht, müssen zunächst alle diplomatischen, wirtschaftlichen und sonstigen Mittel ausgeschöpft werden.

Wir sind der Meinung, dass in der Kosovo-Krise nicht alle politischen Mittel genutzt wurden. Daher gab es auch im Sicherheitsrat unter den ständigen Mitgliedern keine Übereinstimmung, und das war der Grund für die NATO, die Entscheidung über den Beginn der Militäraktion gegen Jugoslawien unter Umgehung des Sicherheitsrates zu fällen. Eine solche Übereinstimmung hätte sicher bereits früher erreicht werden können, wenn die Vereinigten Staaten nicht schon während des Bosnien-Krieges entschieden hätten, dass Milosevic um jeden Preis beseitigt werden müsse. Das war das Haupthindernis für eine Einigung in dieser Frage im Sicherheitsrat.

Was die gegenwärtigen Ereignisse in Tschetschenien betrifft, so stimme ich denen zu, die hier ernsthafte Besorgnisse geäußert haben und darauf verweisen, dass die Anwendung von militärischer Gewalt begrenzt werden müsse. Dabei komme ich nicht umhin festzustellen, dass die Anwendung von militärischer Gewalt im Sinne solcher humanitären Interventionen von den Vereinigten Staaten und ihren Partnern im Kosovo bereits demonstriert wurde. Gott möge verhüten, dass wir in Tschetschenien derartige Ausmaße erreichen. Das wäre schrecklich. Das, was jetzt passiert, ist zwar traurig, aber in keiner Weise mit dem vergleichbar, was in Jugoslawien stattgefunden hat.

Hier wurde nun vorgeschlagen, für Tschetschenien internationale Hilfe im Sinne diplomatischer Unterstützung in Anspruch zu nehmen, um eine Lösung des Konfliktes herbeizuführen. Das wäre durchaus nützlich, aber unter gewissen Voraussetzungen.

Erstens. Wir selbst müssen zunächst wissen, welche Art von Krieg in Tschetschenien überhaupt stattfindet. Von 1994 bis 1996 gab es einen echten Krieg, der aber für die Mehrheit der Bevölkerung Russlands recht rätselhaft war. Wir wissen im Grunde bis heute nicht, wie und auf welche Weise wir gekämpft haben, obwohl wir große Verluste erlitten haben.

Zweitens müssen wir herausfinden, wer den jetzigen Krieg in Dagestan eigentlich initiiert hat. Das offizielle Grosny hat nicht die Macht über das gesamte tschetschenische Territorium. Es ist zwar in den Konflikt involviert und unterstützt die Kämpfer, die in Dagestan eingefallen sind, aber es hat nicht die Kraft, ihrer Herr zu werden.

Drittens geht es hier um eine Frage des internationalen Terrorismus. Wie stark die Kämpfer sein mögen, welche Hilfe das offizielle Grosny ihnen auch immer gewähren mag, ohne die Beteiligung des internationalen Terrorismus wäre es ihnen nicht möglich, diesen Krieg zu führen. Der internationale Terrorismus betrifft natürlich auch die USA, die solche Terroristen nicht weniger fürchten als wir. Die Bombenexplosion im WORLD TRADE CENTER steht uns allen noch vor Augen. Auch für die europäischen Länder stellt der internationale Terrorismus eine ernsthafte Bedrohung dar. Es ist wichtig zu wissen, wer diese terroristischen Aktionen organisiert hat.

Ich denke, auf diese drei Fragen müssen wir zuvor eine Antwort finden. Und dann bin ich sicher, dass wir das Problem auch selbst werden lösen können.

Stüdemann

Es ist immer wieder beeindruckend, wie unsere russischen Gesprächspartner wortgewaltig und zum Teil mit ätzender Schärfe die Situation in ihrem Lande analysieren. Herr Karaganow und Herr Puschkow sind da keine Ausnahmen. Wenn es dann aber um die konkreten Möglichkeiten gemeinsamen Handelns geht, dann mehren sich auf russischer Seite die Vorbehalte.

So gibt es eine ganze Fülle von Absprachen, Vereinbarungen, Partnerschaften, die, wenn man sie mit Leben erfüllen würde, durchaus die Situation in diesem Lande und die Lebensverhältnisse der Menschen verändern und verbessern würden. Herr Nyberg erwähnte dafür die Russlandstrategie der Europäischen Union, die ein umfassendes Angebot zur Zusammenarbeit darstellt, um den Transformationsprozess in Russland zu unterstützen und mit darauf hinzuwirken, dass Russland in den europäischen Wirtschafts- und Sozialraum einbezogen wird. Die russische Antwort darauf ist eine Art von Komplementärstrategie, die aber über die Möglichkeiten des Zusammenwirkens beim inneren Transformationsprozess in Russland überhaupt nichts aussagt.

Ich sehe jedenfalls drei fundamentale Defizite, die bislang verhindern, dass sich vertrauensvolle partnerschaftliche Beziehungen zwischen Russland und Europa tatsächlich entwickeln beziehungsweise vertiefen konnten:

Erstens fehlt es in der russischen Gesellschaft völlig an wirksamen Kontrollmechanismen.

Zweitens ist die Rechtsstaatlichkeit in diesem Lande noch weitgehend unterentwickelt. Man hat bisher nicht erkannt, dass Gesetze und ihre rechtsstaatliche Anwendung elementare Voraussetzungen für eine moderne, funktionsfähige Gesellschaft sind.

Drittens: Erziehung und Ausbildung erfahren keinerlei Priorität. Aber ohne eine entsprechend erzogene und ausgebildete nachwachsende Generation wird es kaum möglich sein, den Transformationsprozess wirklich in Gang zu setzen und in die richtige Richtung zu lenken.

In allen diesen Fällen könnte der Westen, könnte Europa wirksame Unterstützung bieten.

Herr Rahr hat gefragt: Was für ein Russland wünschen wir uns? Und meine Antwort wäre: Wir wünschen uns ein Russland, das ein Mindestmaß an funktionsfähigen gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen schafft, die geeignet sind, Partnerschaft zu ermöglichen. Denn Partnerschaft bedeutet immer auch die Fähigkeit, miteinander kompatibel zu sein.

Ich will damit sagen, wir sollten nicht immer nur darüber reden, wie wir sozusagen die zweite Etage des Hauses ausgestalten wollen, sondern uns gelegentlich auch um die Fundamente kümmern, die entweder nicht vorhanden oder doch noch sehr brüchig sind.

Ich füge aber hinzu: Entgegen manchen pessimistischen Einschätzungen, die auch in diesem Kreise von russischen Kollegen geäußert wurden, bin ich auf lange Sicht durchaus optimistisch. Wenn ich es richtig sehe, erlebt die russische Gesellschaft zum ersten Mal in ihrer Geschichte eine wirkliche Öffnung nach außen. Es bildet sich nicht nur, wie wir hier gehört haben, eine neue politische Elite heraus, die vielleicht schon in Kürze als Gesprächspartner zur Verfügung steht, sondern das reicht bis in breite Schichten der Bevölkerung hinein. Wenn beispielsweise Jugendliche heute nicht nur in Moskau, sondern auch in vielen Städten in den Regionen über das Internet an Informationen herankommen und damit auch neue Erfahrungen verbinden bis hin zu alternativen Lebensentwürfen, dann zeigt dies, dass hier Dinge in Bewegung geraten sind, die sich positiv auf die Entwicklung dieses Landes auswirken werden.

Stürmer

Seit dem Jahre 1989/90 kam dem Begriff Gleichgewicht wiederum eine besondere Bedeutung zu, und das Spannungsverhältnis, das zwischen Gleichgewicht und Hegemonie besteht, konnte durch Integration einigermaßen abgemildert werden. Ich meine mit Gleichgewicht nicht die Balance of Power im 18. und 19. Jahrhundert. Vielmehr gibt es in der gegenwärtigen Europäischen Union eine ganze Reihe von Gleichgewichtselementen, welche die bestehenden Divergenzen austarieren. Politische Stabilität ist auf die Dauer allein durch Gleichgewichte zu gewährleisten.

Dies wird im Übrigen auch an den Spannungen im Euro-Bereich sichtbar, wo die Inflations- und Wachstumsentwicklungen in den großen EU-Staaten deutlich divergieren. Gerade wegen des Euro ist die Frage der Vertiefung in der Europäischen Union so dringlich geworden. Denn es ist Aberwitz zu glauben, ausgerechnet der Euro werde - sozusagen als List der Vernunft - das entscheidende Antriebsmoment für die Vertiefung sein. Das Gegenteil ist der Fall, zumal jede Erweiterung der EU die Spannungen zwischen den Euro-Ländern und den anderen Mitgliedern verschärfen wird. Das zeigt sich bereits heute im Falle Großbritannien deutlich.

Die Erweiterung der Europäischen Union ist zweifellos ein langfristiger Prozess, der sich vermutlich über zehn, fünfzehn Jahre und länger hinziehen wird. Der ursprüngliche Enthusiasmus ging von unrealistischen Zeitvorstellungen aus, als Kohl und Chirac geradezu wetteiferten, um besonders den Polen ein frühes Aufnahmedatum in die EU zu nennen. Jedenfalls erleben wir einen dramatischen, keineswegs ungefährlichen Integrationsprozess, und mit zunehmender Größe wachsen die Probleme, die immer schwieriger zu managen sein werden.

Bis zum heutigen Tag gibt es auch kaum Konsens, wie das vollendete Europa eigentlich aussehen soll. Es fehlt an der tragenden Vision, und auf die Definition der Politischen Union wird wohlweislich verzichtet - der Maastrichter Vertrag bietet in dieser Hinsicht kaum eine Perspektive. Die immensen Schwierigkeiten, mit denen die Kernländer der EU heute zu kämpfen haben, stehen jedenfalls in scharfem Kontrast zu den Hoffnungen, die so viele Länder auf schnelle Mitgliedschaft in der Europäischen Union setzen.

von Weizsäcker

Anders als Herr Stürmer bin ich doch der Meinung, dass wir in Europa auf einem recht guten Wege sind. Das gilt auch für die institutionellen Reformansätze, die nicht nur wegen des Euro wichtig sind, sondern vor allem eine Voraussetzung sind, um für die Erweiterung der Europäischen Union besser

gerüstet zu sein. Wir können nicht nur von den Aspiranten verlangen, dass sie enorme Anstrengungen unternehmen, um Mitglieder der EU zu werden, sondern diese Länder erwarten von uns völlig zu Recht, dass wir für die Erweiterungen die notwendigen Voraussetzungen schaffen. Ich denke, dafür werden unter der jetzigen finnischen und bis Ende 2000 unter der französischen Präsidentschaft gute Fortschritte erzielt werden.

Lassen Sie mich noch etwas zu unserem Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika sagen. Bei allen Unterschieden in der Einstellung zu den USA gibt es zwischen Europäern und Russen zweifellos eine Reihe von Übereinstimmungen, die uns in unserer Politik gegenüber den Amerikanern verbinden. Wenn hier von der amerikanischen Weltpolitik gegenüber dem Rest der Welt die Rede war, dann habe ich mitunter den Eindruck, dass die Amerikaner Weltpolitik ohne den Rest der Welt machen. Das ist weder für die Europäer, die mit den Amerikanern im atlantischen Bündnis verbunden sind, noch für die Russen auf die Dauer gut erträglich - selbst wenn unsere polnischen Freunde in diesem Punkt gelegentlich anderer Ansicht sein mögen, Herr Smolar, und auf besonders eindrucksvolle Weise die amerikanische Stimme in Europa vertreten.

Ohne jede Einschränkung sage ich, dass wir Europäer - insbesondere wir Deutsche - ein vitales Interesse daran haben, dass das atlantische Bündnis intakt bleibt. Das setzt aber auf die Dauer voraus, dass die europäischen Partner in diesem Bündnis ihren Part wirklich spielen können, wenn sie mit anderen Worten zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik kommen. Hier besteht gegenwärtig ein deutliches Ungleichgewicht, das während des Kosovo-Krieges einmal mehr offenkundig geworden ist und das auch für manche Schwierigkeit im Verhältnis zu Russland verantwortlich gewesen ist.

Die Funktionsfähigkeit des Bündnisses kann meiner Meinung nach auf die Dauer nur erhalten bleiben, wenn es gelingt, die Abhängigkeit der Europäer von den Amerikanern zu verringern und die Eigenständigkeit und Handlungsfähigkeit der Europäer zu stärken. Dies ist auch für unser Verhältnis zu Russland in Europa von erheblicher Bedeutung.

Herr Puschkow hat sehr anschaulich geschildert, wie sich die Amerikaner häufig verhalten. Zunächst geben sie allgemeine positive und konstruktive Erklärungen ab - er nannte das Beispiel kaspisches Öl; -, und wenn es dann um die Realisierung geht, werden plötzlich ganz andere Töne angeschlagen. Das klingt mir durchaus vertraut, wenn ich an unsere eigenen Beziehungen zu den Amerikanern denke und es etwa die Schaffung europäischer Verteidigungskapazitäten betrifft. Am Anfang unterstützen die Amerikaner solche Gedanken vehement, und wenn es dann um die Konkretisierung geht, sind sie auf einmal gar nicht mehr so sehr begeistert davon.

Ich plädiere also nachdrücklich für eine größere Unabhängigkeit der Europäer von der Weltmacht USA, die gelegentlich dabei ist, Weltpolitik ohne den Rest der Welt zu machen.

Pflüger

Herr Puschkow hat dem Westen vor allem vorgeworfen, er nehme Russland als Partner nicht wirklich ernst. Ein solches Gefühl auf russischer Seite ist natürlich bedenklich, wenn ich an die künftige Zusammenarbeit mit Russland denke. Ein wenig Selbstkritik der Europäer und der Amerikaner wäre da in unseren Beziehungen zu Russland sicher hilfreich.

Herr Rahr hat in diesem Zusammenhang die Debatte in Amerika über "who lost Russia?" erwähnt. In der Tat - Herr von Weizsäcker hat es eben angesprochen - vermitteln die USA mitunter den Eindruck: Die ganze Welt ist von uns abhängig; deshalb brauchen wir letztlich auch die Russen im Kosovo nicht als Partner. Dass dies in Russland als Demütigung verstanden wird, kann ich nachvollziehen. Ich meine, wir sollten gegenüber unseren amerikanischen Freunden darauf hinwirken, dass sie ihre Tonlage mitunter etwas mehr kontrollieren.

Ich sehe aber auch in unserem eigenen Verhalten manches als kritikwürdig an. Ob man sich beispielsweise in Bonn klug verhalten hat, als Herr Primakow in Deutschland für seine Vorschläge zur Lösung der Kosovo-Krise warb, möchte ich zumindest bezweifeln. In der Sache war es klar, dass sich die NATO in der damaligen Situation darauf nicht einlassen konnte. Aber die Art und Weise, wie man das gegenüber Primakow zum Ausdruck brachte, habe ich als nicht gerade angemessen empfunden. Das haben Vertreter der russischen Botschaft mir gegenüber mehrfach zum Ausdruck gebracht: Die Ablehnung in der Sache könnten sie nachvollziehen, aber nicht den Stil, in dem Primakow wieder nach Hause geschickt wurde. Ich denke, hier müssen wir auf russische Befindlichkeiten stärker Rücksicht nehmen, auch wenn wir bei unserer ablehnenden Haltung bleiben.

Aber auch auf russischer Seite sind Fehler gemacht worden. Wie Frau Schewzowa sagte, mitunter habe man den Eindruck, die Russen wollten den Schiefen Turm von Pisa gerade rücken, und dabei

müsste vordringlich die Toilette im Hof repariert werden. Auch Herr Karaganow hat betont, man müsse zunächst die Lage in Russland konsolidieren und sich deshalb erst einmal mehr auf sich selbst beschränken. Was aus meiner Sicht noch nicht gelungen ist: Russland hat es bisher nicht verstanden, seine Interessen nach Ende des Kalten Krieges so zu definieren, dass sie realistisch der neuen Weltlage entsprechen. Das ist auch die Ursache für so manche Frustration auf russischer Seite.

Das gilt beispielsweise im Hinblick auf die NATO-Osterweiterung, die ich für richtig und notwendig halte, auch als Voraussetzung für eine Aussöhnung etwa zwischen Russland und Polen. Denn erst durch die Sicherheit, die die NATO-Garantie schafft, ist eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Russland und Polen denkbar. Mir scheint mitunter, dass wir bislang weder im Westen noch in Russland wirklich begriffen haben, wie sich die Welt nach Ende des Kalten Krieges verändert hat. Beide Seiten sind im gewissen Sinne immer noch Gefangene des alten bipolaren, geopolitischen Denkens.

Auch die Rolle und Bedeutung der EU wird von Russland nicht angemessen verstanden und politisch ernst genommen. Dabei hat beispielsweise der Handelsaustausch zwischen Russland und der EU bereits ein beachtliches Niveau erreicht. Aber Russland ist in seinem außenpolitischen Denken nach wie vor allzu sehr auf die USA fixiert, wobei die unterentwickelte Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der EU sicher eine Rolle spielt. Ein solcher Hinweis richtet sich in keiner Weise, wie Herr von Weizsäcker zu Recht betont hat, gegen die Amerikaner, denen wir Europäer auch in Zukunft eng verbunden bleiben, aber wir wollen auch nicht nur ein Bauer auf dem großen Schachbrett des Herrn Brzezinski sein.

Meine Anregung wäre, alle die Vorwürfe von Versailles-Syndrom und benign neglect ein wenig tiefer zu hängen und uns über eine konkrete Tagesordnung zu verständigen, deren einzelne Punkte dann gemeinsam abgearbeitet werden. Nur so kann wirklich Vertrauen entstehen.

Ich denke beispielsweise beim Thema Abrüstung und Zusammenarbeit auf militärischen Gebiet an das so genannte Antonow-Projekt. Im Westen fehlt in den nächsten Jahren das Geld, um ein eigenes Großraumflugzeug zu entwickeln - ich nenne nur die Kürzungen von 18 Milliarden DM allein im deutschen Verteidigungshaushalt. Russland und die Ukraine verfügen mit der Antonow über einen relativ ausgereiften Prototyp. Hier wäre ein bedeutsames Hightech-Projekt, bei dem wir zu allseitigem Nutzen zusammenarbeiten könnten.

Meyer-Landrut

Daraus wird aber leider, so weit mir bekannt ist, nichts werden, Herr Pflüger, denn die europäische Flugzeugindustrie konzentriert sich - was ja auch verständlich ist - auf ihr eigenes Projekt, das FLA (Future Large Aircraft) und wird hierbei von einigen Regierungen der Europäischen Union unterstützt. Dadurch kann die Stückzahl, die ein deutsch-russisch-ukrainisches Gemeinschaftsprojekt rechtfertigen würde, nicht erreicht werden.

Stürmer

Das Versailles-Syndrom sollten wir auf russischer Seite doch ernster nehmen, Herr Pflüger. Das ist nicht nur die übliche verbale Verwahrung. Dahinter steht nicht zuletzt die Art und Weise, wie der Westen, vor allem die Amerikaner, den Übergang von "Partnerschaft für den Frieden", die Russland einbeziehen sollte, zur NATO-Osterweiterung vollzogen hat. Das wird dann verstärkt durch hegemoniales Verhalten der USA - was sich auch in vielen einschlägigen Artikeln bestätigt: Wir sind die einzig übrig gebliebene Supermacht.

Das zeigt sich wieder bei der Diskussion über den ABM-Vertrag, wo von höchsten amerikanischen Stellen verkündet wird: "Entweder stimmen die Russen den von uns verlangten Änderungen zu oder wir machen das im Alleingang." Das ist die "Arroganz der Macht", und man kann verstehen, dass die russische Seite dies nicht akzeptiert. Es gibt sicher gute Gründe, den ABM-Vertrag der veränderten Weltlage anzupassen, aber das muss dann konzertiert geschehen.

Ähnlich verhalten sich die USA bei ihrer Politik im kaspischen Raum und in Zentralasien, was ich politisch für unklug halte. Und auch da demonstrieren die Amerikaner: "Entweder die Russen machen mit oder sie machen eben nicht mit. Beides ist uns recht." So darf man nicht mit einer gestürzten Weltmacht umgehen.

Sie verweisen auf die Einbeziehung Polens in die NATO, Herr Pflüger, und sprechen von der NATO-Garantie als Voraussetzung für die Aussöhnung zwischen Polen und Russland. Ich halte solche Argumentation für höchst ambivalent. Offenbar haben viele den NATO-Vertrag nicht genau genug gelesen: Von einer Sicherheitsgarantie ist darin nirgendwo die Rede. Es ist lediglich ein

Beistandsversprechen von offenem Wert. Und gegen wen sollte Polen geschützt werden? Etwa gegen eine schwedische Invasion wie im 17. Jahrhundert? Nein, natürlich nur gegen Russland. Und da zeigt sich eben die ganze Ambivalenz der NATO-Erweiterung. Sicherheit für Polen hätte man auf ganz andere Weise gewährleisten können; darüber ist ja auch eingehend debattiert worden.

Dieses Versailles-Syndrom enthält aber auch von russischer Seite eine unausgesprochene Drohung, die wir nicht völlig überhören sollten. Wir alle wissen, welche ungeheure Auferstehungskraft Russland im 20. Jahrhundert bewiesen hat: 1917 bis 1923 und von 1941 bis 1945. In den 50er-Jahren wurden die Amerikaner durch den Sputnikschock tief verunsichert. Und die Ölkrise, die den Westen in den 70er-Jahren hart getroffen hatte, machte die Sowjets zu Gewinnern. Diese "power of resilience" hat alle politischen Propheten immer wieder überrascht. Wir täten gut daran, Russland diesmal nicht zu unterschätzen.

Amwrosow

Der Meinungsaustausch, der hier zwischen uns stattfindet, ist außerordentlich nützlich. Allerdings fehlt in dieser Diskussion die Stimme der aktiven russischen Politiker. Ich möchte deshalb versuchen, diese Lücke durch einen Bericht über einige Ereignisse des heutigen Tages zu schließen.

Vor wenigen Stunden endete das erste Treffen zwischen dem russischen Ministerpräsidenten Putin und den Leitern führender russischer Massenmedien. Es fand im Weißen Haus an der Krasnopresnenskaja Uferstraße statt. Ich war dabei und konnte dem Premier als Chefredakteur von "Radio Russland" sogar einige Fragen stellen.

Im Mittelpunkt seines Auftritts stand der Gedanke, dass Russland jetzt vor einer äußerst schwierigen Prüfung stehe. Diese Prüfung sei die Situation um Tschetschenien. Aus den Worten des Premiers folgte, dass die Regierung den politischen Willen hat, die Kontrolle über Tschetschenien wiederherzustellen. Mag sein, dass dies viel Zeit und Mühe kosten wird. Der Premier hat jedenfalls mehrfach wiederholt: "Wenn es uns nicht gelingt, ein für alle Mal die Stützpunkte der Terroristen in Tschetschenien zu vernichten, würden wir damit grünes Licht für den Zerfall Russlands geben."

Der Premier berief sich dabei auf Informationen der Geheimdienste über die Pläne der Terrorgruppen. Nach der Einnahme Dagestans planten sie, die Wolga hinaufzuziehen zu jenen Republiken, in denen der Anteil der Anhänger des Islams hoch ist. Dazu ein interessantes Detail: Der Premier erinnerte sich an ein kürzliches Gespräch mit einem der Leiter der indischen Geheimdienste und bemerkte, die Taktik der Islamisten im Kaschmir, als es vor kurzem zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen Indien und Pakistan kam, stimmte vollständig mit der Taktik der Extremisten überein, die jetzt Stützpunkte und Befestigungen in den an Dagestan grenzenden Gebieten Tschetscheniens und in Dagestan selbst errichtet haben.

Ein weiteres interessantes Detail, auf das der Premier die Aufmerksamkeit lenkte: Als er vor kurzem im neuseeländischen Auckland mit Präsident Clinton informell zusammentraf, habe er ihm die befestigten Stellungen auf dem Territorium Dagestans erklärt und wie die Kämpfer vom Territorium Tschetscheniens nach Dagestan hinübergingen. Clinton hörte aufmerksam zu; aber als Putin begann ihm zu erklären, was Russland genau zu tun beabsichtigte, um die Stützpunkte der Extremisten zu zerstören, habe Clinton überrascht gefragt: "Sind Sie dazu überhaupt in der Lage?" Das habe Putin am meisten verwundert, dass die führenden Staatsmänner der wichtigsten Staaten der Welt nicht an die Fähigkeit der russischen Regierung glauben, mit irgendwelchen Herausforderungen auf ihrem eigenen Territorium fertig zu werden.

Irgendwann hat der Premier dann auf eine Frage geantwortet, die hier auch von Herrn Pflüger gestellt wurde: Inwieweit zur Lösung des Tschetschenien-Konflikts die Unterstützung internationaler Organisationen in Anspruch genommen werden könnte. Der Premier meinte dazu, dies würde nur eine Internationalisierung des Konflikts zur Folge haben und die Handlungsfähigkeiten der föderalen Truppen in Russland lahmen. Das heißt, so Putin, eine internationale Vermittlung bei der Lösung des tschetschenischen Problems sei für ihn absolut unannehmbar.

Leider hat der Premier nicht auf meine Frage geantwortet, ob er die Möglichkeit sieht, dass Russland und die westlichen Länder im Kampf gegen die Zentren des islamischen Extremismus außerhalb Russlands gemeinsam vorgehen können. Ich fürchte, das wird aus einem bestimmten Grund ausgeklammert. Damit gibt der Premier auch indirekt die Antwort auf die Frage, die wir heute diskutiert haben: "Ist Russland ein Teil Europas?" Bisher wohl eher nicht. Und wie lange dieses "Bisher" so bleiben wird, ist schwer zu sagen. Aber ich nehme an, dass es außerordentlich lange dauern wird - vorausgesetzt Russland wird nicht zerfallen und hat auch in Zukunft Zugang zum Schwarzen Meer, zur Ostsee und zum Pazifischen Ozean.

Die Einwohner Sibiriens scherzen: Das Interesse für das, was in Moskau geschieht, schwindet bei den Menschen, die irgendwo hinter dem Ural leben, und hört in Wladiwostok ganz auf. Aber auch in Moskau kämpfen, nach der Öffnung des "Fensters nach Europa" durch Peter den Großen, "Westler" und "Slawophile" - die auch "Byzantiner" genannt werden;- , miteinander. Mitunter koordinieren sie ihre Aktivitäten und einigen sich, dann gehen sie wieder getrennte Wege. Auch heute gibt es sie im russischen politischen Establishment, das heißt, ein Teil der russischen Politiker wird immer bewusst jene Regeln akzeptieren, die im vereinten Europa gelten, während ein anderer Teil für immer "Byzantiner" bleibt, eine Überzeugung, die sie auch an ihre Kinder weitergeben, und der Westen wird, wenn er die rätselhafte Seele des einen oder anderen russischen Politikers verstehen will, herausfinden müssen: Wer ist dieser Politiker - ein "Westler" oder ein "Byzantiner"?

Gasteyger

Eine Ergänzung zu Herrn Amwrosows Bemerkung über die islamischen Terroristen: Wenn ich richtig informiert bin, sind diese Terrorgruppen, die jetzt in Dagestan und anderswo ihr Unwesen treiben, nicht irgendwie vom Himmel gefallen, sondern stammen weitgehend aus Afghanistan, wo sie ausgebildet und auch während des Krieges gegen die Sowjetunion von den Vereinigten Staaten nachhaltig unterstützt wurden. Diese Guerillakämpfer treffen wir heute in verschiedenen Weltregionen an: in Algerien ebenso wie im Sudan, wahrscheinlich ebenso in Kaschmir und gegenwärtig vermutlich eben auch in Dagestan. Das ist gewissermaßen das unheilige Erbe des Krieges in Afghanistan.

Im Anschluss an die Ausführungen von Herrn Stürmer und Herrn von Weizsäcker möchte ich darauf hinweisen, dass es letztlich um die künftigen Konturen des internationalen Systems und die Rolle, die Russland darin spielt, geht.

Wenn wir einen Blick auf die Akteure werfen, die in diesem System den Ton angeben werden - aufgrund ihrer Größe, ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft, ihrer Rohstoffressourcen;- , dann stellen wir fest, dass fünf der sechs wichtigen Akteure auf dem euroasiatischen Kontinent oder ihm direkt vorgelagert sind, also die Europäische Union, Russland, China, Indien und Japan. Man geht sicher nicht fehl in der Annahme, dass - aus jeweils unterschiedlichen Gründen - die wirtschaftliche und die politische Zukunft all dieser Akteure weitgehend ungewiss ist. Bleibt die See- und Weltmacht Amerika, deren künftige Rolle und Gewicht zumindest für die nächsten Jahre ziemlich genau vorherzusehen sind. Ich will damit sagen: Für Europa und Russland stellt sich gleichermaßen die Frage - wenn auch mit unterschiedlicher Akzentsetzung: Wie halten wir es in Zukunft mit der Weltmacht Amerika?

Auf der anderen Seite: Wie werden die Vereinigten Staaten reagieren, wenn sich etwa in der Europäischen Union oder in Russland oder auch mit dem von Jelzin angedeuteten Dreieck Russland, China, Indien ernst zu nehmende Gegenkräfte formieren? In den nächsten Jahren brauchen sich die Vereinigten Staaten in dieser Hinsicht wohl kaum zu sorgen. Auch bei der Europäischen Union wird es zweifellos noch einige Jahre dauern, bis die von Herrn von Weizsäcker zu Recht gewünschte gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zustande kommt. Daran wird auch Herr Solana nicht so schnell etwas ändern können.

Partnerschaft im recht verstandenen Sinne sollte jedenfalls Eigenständigkeit und Konkurrenz der Partner nicht ausschließen. Und da tun sich die Amerikaner gelegentlich doch recht schwer. Bezeichnend hierfür ist der Satz eines führenden amerikanischen Politikers. Im Blick auf die von den Vereinten Nationen und europäischen Staaten immer wieder geforderten diplomatischen Verhandlungen in Krisenzeiten meinte der Betreffende: "Diplomacy is for the weak." Das mag man so deuten, dass sich die USA so stark fühlen, notfalls auch ohne Diplomatie auszukommen. Aber sehr viel versprechend für ein diplomatisches Vorgehen mit Hilfe auch internationaler Organisationen ist es nicht.

Ein möglicher Test für das künftige Verhältnis Europa/USA innerhalb der NATO könnte der künftige Status des Kosovo werden. Wenn meine Informationen zutreffen, dann hat schon jetzt eine Diskussion in der Allianz darüber eingesetzt, ob Kosovo nicht doch ein unabhängiger Staat werden soll. Zumindest in den Vereinigten Staaten werden Stimmen laut, die in diese Richtung weisen. Sollte das tatsächlich der Fall sein, dann dürfte dies zu ernsthaften Auseinandersetzungen zwischen den Vereinigten Staaten auf der einen und den europäischen Partnern, aber mehr noch Russland auf der anderen Seite führen. Damit würde die ursprüngliche Zielsetzung, die den Militäreinsatz im Kosovo ganz/ wesentlich rechtfertigen sollte, infrage gestellt. Das dürfte Folgen für die gesamte Balkanregion und deren innere Konsolidierung oder eben deren weitere Aufspaltung haben.

Erlar

Ich kann Sie nur bestätigen, Herr Gasteyer. Ich war in der vergangenen Woche in Washington und musste feststellen, dass sich die amerikanische Politik allmählich von der europäischen Position bezüglich der künftigen Rolle der UÇK entfernt. Den Amerikanern ist jedenfalls sehr daran gelegen, ihr Engagement im Kosovo abzukürzen. Das sehen wir in der Bundesregierung und den sie tragenden Parteien anders. Wir meinen nicht, dass das Kosovo-Problem durch Separation zu lösen ist und die UÇK hier eine wichtige Rolle spielen sollte.

Herr Kaiser fragte, welche Lehren wir aus dem Kosovo-Krieg ziehen. Eines ist bereits deutlich geworden: Weitere Konflikte dieser Art können wir keinesfalls in der Weise lösen, wie wir es im Kosovo versucht haben. So wie in Bosnien seit 1995 de facto eine Art Protektorat besteht, zeichnet sich etwas Ähnliches auch im Kosovo ab, jedenfalls eine Situation, die über viele Jahre unser Engagement erfordert. Dergleichen könnte sich jetzt in Osttimor wiederholen. Auf all diesen Schauplätzen werden auf Jahre hinaus Kräfte gebunden, was unsere Fähigkeit, Krisen durch Interventionen zu lösen, auf Dauer überfordern würde.

Daraus lässt sich sicher eine Konsequenz schon heute ziehen: Es wäre sehr viel vernünftiger und kostensparender, wenn wir ernsthaft über eine präventive Politik nachdenken würden.

In diesem Zusammenhang erwähne ich die deutsche Initiative, einen Stabilitätspakt für die Länder Südosteuropas anzuregen. Das geschah, als der Konflikt schon im Gange war. Besser als eine solche "nachträgliche" Präventionspolitik wäre natürlich gewesen, wenn man einen derartigen Stabilitätspakt etabliert hätte, bevor die Katastrophe eingetreten war. Vorschläge in dieser Hinsicht lagen ja auf dem Tisch. Bei einer künftigen Präventionspolitik würde Russland, das viel Erfahrung auf dem Balkan hat, eine wichtige Rolle zufallen, wenn es um die Konzeptionierung eines Stabilitätspaktes geht. Darüber sollten wir eingehende Gespräche führen.

Zu Tschetschenien möchte ich sagen: Es besteht im Augenblick die Gefahr, dass eine verständliche Reaktion auf terroristische Anschläge sehr schnell dazu führt, das Abkommen von Chassawjurth, jener Stadt in Dagestan, in der 1996 der Waffenstillstand zwischen Russland und Tschetschenien unterzeichnet wurde, zu revidieren.

von Studnitz

Das ist bereits in den letzten Tagen für tot erklärt worden.

Erler

Man kann es auch so ausdrücken: Infolge der Schwäche staatlicher Autorität ist in den südlichen Regionen Russlands ein Machtvakuum entstanden, das zu den bekannten Reaktionen geführt und die Vorgänge in Dagestan geradezu provoziert hat. Die Schwäche der staatlichen Autorität in Russland wird inzwischen zu einem Sicherheitsproblem für ganz Europa.

Prävention würde hier bedeuten, dass die russische Regierung ökonomische und politische Perspektiven für die südlichen Provinzen ihres Landes aufzeigt, die der dortigen Bevölkerung die Gewissheit auf eine positive Entwicklung vermitteln.

Einen Punkt möchte ich ganz deutlich sagen: Jeder Versuch, die europäische oder die deutsche Politik gegen die amerikanische in Stellung zu bringen, ist völlig chancenlos. Das möchte ich auch gegenüber unseren russischen Freunden klar zum Ausdruck bringen. Damit will ich die bestehenden Unterschiede im westlichen Bündnis, was die Einstellung gegenüber Russland angeht, gar nicht leugnen. Zu befürchten ist beispielsweise, dass die Russlandpolitik in Amerika in einer Weise in den beginnenden Wahlkampfgerät, die der Sache keineswegs dienlich ist. Vor allem die Republikaner bringen das Thema Korruption hoch, um die jetzige Administration und den möglichen Präsidentschaftskandidaten Al Gore zu treffen. Dabei hatte gerade Al Gore mit Tschernomyrdin in diesem Punkt eine durchaus konstruktive Politik gemacht.

Für die Bundesrepublik will ich aber betonen, dass trotz aller innenpolitischen Gegensätze ein großer Konsens besteht in Bezug auf die Russlandpolitik, insbesondere dass wir gegenüber Russland eine langfristige Orientierung brauchen, die nicht von den Aufregungen der Tagespolitik und auch nicht von Wahlkämpfen beeinträchtigt wird.

Meyer-Landrut

Sie sagen, Herr Erler, die russische Seite müsste den Tschetschenen positive Perspektiven aufzeigen. Es werden der Bevölkerung hier im Fernsehen Amateurfilme vorgeführt, die an die Verwandten von gekidnappten Personen geschickt worden sind und in denen gezeigt wird, wie man

dem Bruder, der Schwester die einzelnen Finger abschießt oder die Ohren abschneidet, um Zahlungen zu erpressen.

Angesichts solcher Bilder erklären Sie den Menschen hier einmal, sie müssten dafür sorgen, dass es der Bevölkerung im Süden in Zukunft besser gehen soll. Da sind ungeheure Emotionen im Spiel, und nicht von ungefähr ist das Ansehen von Ministerpräsident Putin in den letzten Tagen angestiegen, weil er sich unmissverständlich für eine harte Gangart gegenüber den Terroristen ausgesprochen hat. Deshalb finden Sie im Augenblick niemanden .in der russischen Regierung, der sich eine Lösung dieses Konflikts anders vorstellen kann, als das Geschwür herauszuschneiden. Bei der NATO hieß das: "Chirurgische Schläge."

Amwrosow

Herr Putin macht einen Unterschied zwischen den Vertretern extremistischer islamischer Gruppierungen, die von außerhalb nach Tschetschenien gekommen sind, und den politischen Kräften, die in Tschetschenien selbst leben. Meine journalistischen Kollegen haben ihn kritisiert, weil er gestern Vertreter des tschetschenischen Parlaments empfangen hat, das noch nach den russischen Gesetzen gewählt wurde. Sie haben ihm gesagt, diese Abgeordneten hätten absolut keinen Einfluss in Tschetschenien. Daher sei es für einen Premierminister wohl etwas kurzsichtig, sich mit tschetschenischen Abgeordneten zu treffen, die in Moskau leben und in Tschetschenien überhaupt keine Wurzeln haben. Darauf hat Putin geantwortet, es sei die Aufgabe des föderalen Zentrums, sich auf diejenigen Kräfte in Tschetschenien zu stützen, die potenziell Sympathie mit Moskau hegen und die in den Schoß Moskaus wieder zurückkehren könnten.

Sie kennen vielleicht den Fall des Imam Schamil, der gegen die Regierung des Zaren kämpfte und später die russische Staatsbürgerschaft annahm, während seine Kinder in der russischen Armee dienten. Und als Putin über seine Politik bezüglich der unterschiedlichen politischen Kräfte in Tschetschenien sprach, meinte er, dass er vor allem mit denjenigen Menschen in Tschetschenien einen Dialog führen will, die über Waffen verfügen und die Tschetschenien frei von Extremisten sehen wollen. Aber gleichzeitig wolle er auch mit allen anderen politischen Vertretern in Tschetschenien reden, sogar mit Maschadow, der nach seinen Worten nicht nur ganz Tschetschenien nicht kontrolliert, sondern nicht einmal Grosny vollständig beherrscht.

Erlor

Ich denke nicht daran, Geiselnern oder Terroristen gegenüber irgendwelche Perspektiven zu entwickeln, Herr Meyer-Landrut. Mir geht es um den ganzen Süden Russlands. Leute vom Schlage Bassajew konnten sich offenbar Hoffnung machen, sie würden Zustimmung in der dortigen Bevölkerung erfahren, wenn sie eine islamische Gemeinschaft errichten. Deshalb meine ich, dass der Verfall der staatlichen Autorität und die ökonomische und soziale Perspektivlosigkeit in dieser Region gestoppt werden muss.

Es sollte unser gemeinsames Interesse sein, hier präventiv tätig zu werden und dafür zu sorgen, dass es gar nicht zu all diesen Gräueltaten kommt. In dieser Hinsicht erweist sich der russische Staat heute als ausgesprochen schwach, und diese Schwäche Russlands gefährdet die Sicherheit in ganz Europa.

Hahn

Ganz so einfach liegen die Dinge natürlich nicht, Herr Erlor. Ich komme gerade aus der Nachbarregion von Dagestan, wo mich der dortige Gouverneur eindringlich um internationale Unterstützung bat. Das betraf weniger Nahrungsmittelhilfe als vielmehr den Tatbestand, dass dort die ganze internationale islamistische Fundamentalistszene aktiv ist, während wir Europäer uns außer zu einigen markigen Demarchen zu irgendwelchen konkreten Schritten bisher nicht haben durchringen können. Allerdings sind wir dazu von der russischen Regierung auch nicht aufgefordert worden.

Herr Pflüger hat daraufhingewiesen, dass die Rolle der EU in Russland immer noch unterschätzt wird. Das ist in der Tat der Fall. Auf der anderen Seite hat die Vermittlung, die der finnische Präsident Ahtisaari zusammen mit Tschernomyrdin in der Kosovo-Krise zustande gebracht hat, deutlich gemacht, dass die Europäer durchaus in der Lage sind, einen selbständigen Kurs gegenüber den Amerikanern zu steuern.

Was den Balkan-Stabilitätspakt angeht, Herr Erlor, muss man ehrlicherweise zugeben, dass die Russen dabei durchaus eine größere Rolle spielen wollten; aber die EU hat gemeint, das sei im Augenblick nicht so recht opportun.

Ich will aber eines ganz deutlich sagen: Die Russen sind Realisten, insbesondere wenn es um die Wirtschaft geht. Denen ist sehr genau bewusst, welche wichtiger Handelspartner die Europäische Union ist, die heute vierzig Prozent des russischen Außenhandels bestreitet in der erweiterten Union werden es fast zwei Drittel sein. Dabei ist durchaus ein Problem, Herr Stürmer, dass die Russen viel mehr von uns erwarten, als wir zu leisten in der Lage sind.

Das hat sich vor allem in der Krise vom 17. August 1998 gezeigt. Da hieß es von russischer Seite, jetzt müsse der Euro den Dollar als Reservewährung ablösen. Wir mussten den Russen klarmachen, so etwas kann nicht per Ordre de Mufti, sondern nur durch den Markt entschieden werden. Es gab sogar Forderungen in höchsten politischen Kreisen, den Beitritt Russlands zur EU zu erwägen.

Ich denke aber, dass wir mit dem Partnerschafts- und Kooperationsabkommen bereits wesentliche Fortschritte in der Zusammenarbeit erzielt haben. Beim Handel geht es keineswegs nur um russische Energielieferungen, sondern durch die Abwertung des Rubels sind die Exportmöglichkeiten Russlands auch auf anderen Gebieten gestiegen. Was auf russischer Seite fehlt, sind die notwendigen Strukturveränderungen in der Wirtschaft, um die sich auf dem Weltmarkt bietenden Chancen in noch größerem Umfang wahrnehmen zu können.

Unterentwickelt in der Zusammenarbeit mit der Europäischen Union ist noch die gesellschaftlich-kulturelle Ebene. Sie geht meist über bilaterale Kontakte mit einzelnen EU-Ländern nicht hinaus, wie sie beispielhaft vom Deutsch-Russischen Forum wahrgenommen werden. Bei der kulturellen Zusammenarbeit stehen wir erst ganz am Anfang. Ich denke, in der Hinsicht könnten auch über das Europäische Parlament und im Rahmen der Regional- und Städtepartnerschaften mehr Initiativen entwickelt werden.

Modrow

Herr von Weizsäcker hat die Beziehungen zu den USA angesprochen, wie diese von europäischer, aber auch von russischer Seite häufig wahrgenommen werden. In einem Gespräch Anfang März dieses Jahres hat mir der russische Außenminister Iwanow sehr eingehend gesagt: Russland bleibt eine Großmacht, in welchem Zustand sie sich gegenwärtig auch immer befinden mag. Ich meine, das sollten wir ernst nehmen.

Ich nenne dafür einige Faktoren. Niemand wird bestreiten, dass Russland nach wie vor eine Kernwaffenmacht ist. Ich füge hinzu: Bis zum heutigen Tag haben weder die USA noch Russland ihre Strategie des Ersteinsatzes aufgegeben. Sodann verfügt Russland über Ressourcen in einer Größenordnung, die nicht nur für Russland und auch nicht nur für Europa, sondern für die Welt insgesamt von großer Bedeutung sind. Dabei ist für die wirtschaftliche Entwicklung in Russland zweifellos ein Problem, dass der russische Export bisher sehr einseitig auf Lieferungen von Erdöl und Erdgas abstellt. Das wirft durchaus auch strategische Fragen auf, wie sich bei den Spannungen hinsichtlich der Pipelinerouten zeigt.

Ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland stellt auch sehr genaue Rechnungen darüber an, wie groß die Abhängigkeit von Energielieferungen aus einem Land oder einer Region denn sein darf, um in Krisensituationen nicht in Schwierigkeiten zu geraten. Dass niemandem damit gedient ist, wenn Russland wirtschaftlich mehr und mehr zu einem Entwicklungsland wird, dürfte jedermann einleuchten. Die gemeinsame Entwicklung eines Großraumflugzeuges auf der Basis der russischen Antonow ist sicher eine Möglichkeit, und auch die Weltraumforschung bietet Chancen für gemeinsame Projekte.

Es wird in Russland natürlich sehr wohl registriert, dass es im Westen, vor allem in den USA, Experten gibt, die auf den Zerfall Russlands setzen. So stellte der ehemalige Botschaftsrat Grehm, der von 1994 bis 1997 an der US-Botschaft in Moskau tätig war, kürzlich fest: "Wir sind Zeugen einer geopolitischen und geoökonomischen Verschiebung, in deren Verlauf Russland immer weniger Subjekt in den internationalen Beziehungen wird, sondern Gefahr läuft, Objekt des Wettstreits zwischen fortgeschrittenen dynamischeren Großmächten zu werden." Sie werden wohl nicht annehmen, dass solche Äußerungen aus den USA in Moskau, einfach überhört werden.

Auch in Japan habe ich bestimmte Kreise von einer möglichen Fernostrepublik reden hören. Solche Erwartungen zu schüren, könnte sich als sehr gefährlich erweisen. Denn wohin ein staatlicher Verfall führen kann, erleben wir hinreichend auf dem Balkan. Weitere Beispiele dieser Art sollten wir nicht herbeiwünschen.

Die Europäische Union hat in der Tat einen wichtigen Platz in den Beziehungen zu Russland, und ich unterstütze Sie in der Hinsicht sehr, Herr Hahn. Im Europäischen Parlament, dessen Mitglied ich bin, findet derzeit eine Art Bestandsaufnahme statt. Dazu gehörte die Anhörung der designierten

Kommissare, auf deren Kompetenz und Ehrlichkeit nach den Vorfällen in der letzten Kommission besonderes Augenmerk gelegt wird. Herr Prodi hat aber auch deutlich gemacht, dass der Erweiterungsprozess um die mittel- und osteuropäischen Staaten voraussetzt, dass die Europäische Union vorher ihre eigenen Institutionen reformiert. Anderenfalls - diese Erkenntnis habe ich in den wenigen Wochen in Brüssel und Straßburg gewonnen - wird die Union zwar aufnahmewillig, aber nicht aufnahmefähig sein.

Ich bin der stellvertretende Vorsitzende für den Beitritt der Tschechischen Republik. Die gemeinsamen Verhandlungen sollen Anfang November dieses Jahres geführt werden. Aber schon in den Vorgesprächen ist deutlich geworden, dass sich das einstige Musterland kritischen Fragen stellen muss, wie es weitergehen soll. Es ist zwar immer wieder von guter Partnerschaft die Rede, aber ist man wirklich bereit, in dem anderen den Partner zu sehen?

Auch die heutige Debatte zeigt doch: Es ist nicht nur eine Zeitfrage, die Herr Nyberg angesprochen hat, es ist vor allem eine Frage der Qualität. Aber ich denke, dafür bedarf es auch der Bereitschaft zur wirklichen Partnerschaft, und zwar auf beiden Seiten. Vorleistungen zu erwarten, ist schon bei den mitteleuropäischen Staaten problematisch, und im Falle von Russland wird dies überhaupt nicht möglich sein. Die Mühen der Ebene werden wir nur gemeinsam bewältigen können. Ich spreche da auch aus meiner langjährigen Erfahrung in der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion im Rahmen des RGW.

Ischinger

Sie haben, Herr Modrow, in Ihrem ersten Beitrag eine neue Ostpolitik gefordert, und ich will deutlich sagen: Das kann kein deutscher Alleingang sein, sondern die neue Ostpolitik ist eine explizit europäische Politik, wie sie in den Erweiterungsverhandlungen der EU jetzt wieder in Helsinki ihren Ausdruck findet. Etwas anderes können wir nicht anbieten auch im Hinblick auf jene Länder, die keine Kandidaten sind, einschließlich Russland.

Was kann Russland von der Europäischen Union, von Westeuropa erwarten? Wenn die Zielsetzungen der Europäischen Union realistisch sind - und davon gehe ich aus;- , dann werden wir innerhalb des nächsten Jahrzehnts in Europa einen Stabilitätsraum von über 25 Staaten haben. Und die Russische Föderation hat an keiner anderen ihrer Grenzen, nur an ihrer Westgrenze, die dann von Finnland bis nach Südosteuropa reicht, eine derartige Sicherheit, Stabilität und ein solches Angebot an Zusammenarbeit erfahren. Die Schaffung dieses Stabilitätsraumes durch die Erweiterung ist zugleich ein europäischer Beitrag für Sicherheit und Stabilität, der sich auch über Europa hinaus positiv auswirken wird. Das möchte ich auch gegenüber unseren amerikanischen Freunden immer wieder betonen.

Ich denke also, Russland wäre gut beraten, sich im Hinblick auf die eigene Stabilität und Sicherheit vornehmlich an die europäischen Partner zu halten, um sich dann den möglichen Konfliktherden an seinen anderen Grenzen zuzuwenden. Das meine ich, wenn ich von einer europäischen Definition Russlands spreche.

Herr Sjuganow hat hier behauptet, der Kosovo-Krieg sei ein Krieg gegen das vereinte Europa gewesen. Und in der Diskussion hier klang an, dass es geradewegs eine Linie von der UÇK zu den tschetschenischen Separatisten gibt. Ich warne davor, hier einen Popanz aufzubauen, der jenseits der Realität liegt.

Wer dem Westen die Schuld zuschieben will, durch seine Kosovo-Politik die Probleme im Kaukasus ausgelöst zu haben, der muss sich fragen lassen, warum die russische Außenpolitik die deutschen Vorschläge, die wir seit September 1997 bei jeder Zusammenkunft auf den Tisch gelegt haben, rundweg ignoriert hat. Wenn Russland im Herbst 1997 und im Frühjahr 1998 sich ernsthaft darauf eingelassen hätte, das Kosovo-Problem zu lösen, dann müssten wir uns heute mit ziemlicher Sicherheit keine Gedanken über die UÇK machen. Deshalb stimme ich Herrn Erler entschieden zu, wenn er als eine Lehre aus Kosovo die Forderung nach wirksamer Prävention stellt, selbst wenn diese nur in Form "nachträglicher Prevention", wie er es nannte, möglich sein sollte, weil wir rechtzeitig keinen Konsens zustande gebracht haben.

Natürlich lassen sich die Lage im Kosovo und die Herausforderung, der sich die Russische Föderation in Tschetschenien gegenüber sieht, nicht vergleichen. Aber der Stabilitätspakt, den die Europäer jetzt für die ganze südosteuropäische Region entwickelt haben und dessen Ergebnisse sicher erst längerfristig sichtbar werden, enthält zumindest die Hoffnung, mittel- und langfristig die Lage dort so weit zu stabilisieren, dass wir nicht erneut militärisch eingreifen müssen und ständig mit neuen Flüchtlingsströmen konfrontiert werden.

Von daher erlaube ich mir die Frage, ob die Russische Föderation nicht gut beraten wäre, die internationale Gemeinschaft und ihre Partner in Europa aufzufordern, über eine weitsichtige strategische Zusammenarbeit - nicht in Form eines kurzfristigen Krisenmanagements - nachzudenken und sich über einen Stabilitätspakt für die ganze Kaukasusregion Gedanken zu machen - also nicht nur für Tschetschenien;- , wo es an vielen Ecken brennt und auch in Zukunft immer wieder brennen wird. Ich würde sehr hoffen, dass man sich zukünftig in der russischen Regierung solchen Vorschlägen gegenüber offener verhält, als das bisher der Fall war.

Herr Gasteyger äußerte die Vermutung, die Politik der Allianz in Bezug auf das Kosovo laufe mehr und mehr darauf hinaus, die Unabhängigkeit des Kosovo nicht auszuschließen. Für die Bundesrepublik Deutschland und auch für die EU ist nach wie vor die Resolution 1244 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen bindend. Eine Änderung dieser Politik wird von uns nicht ins Auge gefasst; denn wir sind uns bewusst, dass dies erhebliche Konsequenzen nach sich ziehen könnte. Dass die Entwicklung vor Ort zumindest in die Richtung einer De-facto-Unabhängigkeit weist, will ich nicht ausschließen, aber von europäischer Seite geschieht nichts, das eine solche Entwicklung fördern würde.

Mir ist natürlich bekannt, Herr Gasteyger, dass in den USA darüber diskutiert wird, das Engagement auf dem Balkan möglichst bald dadurch zu beenden, dass man die Unabhängigkeit sich vollziehen lässt. Das sagt sich von jenseits des Atlantiks gewiss leichter, als sich die Dinge in Europa darstellen. Aber der Nationale Sicherheitsberater der Amerikanischen Administration, Sandy Berger, hat noch vor kurzem bestätigt, dass sich auch die amerikanische Politik nach wie vor an die Resolution 1244 gebunden fühlt und nicht beabsichtigt, jetzt oder in naher Zukunft einen Kurswechsel der amerikanischen Kosovo-Politik zu vollziehen.

Aksiouchits

Als Philosoph will ich die Fragen, die wir hier diskutieren, in einen allgemeineren Kontext stellen. Vielleicht kann uns das neue Einsichten eröffnen.

Ich beginne mit der Feststellung, dass Volk und Nation kein zufälliges oder chaotisches Gebilde sind. Jedes Volk ist ein lebendiger historischer Organismus, der wie jeder Organismus geboren wird, Phasen der Jugend, der Reife und des Alters durchläuft und stirbt oder durch äußere Umstände umkommt. Ein Großteil der Krisen und Katastrophen, die ein Volk durchlebt, sind auf eine Krankheit des nationalen Geistes zurückzuführen. Auch der nationale Organismus hat einen Körper, eine Seele und einen Geist als Grundlage seiner Identität. Wenn es einem Volk an politischem Willen oder einer politischen Strategie fehlt, dann vor allem deshalb, weil es ihm an nationalem Geist mangelt. Auch Katastrophen, wie Flugzeugabstürze oder dass ganze Wohnblöcke in die Luft fliegen, sind nicht nur auf technische Mängel zurückzuführen, sondern sie sind nicht zuletzt Ausdruck dieser Krise des nationalen Geistes.

Vieles, was sich im 20. Jahrhundert ereignet hat, lässt sich als eine Art Geisteskrankheit erklären und wie bei körperlichen oder seelischen Krankheiten gibt es auch bei Geisteskrankheiten Träger und Erreger. Die schwerwiegendste Form geistiger Krankheit sehe ich in einer ideologischen Manie, deren gewaltsame Indoktrination in einem Staat ein Regime der Ideokratie in der Gesellschaft begründet. Dabei verstehe ich Ideologie im Sinne von falscher Weltansicht und eines verzerrten Ideensystems.

Im Jahre 1917 wurde in Russland ein solches Regime der Ideokratie errichtet, das die Ursache war für alles, was dann folgte: sowohl der sowjetische Kommunismus und Totalitarismus als auch die Einparteienherrschaft und die weiteren charakteristischen Merkmale dieser Epoche der russischen Geschichte.

Eine solche Geisteskrankheit - die Ideomanie - durchläuft verschiedene Phasen. Die radikalste Form war dabei der Kommunismus, dessen Ideologie die totale Zerstörung der traditionellen Lebensgewohnheiten und der Wertehierarchie der Gesellschaft bewirkte. Die Totalität dieser Form der Ideologie ruft nachgerade eine Sucht nach Selbstzerstörung ihrer Träger hervor: "Und wir alle werden wie ein Mann im Kampf dafür sterben." Wenn ein nationaler Organismus durch solche ideologische Besessenheit nicht umkommt, wird er wiedergeboren, wobei er dann leichtere Formen der Ideomanie durchlebt.

Während der Kommunismus die Zerstörung von jedem und allem bis hin zur Selbstvernichtung verkündet, hängt der Sozialismus Illusionen und Fiktionen an, die das soziale Wohlergehen betreffen. Den Kommunismus haben wir in Russland während der Zeit des Stalinismus durchlebt und den Sozialismus in all seinen Phasen und Formen bis zum Jahr 1991.

Ab 1991 geriet diese Ideokratie in eine Agonie. Jetzt erleben wir eine dritte Periode der ideologischen Bewusstseinstrübung, die sich von der vorhergehenden Phase dadurch unterscheidet, dass sie zwar positive, aber überspannte Ideale verkündet. Und bekanntlich zerstört jede Verabsolutierung der Werte die Wertehierarchie und die ihr zugrunde liegende Weltanschauung, auch wenn die Ausprägungen dieser Ideomanie jetzt weicher und raffinierter sind.

Ich behaupte, dass wir seit 1991 eine Art von liberalem Bolschewismus erleben. Die Reformen, die wir vorgenommen haben, erweisen sich nach zehn Jahren als unfruchtbar und zerstörerisch, weil sie von Anfang an so programmiert waren. Die Reformer sind Neobolschewisten, welche die alte bolschewistische Mentalität beibehalten haben. Unter der Parole der Freiheit verkündeten sie soziale und marktwirtschaftliche Willkür und verabsolutierten gewisse Elemente der liberalen Weltanschauung. So wie der Sozialismus eine gegen den Markt gerichtete Utopie war, ist der Liberalkommunismus eine marktwirtschaftliche Utopie. Um diese Utopie umzusetzen, nahmen die Reformer eine präzedenzlose Zerstörung der traditionellen russischen Werte und Lebensweisen in Kauf.

Mir scheint, dass wir uns heute in Russland zwei Versuchungen gegenübersehen, nämlich dem Etatismus und dem Nationalismus - auch das sind Formen der Ideomanie. Wie der Liberalbolschewismus deklarieren Etatismus und Nationalismus ebenfalls positive Werte, die sie verabsolutieren. Während der Etatismus die Werte der nationalen Macht verabsolutiert, überbetont der Nationalismus die Werte der Nation und des Volkes, die sie über andere Nationen erheben.

Diese ideologischen Versuchungen lassen sich durchaus an einigen unserer Politiker festmachen. So würde ich sagen, dass der Moskauer Oberbürgermeister Luschkow zum Etatismus neigt und für Russland Handlungsmethoden vorschlägt, die darauf hinauslaufen, die staatliche Macht wieder zu beleben. Um dieses Ziel zu erreichen, bedient er sich in erster Linie der Beamenschaft als Hebel der Staatsmacht. Das spiegelt sich auch im Wirtschaftssystem wider und könnte als Beamtenkapitalismus bezeichnet werden.

Andere politische Führungspersonlichkeiten, wie beispielsweise Lebed, werden im Wahlkampf mehr die nationalistische Karte spielen. In diesem Zusammenhang ist auch das Post-Versailles-Syndrom zu erwähnen, das in Russland jetzt eine Rolle spielt und das die russischen Politiker wie auch unsere Kollegen im Westen verstehen sollten. Denn je mehr der nationale staatliche russische Organismus unterdrückt und zerstört wird, desto schärfer werden die Reaktionen sein, um das zu verhindern. Das heißt, die Zerstückelung Russlands in Regionen birgt die Gefahr, dass man versuchen wird, die Einheit des Landes durch ein faschistisches Regime wiederherzustellen.

Mit anderen Worten: Je weniger das nationale Selbstwertgefühl des russischen Volkes verletzt wird, das schließlich den Staat trägt, und je weniger die russische Staatlichkeit zerstört wird, desto weniger wird das Post-Versailles-Syndrom eine Rolle spielen und desto größer werden die Chancen, dass Russland bei seiner politischen Wahl zu geordneten Existenzformen zurückfindet.

Wie lassen sich die Verführungen durch Etatismus und Nationalismus vermeiden? Dabei verstehe ich Etatismus und Nationalismus hier nicht in ihren klassischen, radikalen Ausprägungen, wie sie Mitte des 20. Jahrhunderts aufgetreten sind. Diese Formen sind weicher, können aber dazu führen, dass die Wiedergeburt Russlands zwar stattfindet, aber dieser Prozess nur schleppend vor sich gehen und entsprechend länger dauern wird. Der bessere Weg wäre das, was ich als aufgeklärten Patriotismus oder aufgeklärten Konservatismus bezeichnen würde, der sowohl die Freiheitsideale im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben als auch die Ideale der Solidarität im wirtschaftlichen und sozialen Bereich und die Ideale des Patriotismus im Staat miteinander vereint. Ich denke also an einen starken sozialen Staat verbunden mit einer effektiven Marktwirtschaft.

Nachdem der russische nationale Organismus in diesem Jahrhundert eine tödliche Krankheit überlebt hat, ist er jetzt auf dem Wege der Wiederauferstehung. Dabei stellen die letzten fünfzehn Jahre eine dramatische Periode der Gesundung Russlands von der Pest des 20. Jahrhunderts, der Ideomanie, dar. Natürlich gibt es Rückfälle und die Gefahr einer neuen Geisteskrankheit. Zugleich erleben wir aber, dass die Gesellschaft und das Land mehr und mehr gesunden. Dies zeigt sich vor allem darin, dass das historische Gedächtnis, die nationale Identität und der Wille des Volkes wiedererstehen. In den kommenden Wahlen werden diejenigen politischen Kräfte und Führungspersonlichkeiten gewinnen, mit denen diese Werte am stärksten personifiziert werden.

Die dramatischen Ereignisse, die wir in den letzten Jahren durchlebt haben, erklären sich in vieler Hinsicht dadurch, dass unsere gegenwärtige Elite noch weitgehend mit der kommunistischen Nomenklatura der Vergangenheit identisch ist. Sie konnte sich nur so verhalten, wie sie es zu Beginn der 90er-Jahre getan hat: das Land räuberisch ausplündern, verbunden mit der Zerstörung aller

traditionellen Einrichtungen der Gesellschaft. Diese Periode wird jetzt hoffentlich abgelöst, um einer neuen gesünderen und freieren Generation Platz zu machen. Die weitere Entwicklung des Landes wird davon abhängen, inwieweit sich diese neue Generation durchsetzen kann, wenn sie die historische Bühne in Russland betritt. Bei der Wahl im Jahr 2000 geht es um die Gesundung des nationalen russischen Organismus und um eine Konzeption für das neue Russland. Das wird auch das Gesicht des Landes in den nächsten Jahrzehnten bestimmen.

Bush

Herr Cameron hat einige der jüngsten Entwicklungen der amerikanischen Politik gut begründet. Aber der wichtigste Beitrag der USA zur globalen Sicherheit, nämlich das Nunn-Lugar-Programm und die Verschrottung von über 2000 Interkontinentalraketen (ICBMs) wird häufig nicht genügend beachtet. Denn die Raketen hätten in Washington genauso gestartet werden können wie in Berlin oder Paris. Noch bedeutsamer ist die Lagerung und Handhabung des spaltbaren Materials, das eine sehr große Gefahr darstellt, wenn es in falsche Hände gerät. In vielen Fällen wurde es nur von einem alten Mann, einem Hund und einem Vorhängeschloss gesichert. Dank des Nunn-Lugar-Programms ist dieses Material weitgehend zusammengefasst worden.

Es wurde hier angemerkt, dass die westlichen Beobachter meist eher die Fortschritte sehen, die erreicht wurden, und die Lage optimistischer beurteilen, während die russischen Teilnehmer die Dinge mehr pessimistisch sehen. Ich denke, der eigentliche Grund für die Desillusionierung sind die übertriebenen Erwartungen bei vielen Russen gewesen. Präsident Jelzin versicherte der russischen Bevölkerung im Januar 1992, dass die Wirtschaftskrise Ende des Jahres vorüber sein würde. Die Preise würden sich stabilisieren und die Produktion würde wieder wachsen. Auf westlicher Seite nahm man an, dass Russland über Nacht Marktmechanismen und demokratische Institutionen entwickeln könnte, die anderswo mitunter mehrere hundert Jahre gebraucht haben. Insgesamt kann man wohl sagen, dass Russland schon eine weite Strecke zurückgelegt, aber auch noch einen weiten Weg vor sich hat.

Einer der gravierendsten Kurzschlüsse auf westlicher Seite war die völlig übertriebene Personalisierung der Politik: "Mein Freund Bill", "mein Freund Boris" und die geradezu verrückte Begeisterung für Herrn Gorbatschow, bei dem man keinen Fehler sehen konnte. So gab es etwa in der Zeit der Gorbatschow-Regierung kaum westliche Kritik an der Verschleierung des Unfalls von Tschernobyl oder an den Tötungen in Vilnius oder in Baku. In Deutschland war die "Gorbi-Begeisterung" noch schlimmer. Gorbatschow konnte einfach nichts falsch machen. Die deutschen Medien sind jedenfalls sehr unkritisch gewesen.

1996 wurde Jelzin von uns unterstützt, weil wir meinten, eine Präsidentschaft von Sjuganow wäre den amerikanischen Interessen abträglich. Aber wir haben die Wahlen nicht kritisch genug gesehen. Es war eine freie und offene Wahl, doch sie war keinesfalls fair. Was die Medien angeht, so erinnere ich mich sehr wohl daran, als ich Moskau unmittelbar vor den Wahlen 1996 besuchte, dass der arme Herr Sjuganow auf allen Fernsehkanälen dämonisiert und im schlechtesten Licht gezeigt wurde, während Boris Jelzin umschmeichelt wurde. Es waren also keineswegs faire Wahlen, was aber im Westen nicht kritisiert wurde.

Mit Blick auf die kaspische Politik hieß es hier, die Vereinigten Staaten würden versuchen, Russland den Zugang zu den Reichtümern des Kaspischen Meeres zu verwehren oder Russland aus der Region zu verdrängen. Die russischen Ansprüche auf diese Erdöl- und Erdgasvorräte rühren teilweise daher, dass Russland dort ursprünglich einige der Lagerstätten erschlossen hat. Aber man kann das auch zu weit treiben. So haben beispielsweise die Briten um die Jahrhundertwende eine Menge Geld in Baku investiert, ohne dass sie heute irgendwelche Ansprüche dort erheben. Der amerikanischen Politik geht es darum, den gegenwärtigen harten Griff Russlands zu lockern. Turkmenistan ist dafür das beste Beispiel, das über zig Milliarden Kubikmeter Erdgas verfügt. Aber abgesehen von einer sehr kleinen Pipeline zum Iran kann es dieses Erdgas nicht vermarkten. Deshalb ist es ein verzweifelt armes Land, das auf einem gewaltigen Reichtum sitzt. Kasachstan wiederum kann nicht so viel Erdöl exportieren, wie es gerne möchte. Die amerikanische Politik sollte zum Bau mehrerer Pipelines auf alternativen Routen ermutigen.

Ich will die amerikanische Politik gegenüber Iran nicht verteidigen. Man braucht sich ja nur die Landkarte der kaspischen Region anzusehen und berücksichtigen, wie die Produzentenländer ihr Öl und Gas auf den Markt bringen können. Ich bin sicher, dass eine künftige US-Administration dies erkennen und sich mit dem Iran verständigen wird, so dass es Pipelines durch den Iran geben wird; denn die ökonomisch vernünftigsten Routen führen über den Iran. Deshalb hoffe ich, dass eine

künftige US-Regierung einen Modus Vivendi mit dem Iran erreicht, damit das kaspische Öl und Gas durch dieses Land transportiert werden kann.

Es gibt auch jede Menge Verschwörungstheorien. Viele meiner durchaus vernünftigen russischen Freunde sehen überall Verschwörungen des Westens, die das Ziel hätten, Russland niederzuhalten. Sie glauben, dass der IWF vom CIA instrumentalisiert wird. Es gibt offizielle Vertreter in Washington, die nur widerwillig ihre Unterstützung anbieten, um den Russen beim Y2K-Problem zu helfen, weil irgendetwas am 31. Dezember 1999 um Mitternacht schiefgehen könnte und die Russen dann den Amerikanern dafür die Schuld geben könnten!

Alexander Rahr erwähnte die Frage: "Wer hat Russland verloren?" Ich denke nicht, dass dies bei den kommenden Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten große Bedeutung haben wird. Frau Albright hat Recht, wenn sie sagt, es sei nicht an uns, Russland zu verlieren und Russland ist noch nicht verloren. Ich meine, das beantwortet diese Frage recht gut.

Es wurde das russische Wahlgesetz erwähnt. Ich arbeite mit der Internationalen Stiftung für Wahlsysteme zusammen. Dort ist man von dem Text des neuen russischen Wahlgesetzes sehr beeindruckt. Aber auch die stalinsche Verfassung war auf dem Papier beispielhaft. Das heißt, es kommt vor allem darauf an, wie solche Gesetze angewendet werden. Das Wahlgesetz legt beispielsweise Ausgabengrenzen für Wahlkampagnen fest - da ist, soweit ich weiß, von einer Million Rubel die Rede, die eine Partei für die Wahlen ausgeben darf. Glaubt irgendjemand daran, dass solche Limits eingehalten werden? Wir haben die Hoffnung - aber wie gesagt: das Wahlgesetz ist an sich sehr gut.

Ich stimme Lilia Schewzowa zu, dass der gegenwärtige Aufschwung in der russischen Wirtschaft nur vorübergehend und nicht nachhaltig ist. Er verdankt sich vor allem dem wesentlichen Anstieg des Weltölpreises und der Importsubstitution nach der Abwertung von 1998. Wenn die Leute zwischen einem Wolga für 4000 Dollar und einem Volvo für 40.000 Dollar wählen sollen, entscheiden sich viele für den Wolga. Die russischen Produzenten haben sich jedenfalls beeilt, diese Lücke zu füllen und den Vorteil der Abwertung des Rubels für sich zu nutzen.

Ein weiterer Faktor ist die Inflation, die höher ist, als im Haushalt vorgesehen. Sie liegt bei 38 statt bei 30 Prozent. Das hat es erleichtert, den Haushalt auszugleichen. Aber es hat bislang keine strukturellen Veränderungen gegeben und die langfristigen Aussichten sind nicht rosig.

Erler

Mich beschäftigt die Frage, wie die russische Transformation unter den Bedingungen der Globalisierung Erfolg haben kann. Dabei knüpfe ich an die Ausführungen von Herrn Ischinger an.

Es besteht Einigkeit, dass es das Ziel sein muss, die volle Kompatibilität der russischen Volkswirtschaft als eine Voraussetzung für fairen Austausch und gute Entwicklung zu erreichen. Ich frage mich aber, ob diejenigen Instanzen, die die Politik der Globalisierung gewissermaßen definieren, nämlich IWF und Weltbank, dazu in den letzten acht Jahren einen wirklich positiven Beitrag geleistet haben. Die globale Strategie beider Institutionen war, kurz gesagt, von zwei Grundsätzen bestimmt: Erstens offene Märkte - für Russland hieß das: offene Einfuhrpolitik - und zweitens Liberalisierung des Kapitalverkehrs.

Welche Folgen hatte dies für Russland? Offene Märkte, also offene Einfuhrpolitik, hat in Russland dazu geführt, dass bis zu siebzig Prozent der russischen Produkte von den heimischen Märkten verdrängt wurden, was erhebliche Konsequenzen für den gesamten Transformationsprozess hatte. Denn die Folgen waren: Einbrechen der Produktion, Absinken des Sozialprodukts, Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Das alles hat sich natürlich auch gravierend auf die Steuereinnahmen ausgewirkt, die ebenfalls drastisch zurückgegangen sind.

Hinzu kommt, dass die Liberalisierung des Kapitalverkehrs die geradezu skandalöse Kapitalflucht aus Russland begünstigt hat, sodass die Staatsverschuldung hier in etwa die Höhe des ins Ausland verbrachten Fluchtkapitals erreicht. Damit einher ging eine "Dollarisierung", die weitaus größer ist als in jedem anderen osteuropäischen Transformationsstaat.

Ich will in diesem Zusammenhang nur anmerken: Einen Finanzkollaps, wie ihn Russland am 17. August 1998 erlitten hat, würde keine westliche Regierung überstanden haben. Mit einem Schlag wurden die Ersparnisse von mehreren Millionen Menschen, die erstes zaghaftes Vertrauen in Marktwirtschaft und Demokratie gesetzt hatten, vernichtet. Ich wage mir gar nicht vorzustellen, was in einem solchen Fall in Deutschland passieren würde, wo wir gegenwärtig eine heftige Diskussion

darüber veranstalten, wenn die Renten für zwei Jahre lediglich um den Inflationsanstieg wachsen sollen.

Wer diese dramatische Abwertung in Russland heil überstanden hat, waren diejenigen, die Dollars gehortet oder ins Ausland gebracht haben. Das ist nun in der Tat das geeignete Signal für eine Gesundung der russischen Volkswirtschaft! Denn die ökonomische Botschaft aus diesem Desaster lautet: Wer sich anders verhält, als sein Kapital in Sicherheit zu bringen, ist dumm.

Nun hat am 28. Juli dieses Jahres das Executive Board des IMF beschlossen, Russland erneut Sonderziehungsrechte in Höhe von 3,3 Milliarden beziehungsweise einen Standby-Kredit in Höhe von 4,5 Milliarden US-Dollar zu gewähren, um die russischen Haushaltslöcher zu stopfen. Und IMF und Weltbank haben stolz verkündet, damit kehre man zur Politik der Zeit vor der Augustkrise zurück. Allerdings wurde ein wenig selbstkritisch angemerkt, man habe vielleicht zu wenig auf die Entwicklung der Institutionen und das Regierungsverhalten in Russland gedrängt. Das soll jetzt angeblich stärker Beachtung finden.

Dass aber diese Kredite lediglich zur Haushaltskonsolidierung verwandt werden, statt den Transformationsprozess in Russland zu stützen, davon ist aus dem Munde der Verantwortlichen kein Wort zu vernehmen. Stattdessen wird Russland immer stärker von IMF und Weltbank abhängig, die darüber entscheiden, wie mit dem russischen Staatsbankrott umzugehen ist. Die russische Regierung hat darauf immer weniger Einfluss. Die Auslandsverschuldung hat ein Ausmaß angenommen, an dem mehrere Generationen russischer Bürger zu tragen haben werden.

Vielleicht ist es in einem Gespräch wie diesem angebracht, daraufhinzuweisen, dass die Bundesrepublik Deutschland nach 1945 eine ganz andere Politik verfolgt hat. 1948 fand bei uns die Währungsreform statt und wurde die soziale Marktwirtschaft eingeführt. Der damalige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard hat aber dafür Sorge getragen, dass erst 1956, also acht Jahre später, der Devisenverkehr freigegeben und die Importbeschränkungen aufgehoben wurden. Das heißt, die deutschen Märkte erfreuten sich acht Jahre lang des Schutzes gegen Außeneinflüsse, insbesondere durch den hohen Dollarkurs. Hinzu kamen die erheblichen Finanzmittel aus dem Marshallplan, die ausschließlich für Investitionszwecke genutzt werden durften. Dadurch wurde eine Entwicklung möglich, die deutsche Produkte weltweit wettbewerbsfähig machte.

Das ist in kurzen Worten die wesentliche Erklärung für das so genannte deutsche Wirtschaftswunder. Statt dieser Erkenntnis Rechnung zu tragen, haben IWF und Weltbank in den letzten Jahren nicht nur Russland, sondern weltweit eine Politik verordnet, die fast überall zu mitunter dramatischen Fehlentwicklungen geführt hat.

Ein Beleg dafür ist sicher der Kollaps vom August 1998 in Russland. Allerdings hatte die drastische Abwertung des Rubels, deren Kosten die russische Bevölkerung selber tragen musste, zu einer 40- bis 50-prozentigen Reduzierung der Importe geführt, sodass die russischen Produkte jetzt wieder größere Chancen auf dem heimischen Markt haben und damit eine gesündere wirtschaftliche Entwicklung möglich geworden ist. Die Abwertung hat im Grunde als eine Art Schutzschirm gewirkt.

Ich würde also behaupten, dass die von uns viel beklagte Korruption und Kapitalflucht in Russland nicht zuletzt in dieser vom Westen aufgezwungenen Politik ihre Ursachen hat.

Ich will noch ein anderes Beispiel anführen. Die russische Getreideernte soll in diesem Jahr circa 60 Millionen Tonnen betragen, ein gewisser Anstieg nach der katastrophal niedrigen Ernte von nur 47 Millionen Tonnen in 1998, während 1997 noch 87 Millionen Tonnen geerntet wurden. Diese 60 Millionen Tonnen werden allerdings auch nicht ausreichen, die Versorgung der russischen Bevölkerung sicherzustellen; dafür wären vermutlich 70 Millionen Tonnen das Minimum. Entsprechend hat die russische Regierung in den USA um die Lieferung von 1,5 Millionen Tonnen Futtergetreide, 1,5 Millionen Tonnen Mais und 1 Million Tonnen Sojabohnen nachgefragt.

Seitens der Europäischen Union werden in dieser Hinsicht erhebliche Zweifel laut. Man weist daraufhin, dass die hohen Weltmarktpreise für Getreide die russischen Produzenten, die im eigenen Lande nur sehr niedrige Preise erzielen, veranlassen könnten, die Getreideerträge bewusst niedrig anzugeben, um sie mit höheren Gewinnen zu exportieren. Um solches Verhalten zu ändern, hilft es nicht, an die Moral zu appellieren, sondern man muss entsprechende Rahmenbedingungen schaffen, damit sich die russische Volkswirtschaft normal entwickeln kann.

Auch aus der amerikanischen Geschichte wissen wir, dass die Vorherrschaft der Mafia erst gebrochen wurde, als es sich für die Menschen wieder lohnte, ihr Geld auf legale Weise zu verdienen. Mehr Gefängnisse zu bauen, hilft eben letztlich nicht weiter, um Korruption und Mafia zu bekämpfen.

Die Verhältnisse in Russland sind derzeit aber nicht so, dass es sich lohnen würde, hier zu investieren. Das gilt natürlich auch für ausländische Investoren. Und angesichts der exorbitanten russischen Staatsverschuldung verhalten sich diejenigen durchaus rational, die ihr Geld ins Ausland bringen. Deshalb plädiere ich nachdrücklich dafür, vor allem auch die internationalen Rahmenbedingungen für Russland zu ändern.

Im Übrigen kann ich Friedbert Pflügers Optimismus hinsichtlich der Entwicklungschancen für die russische Gesellschaft durchaus zustimmen. Russland hat in seiner Geschichte schon häufig jahrzehntelang anhaltende Krisen überstanden und sich danach wieder erholt. Es braucht dafür allerdings auch die Unterstützung von außen, und zwar in einer Weise, die den Bedingungen hier wirklich besser Rechnung trägt. Von daher ist der Westen mit dafür verantwortlich, ob der Transformationsprozess in Russland beschleunigt oder behindert wird.

Joetze

Ich denke, Herr Erler, wir können uns sehr gut vorstellen, was in Deutschland passieren würde, wenn große Teile der Bevölkerung ihre Ersparnisse verlieren würden. Sie brauchen sich nur an das Jahr 1923 zu erinnern - zehn Jahre später fand die Machtergreifung Hitlers statt. Dabei hat zweifellos eine große Rolle gespielt, dass die gehobenen Schichten in Deutschland das Gefühl hatten, vom Ausland in Stich gelassen und isoliert zu sein, auch wenn dies spätestens seit den außenpolitischen Erfolgen von Stresemann nicht mehr zutraf. Aber große Teile des deutschen Bürgertums hatten eben diese Perception, die nicht zuletzt eine der Ursachen für die Radikalisierung in Deutschland gewesen ist.

Meyer-Landrut

Nur eine kleine Korrektur, Herr Erler, die Kredite, die der IMF Russland gewährt, dienen ausdrücklich der Begleichung von Auslandsschulden. Im Grunde ist das ein Buchungsvorgang, der dem russischen Staat nur insofern zugute kommt, als ihm damit der Schuldendienst erleichtert wird, was möglicherweise die wirtschaftliche Entwicklung ein wenig ankurbelt.

Bei aller berechtigten Kritik an der Politik des IMF möchte ich aber daraufhinweisen, dass es dem IMF nicht nur um offene Märkte zu tun ist, sondern insbesondere darum, die Inflation in diesem Lande zu verringern, um den Außenwert des Rubels zu stabilisieren. Das war auch der Grund, warum die russische Regierung diese riesigen Dollarkäufe vorgenommen hat, die sie dann aber nicht mehr durchhalten konnte, was zum Crash vom August 1998 geführt hat.

Auf der anderen Seite weisen Sie zu Recht daraufhin, dass die russischen Produkte, die durch ausländische Importe weitgehend verdrängt worden waren - bis zu 70 Prozent der Lebensmittel, die in den Moskauer Läden angeboten wurden, stammten aus dem Ausland -Jetzt auf den einheimischen Märkten wieder wettbewerbsfähig geworden sind. In den Supermärkten finden Sie heute durchaus attraktiv aufgemachte Lebensmittel und andere Produkte aus russischer Herstellung, die absolut konkurrenzfähig sind.

Das Wachstum im industriellen Bereich wies im vergangenen Monat zweistellige Beträge auf und wird über das Jahr hin wahrscheinlich bei fünf Prozent liegen. Alle Prognosen und ökonomischen Analysen für Russland weisen eine aufsteigende Tendenz aus. Die Frage ist indes, ob die Inlandsnachfrage groß genug ist, um eine stabile Entwicklung zu ermöglichen. Darüber ist im Augenblick noch keine verlässliche Aussage möglich. Natürlich trägt auch der gegenwärtig hohe Ölpreis zu der günstigen Entwicklung in Russland bei.

Mit den letzten Beiträgen haben wir bereits zum Thema der wirtschaftlichen Situation in Russland und den Möglichkeiten der Zusammenarbeit übergeleitet. Dazu hören wir jetzt noch zwei Einführungsreferate, und zwar von Herrn Cartellieri, Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank AG, und von Herrn Kokoschin von der Russischen Akademie der Wissenschaften, der früher Generalsekretär des Sicherheitsrates und stellvertretender russischer Verteidigungsminister gewesen ist und sich jetzt als politischer Berater der Partei "Vaterland" im Wahlkampf engagiert.

Cartellieri

Nicht nur wenn man an diesem herrlichen Tag aus dem Fenster schaut, sondern schon, wenn man nach Moskau hereinkommt, ist man als Besucher von der Entwicklung dieser Stadt beeindruckt. Und wer sich dann die letzten Zahlen der Wirtschaftsentwicklung anschaut, gewinnt leicht den Eindruck, es gehe insgesamt in Russland bergauf. Aber leider ist Moskau nicht Russland, und die letzten Zahlen sind insofern irreführend, als wir es nach dem sehr tiefen Einbruch des Jahres 1998 mit einem

Basiseffekt zu tun haben, der die Zahlen oberflächlich besser aussehen lässt, als sie es tatsächlich sind. Hinzu kommt die Ölpreisverdoppelung, die Russland im Augenblick sehr zugute kommt.

Wie steht es wirklich um die russische Wirtschaft? Hier bin ich versucht, eine Antwort zu geben, wie sie der Arzt seinem Patienten gab, als der ihn drängte, ihm ehrlich den Befund mitzuteilen. "Zuerst eine gute Nachricht für Sie", meinte der Arzt, "Sie sind kein Hypochonder."

Die Probleme der russischen Wirtschaft sind unverändert; einige von ihnen haben sich sogar verschärft. Ich denke, wir müssen uns im Westen von einer Reihe von Denkklišees verabschieden, wenn wir weitere Enttäuschungen vermeiden wollen. Aber welche politische Rolle Russland in Europa spielen kann - worüber wir hier bisher gesprochen haben;- , das wird stets davon abhängen, wie sich die Wirtschaft dieses Landes entwickelt.

Um es in einem Satz zuzuspitzen: Russlands Volkswirtschaft hat seit Beginn der Perestroika vor circa fünfzehn Jahren die wenigen Vorteile der ehemaligen Planwirtschaft verloren und die großen Vorteile der Marktwirtschaft nicht gewinnen können. Stattdessen leidet die russische Wirtschaft unter den fratzenartigen Abseiten eines unkontrollierten Kapitalismus; Herr Sjuganow sprach geradezu von einem kriminellen Markt. Der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft hat jedenfalls kaum stattgefunden, allenfalls in Ansätzen in sehr kleinen Sektoren der Konsumgüterindustrie. Eine Entwicklung in Richtung westlicher Marktwirtschaft ist nicht erkennbar und auch nicht zu erwarten. Ebenso wenig gibt es allerdings eine Rückkehr zur zentralen Planwirtschaft.

Mit anderen Worten: Quo vadis Russland? Wie steht es um den Transformationsprozess, von dem auch in dieser Diskussion mehrfach die Rede war? Wie viel an nachhaltigem Wachstum kann die russische Wirtschaft produzieren? Kann Russland wieder Wachstumsraten von drei bis vier Prozent erreichen, die bis 1990 die Regel waren? Aber selbst bei solchen Wachstumsraten würde es zwanzig Jahre dauern, bis Russland auch nur das Bruttoinlandsprodukt von 1990 wieder erreicht hätte. Seit 1990 hat ein dramatischer Schrumpfungsprozess stattgefunden, der noch nicht beendet ist. Allein durch die Abwertung von 1998 wird das Bruttoinlandsprodukt, das 1997 noch 460 Milliarden US-Dollar betrug, 1999 auf unter 200 Milliarden US-Dollar gesunken sein.

Das betrifft die einzelnen Wirtschaftsbereiche natürlich sehr unterschiedlich. Aus der Sicht von Gazprom etwa und anderer Rohstoffproduzenten, die auf Dollarbasis arbeiten, ist das nicht unmittelbar relevant. Aber die Investoren, die die Absatzchancen auf dem russischen Markt abschätzen, müssen heute davon ausgehen, dass das russische Bruttoinlandsprodukt unter das Niveau von Österreich geschrumpft ist. Das erklärt auch Russlands schwindendes Potenzial auf dem Weltmarkt und seine schwache Position in der Weltwirtschaft außerhalb des Rohstoffsektors. Das heißt, es findet zurzeit keine Integration der russischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft statt, sondern umgekehrt eine Desintegration, und dieser Prozess wird zusätzlich befördert durch die von der Abwertung erzwungene Importsubstitution, welche ihrerseits die russische Wirtschaft behindert, Weltmarktstandards zu erreichen und Exporterlöse außerhalb des Rohstoffsektors zu erzielen. Das muss ich Herrn Morosow antworten, wenn er beklagt, dass Russland vornehmlich als Rohstofflieferant in der Weltwirtschaft gesehen wird.

Ich will auch deutlich sagen: Abwertung ist kein Heilmittel, sondern ein Schmerzmittel, und wenn dessen Wirkung nachlässt, werden die Schmerzen möglicherweise noch größer sein als zuvor. Damit ist zugleich ein einschneidender Parameter für den Auslandsschuldendienst gesetzt. Nach der Abwertung von 1998 befindet sich Russland jetzt erst recht im Würgegriff seiner Auslandsverschuldung, die von vorher 35 Prozent auf nunmehr 100 Prozent des Bruttoinlandsproduktes angestiegen ist, bei einer Gesamtverschuldung der öffentlichen Hand, die von 50 auf 100 Prozent des BIP gewachsen ist. Das bedeutet, dass allein der Auslandsschuldendienst über die Hälfte der Steuereinnahmen oder 40 Prozent der Exporterlöse erfordert - eine offenbar völlig untragbare Situation.

Paradoxerweise klingt dies dramatischer, als es in Wirklichkeit ist. Denn gerade dieses gravierendste Problem der russischen Wirtschaft lässt sich noch am leichtesten lösen. Russland ist nach dem dramatischen Politikwechsel von 1998 zwar der normale Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten versperrt, aber wir erleben hier den Extremfall des klassischen Gläubigerdilemmas. Denn die Gläubiger haben gar keine andere Wahl, als bei den anstehenden Verhandlungen im Pariser und Londoner Club, die sich über Jahre hinziehen werden, die einzelnen Schuldenblöcke langfristig umzuschulden. Das heißt, die Gläubiger müssen sich nach der Decke des Schuldners strecken.

Mit anderen Worten: Die ausländischen Gläubiger haben gegenüber dieser kaum noch in den Weltmarkt integrierten Volkswirtschaft, die, von der Rüstungsindustrie abgesehen, nur noch als Rohstofflieferant interessant ist, nur sehr geringe Einflussmöglichkeiten.

Damit ist allerdings auch die Chance, Russlands Wirtschaft mit Hilfe ausländischer Ressourcen aufzubauen, ebenfalls sehr gering geworden. Während es im Falle von Japan und Deutschland lange Zeit hieß, sie seien nach dem Krieg zu wirtschaftlichen Riesen geworden, aber politische Zwerge geblieben, müssen wir uns wohl bei Russland darauf einrichten, dass seine politische Bedeutung sehr viel größer ist als seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, womit schwieriger umzugehen ist. Schon aus diesem Grunde liegt die westliche Hilfestellung bei der Entwicklung der russischen Volkswirtschaft eminent im westlichen Eigeninteresse. Das legitimiert auch die weitere Unterstützung durch den IMF.

Ein besonderes Problem, geradezu ein Fluch für die russische Wirtschaft ist, so merkwürdig das klingen mag, der Rohstoffreichtum des Landes. Mehr als 40 Prozent der Exporterlöse stammen aus Öl- und Gasverkäufen; insgesamt betragen die Exporterlöse aus Rohstofflieferungen fast 70 Prozent. Umgerechnet auf das Bruttoinlandsprodukt heißt das: Über ein Viertel der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung sind das Ergebnis von "milking the soil", wie es im Jargon heißt. Das hat weitreichende, auch politische Konsequenzen; denn es bringt eine enorme Abhängigkeit von den Weltrohstoffpreisen mit sich, die noch durch die sehr geringe Steuerbarkeit des russischen Rohstoffsektors verschärft wird. Einen Preisverfall auf dem Weltmarkt kann Russland nicht durch zusätzliche Förderungen ausgleichen, wie das etwa bei den Saudis der Fall ist; denn die Förderungs- und die Transportkapazitäten sind aufgrund fehlender Modernisierung nicht flexibel genug. Das heißt, ein Preisverfall bei den Rohstoffen schlägt jeweils unmittelbar auf die Staatseinnahmen durch; denn die Rohstofflerlöse stellen die größte Einnahmequelle für den russischen Staat dar.

Gravierende Preisverfälle auf dem Weltmarkt sind deshalb schon mehrfach Auslöser für einen Politikwechsel in Russland gewesen - nicht zuletzt dadurch ist auch die Perestroika 1985 in Gang gekommen.

Nun wird immer wieder positiv vermerkt, die Inflationsrate betrage gegenwärtig nur noch 50 Prozent und der Rubelkurs habe sich bei 25 Rubel pro Dollar stabilisiert. Das ist aber im Wesentlichen nur eine Folge des enormen Ölpreisanstiegs, der in der letzten Zeit stattgefunden hat. Zugleich verringern die steigenden Einnahmen aus den Ölverkäufen den Reformdruck auf die russische Politik und tragen zur Verfestigung der bestehenden Monopol- und Machtstrukturen in Politik und Wirtschaft bei. Hinzu kommt, dass sich die Staatseinnahmen nur partiell erhöhen, weil große Teile der Erlöse durch die Kapitalflucht ins Ausland verschwinden.

Solange die Ausbeutung der Rohstoffe genügend hergibt, fehlt es somit an Anreizen, die Wirtschaftsreformen entschieden voranzubringen. Deshalb haben Stanley Fisher und andere auf der letzten Tagung des Internationalen Währungsfonds in Washington zu Recht darauf hingewiesen, dass von außen kaum Einflussmöglichkeiten bestehen, wenn die Russen die Probleme nicht von sich aus energisch angehen. Von daher sage ich zu Herrn Morosow: Wenn Russland die Rolle als reiner Rohstofflieferant nicht akzeptieren will, dann haben nur die Russen selbst es in der Hand, dies zu ändern.

Russlands Zustand lässt sich am ehesten mit einem Land wie Argentinien vergleichen, das sich aufgrund seines Rohstoffreichtums eine jahrzehntelange Misswirtschaft leisten und trotz aller sozialen Probleme den endgültigen Niedergang vermeiden konnte.

Unter dieser Situation leidet insbesondere die verarbeitende Industrie in Russland, die der größte Wachstumsträger sein könnte, wenn sein Produktionspotenzial nachhaltig gesteigert würde. Die Aussichten dafür sind allerdings potenziell wesentlich besser, als man auf den ersten Blick meinen würde. Nach einer noch unveröffentlichten amerikanischen Studie liegt die derzeitige Produktivität in zehn russischen Schlüsselindustrien durchschnittlich bei 19 Prozent des amerikanischen Niveaus. Hier besteht also ein enormes Verbesserungspotenzial. Allein mit dem vorhandenen Kapitalstock, also ohne Neuinvestitionen, könnte die Produktivität in der russischen Wirtschaft bis auf 60 Prozent des amerikanischen Niveaus gesteigert werden.

Auch die menschlichen Ressourcen bieten ein erhebliches Potenzial, das sich noch steigern lässt. Es gibt eine qualifizierte Arbeiterschaft, und für das Topmanagement sind genügend Talente vorhanden. Qualifikationsprobleme bestehen im Mittelmanagement, das zu erheblichen Teilen noch vom alten System geprägt ist, die sich aber nach und nach auswachsen.

Die entscheidenden Hindernisse - das ist hier bereits angeklungen - liegen im Fehlen eines transparenten funktionsfähigen Regelsystems und damit an Anreizen, die im wirtschaftlichen Bereich die richtigen Signale und die notwendigen Anreize schaffen, statt Korruption und Mafia Tor und Tür zu öffnen.

Der Grundirrtum vieler russischer Wirtschaftspolitiker und vor allem auch ihrer westlichen Berater bestand in der Annahme, Marktwirtschaft sei ein Steuer- und Regelsystem, das sich schnell

übertragen und erlernen lasse. Bei diesem rein mechanischen Verständnis von Marktwirtschaft wird der Faktor Mensch völlig außer Acht gelassen. In den Jahrzehnten, in denen in Russland der Kommunismus herrschte - und das lässt sich von Ostdeutschland bis nach China generell sagen;- , sind jene menschlichen und gesellschaftlichen Wertvorstellungen deformiert worden, die im Westen die Marktwirtschaften überhaupt erst zum Laufen gebracht haben: Eigenverantwortung, eine gesellschaftsbezogene Ethik, Sozialbindung des Eigentums und die dafür notwendigen institutionellen Voraussetzungen.

Diese Bedingungen waren, wie wir wissen, in Russland auch vor 1917 nicht fest verankert, was die Schaffung einer Zivilgesellschaft heute natürlich nicht gerade erleichtert. Es war deshalb von Anfang an unrealistisch zu glauben, in Russland werde der Veränderungsprozess, der in den westlichen Ländern Generationen gedauert hat, im Computertempo ablaufen. Aber auch in Russland wachsen neue Generationen heran, die dazu beitragen werden, dass die notwendigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sich entwickeln können. Auch hier ist die Unterstützung des Westens gefragt, der allerdings nicht nur Karikaturen des Kapitalismus liefern darf.

Wir sollten aber nicht vergessen, dass Russland eine andere Vergangenheit und eine andere Kultur hat als West- oder Mitteleuropa und insbesondere Nordamerika. Die großen Modernisierer und revolutionären Veränderer in diesem Land - von Peter dem Großen bis zu Lenin und Stalin - waren alle erfolgsbesessene Alleinherrscher, die sich nie mit dem Aufbau ziviler Institutionen befasst haben. Auch die erste Welle der Industrialisierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unter Mitwirkung ausländischer Industrieller und Financiers im Zusammenspiel mit der russischen Oberschicht hat in dieser Hinsicht nur wenig dazu beigetragen. Das war sicher eine der Ursachen dafür, dass diese feudalkapitalistische Periode zu den Unruhen von 1905 und zur Revolution von 1917 geführt hat.

Wirksame Ansatzpunkte für eine positive Entwicklung sehe ich heute am ehesten in den Regionen und bei reformorientierten Gouverneuren, die vielleicht mehr als die Zentralregierung in der Lage sind, die Rahmenbedingungen zu verbessern und Willkür bei der Steuergesetzgebung, bei Subventionen, Energiepreisen, Löhnen, Registrierungsgebühren und Geschäftslizenzen abzubauen beziehungsweise die Transparenz zu erhöhen, um auf diese Weise der Korruption allmählich den Boden zu entziehen. Ansätze zu einer solchen Politik und auch erste Erfolge sind bereits erkennbar. Es findet dabei sogar ein gewisser Wettbewerb zwischen den Regionen statt.

Dass in einem Staat mit so großer zentralistischer Tradition Befürchtungen hochkommen, das Land könne föderalistisch auseinander driften, ist sicher verständlich und auch nicht unbegründet. Aber eine wirkliche Alternative zur Strategie, die allgemeine russische Wirtschaftsmisere mit Hilfe prosperierender Regionen allmählich zu überwinden, scheint nicht in Sicht.

Seitens der Zentralregierung wird es darum gehen, ein Steuersystem zu schaffen, das einfach und glaubwürdig ist. Dafür bedarf es dann einer entsprechenden Verwaltung, die das effizient umzusetzen in der Lage ist. Hinzu kommen müssen gesetzliche und institutionelle Rahmenbedingungen für ein soziales Netz, ohne das keine Wirtschaftsreformen möglich sind, die transparente Fungibilität von Grund und Boden, ein funktionsfähiges Bankensystem und vieles andere mehr. Alle diese Dinge sind aber ohne entsprechende gesellschaftliche Wertvorstellungen, die in einem offenen demokratischen Prozess gewonnen werden, nur schwer denkbar.

Deshalb sehe ich als Zukunftsperspektive eher eine Fortsetzung dessen, was zurzeit stattfindet: In der Zentrale und in den Regionen wird ein pragmatischer Middle-of-the-road Kurs gefahren, der mit vielen Kompromissen operiert, wobei sich ein ineffizientes System mehr und mehr verfestigt. Bei aller Hoffnung auf die nachwachsende Generation wächst die Zahl ausländischer Beobachter, die meinen, dieses muddling through werde ein spezifisch russisches Phänomen, mit dem wir längerfristig leben müssen. Die Zukunft wird zeigen, ob die wachsende Zahl von sozial Deprivierten und die gleichzeitige Zunahme von Nutznießern dieser Entwicklung nicht zu Spannungen führen, die sich eines Tages entladen.

Wir brauchen also in Russland das Signal eines neuen Aufbruchs. Dafür müssen essenzielle Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft eingeleitet werden. Das würde auch die Rolle Russlands in der Welt stärken.

Hans-Dietrich Genscher, der langjährige deutsche Außenminister, hat vor kurzem der Regierung Schröder ins Stammbuch geschrieben, dass Deutschland seine verantwortliche Rolle in der Europäischen Union nicht ausfüllen könne, wenn nicht im eigenen Lande die notwendigen Wirtschaftsreformen auf den Weg gebracht werden. Diese Aussage gilt in einem noch weit größeren Maße für die internationale Rolle Russlands.

Meyer-Landrut

Nach dieser sachlich-kritischen Analyse von außen bitte ich jetzt Andrej Kokoschin, uns aus russischer Sicht eine Einschätzung der wirtschaftlichen Situation seines Landes zu geben.

Kokoschin

Im Rahmen der Aktivitäten der jungen politischen Bewegung "Vaterland" haben wir bereits eine fundierte und den aktuellen Gegebenheiten angepasste Politik der sozial-ökonomischen Entwicklung in Verbindung mit einem konkreten Kurs auf wirtschaftlichem Gebiet ausgearbeitet. Unser Wirtschaftsprogramm zeichnet sich durch eine nüchterne Einschätzung des Potenzials aus, das wir zur Zeit der Sowjetunion hatten, und trägt dem Rechnung, was in der ersten Reformperiode vor sich ging, als radikale Reformmodelle ihre Wirkung taten.

Wir gehen davon aus, dass die Einführung einer modernen Marktwirtschaft für Russland, für unsere Gesellschaft und für den ganzen Staat objektiv notwendig ist, ebenso wie die Demokratisierung auf politischer Ebene. Allerdings sind wir der Ansicht, dass in der vorangegangenen Periode bei der Umgestaltung unserer Wirtschaft, unseres politischen Systems und des Staatswesens schwerwiegende Fehler, auch Systemfehler, begangen worden sind.

Herr Cartellieri hat zu Recht daraufhingewiesen, dass eines der Probleme der russischen Wirtschaft ihre übermäßige Konzentration auf den Rohstoffsektor ist. Dies hat sich nach dem Zerfall der Sowjetunion beträchtlich verschärft. Dabei sind wir dieses Problem schon in den 80er-Jahren aktiv angegangen, indem wir unsere Staats- und Parteiführung darauf hingewiesen haben, dass die einseitige Ausrichtung des Exports auf die Ressourcen und auf die Rohstoffe allgemein in der sowjetischen Wirtschaft ohne Grund überproportional zugenommen habe.

Nach der Durchführung der Reformen und der Schocktherapie des Jahres 1992 hat die Bedeutung der Rohstoffe in unserer Wirtschaft aber noch weiter zugenommen, was eine ganze Reihe von Problemen mit sich bringt. Zum einen ist der Handel mit Rohstoffen weitaus weniger effektiv, wenn es darum geht, an der internationalen Arbeitsteilung mitzuwirken. Die Folge ist, dass unserer Wirtschaft erhebliche Mittel verloren gehen. Denn durch die Rohstoffe allein - selbst wenn man über 30 Prozent der Weltreserven verfügt kann man keinen nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung erreichen. Prognosen zufolge wird sich der Rohstoffverbrauch bis 2015 verdoppeln, und wir hinken bereits heute, was das Bruttosozialprodukt pro Kopf angeht, hinter den Industrieländern um das Zehnfache hinterher.

Gleichzeitig findet eine zunehmende Zerstörung verschiedener wichtiger Industriezweige statt, von denen zwar viele nicht den Weltstandards entsprachen, die aber zumindest den Bedürfnissen des Binnenmarktes nachkamen. In zahlreichen Marktsegmenten hatten sie sogar gute Chancen, die Konkurrenzpositionen zu verbessern.

Noch negativer hat sich ausgewirkt, dass auch ein großer Teil unserer Hochtechnologieindustrie und Wissenschaft heruntergekommen ist, die, gemessen an dem höchsten Weltstandard durchaus konkurrenzfähig waren. Deshalb besteht eine der wichtigsten Aufgaben bei der Entwicklung unserer Wirtschaft darin, in absehbarer Zukunft wissenschaftlich-technische Prioritäten zu setzen. Das heißt, wir bemühen uns, unsere Wirtschaftspolitik äußerst nüchtern neu zu gestalten. Auf diesem Wege versprechen wir keine schnellen Erfolge, weder in einem Jahr noch in 500 Tagen, wie es früher verschiedene politische Parteien und Bewegungen getan haben. Wir können lediglich zusagen, dass es Jahr für Jahr gewisse Verbesserungen geben wird und dass wir die Ziele, die wir anstreben, längerfristig immer besser verwirklichen werden.

Was wir erreichen wollen, ist, in den nächsten 10 bis 12 Jahren wesentliche Veränderungen unserer Wirtschaftsstruktur durchzuführen und dabei auch unsere Exportstruktur zu verbessern, die stärker die verarbeitenden Wirtschaftszweige, den Maschinenbau und den Hightechbereich berücksichtigt. Das ist auch sehr im Sinne unserer Kreditgeber, vor allem der Deutschen Bank, die einer unserer wichtigsten Gläubiger ist. Je mehr sich unsere Exportstruktur verbessert und die Ausfuhrerträge erhöhen sowie unsere Zahlungsbilanz konsolidiert und der Staatshaushalt saniert wird, desto rascher können wir mit den internationalen Finanzorganisationen und den ausländischen Finanzinstituten zusammenarbeiten. Denn ohne umfangreiche ausländische Investitionen und ohne neue Kredite kann sich die russische Wirtschaft nicht in dem Tempo entwickeln, wie es notwendig ist.

Wir können davon ausgehen, dass Russland in einer ganzen Reihe wichtiger Bereiche der Hochtechnologie Wettbewerbsvorteile hat. Diese Bereiche sind relativ einfach auszumachen. Ich und meine Kollegen im Sicherheitsrat und zuvor schon im Verteidigungsministerium erhielten umfangreiche Informationen darüber, auf welche Technologien die Industriekonzerne der am höchsten entwickelten Staaten auf dem Territorium Russlands Jagd machten. Eine genaue Analyse wies 700

bis 800 Fälle auf, bei denen man legal oder illegal in den Besitz dieser Technologien gelangen wollte. Das ließ hinreichend deutlich werden, wo Russland gegenüber führenden westlichen Firmen konkurrenzfähig war.

Ich nenne einige dieser Bereiche. Da ist zum einen die Raketen- und Raumfahrttechnik. Bei den Trägerraketen für kommerzielle Satelliten sind wir, was die Zahlen angeht, weltweit führend - trotz der enormen Anstrengungen, die im Rahmen der Ariane-Space-Mission und amerikanischer Programme unternommen werden. Seinerzeit haben wir nämlich im Hinblick auf unsere Konstruktionen, Technologien und die Organisation des Produktionsprozesses Lösungen gefunden, die uns noch heute erhebliche Wettbewerbsvorteile sichern.

Ein anderer Bereich der Hochtechnologie, in dem Russland zweifellos führend ist, ist die Höchsthochfrequenzelektronik, die eine immer wichtigere Rolle in den Anwendungsbereichen spielt. Die nächste Generation der Hochgeschwindigkeits-Breitbandtelekommunikation wird auf vollkommen neuen Technologien beruhen. Es erübrigt sich zu sagen, welche Rolle der Telekommunikationsbereich heute spielt. Weiter sind die Lasertechnologien und eine ganze Reihe von Bio- und Gentechnologien zu erwähnen. Vor allem möchte ich aber den Produktionsbereich für EDV-Programmnetze in der Telekommunikation hervorheben. Angewandte und Grundlagenmathematik genießen bei uns zu Recht einen weltweiten Ruf. Ich selbst weiß, dass unsere besten Mathematiker von ausländischen Firmen zu sehr wichtigen Aufgaben herangezogen werden. Das sind beileibe keine Einzelfälle.

Auf der anderen Seite verfügt Russland bisher über keine eigene Industrie für Softwareprogramme, was in der Tat ein großer Nachteil ist. Unser Staat hat, im Gegensatz etwa zu Indien, nichts in dieser Richtung unternommen. Deshalb sind wir in unserer politischen Bewegung der Meinung, der Staat müsse einen erheblichen Beitrag zur Gründung starker russischer Unternehmen leisten, die auf diesen wichtigen Gebieten aktiv werden sollen, um in den Bereichen der Hochtechnologie auf dem Weltmarkt vor allem Kooperationen mit westlichen Firmen einzugehen.

Was uns besonders zu schaffen macht, ist, dass ein Großteil unserer Industrie um das nackte Überleben kämpft. Für viele Produktionsbereiche fehlt einfach der Binnenmarkt. Deshalb müssen wir nicht nur unsere Exportstruktur verändern, sondern auch die Struktur der Zahlungsbilanz verbessern und dafür sorgen, dass das Exportvolumen insgesamt ausgeweitet wird. Aber wir sind kein südostasiatisches Land und können unsere Strategie nicht ausschließlich auf die Entwicklung des Exportpotenzials ausrichten. Das heißt aber nicht, dass wir uns wirtschaftlich abschotten wollen und für einen vollkommenen Schutz der einheimischen Produzenten durch protektionistische Maßnahmen eintreten. Der Binnenmarkt soll vor allem durch direkte in- und ausländische Investitionen entwickelt werden, und zwar durch die Entwicklung von Produktionsbereichen, in denen auch ausländische Unternehmen aktiv sind.

Ich bin in letzter Zeit viel in die russischen Regionen gereist und erst gestern aus Kirow zurückgekehrt, wo ein sehr interessantes großes Industriezentrum besteht, in dem auch Hochtechnologien angesiedelt sind. Ich habe in diesem Jahr zehn unserer größten Industriegebiete besucht, wo staatliche und private Unternehmen intensiv tätig sind. Mein Eindruck ist, dass viele unserer Unternehmer und Industriellen den Zufluss von ausländischem Kapital in Form von Direktinvestitionen nach Russland begrüßen. Denn sie haben begriffen, dass dies nicht in erster Linie eine unerfreuliche Konkurrenz für sie bedeutet, sondern dadurch das technologische Niveau im Umfeld insgesamt günstig beeinflusst wird und dies auch ein neues Managementniveau mit sich bringt. Denn eine der Schwachstellen in unserer heutigen Wirtschaft ist, dass es überall an qualifizierten Managern fehlt sowohl im Top- wie auch im Mittelmanagement.

Von daher ist es durchaus positiv zu bewerten, dass sich ausländische Firmen bei uns ansiedeln, die hier Arbeitsplätze schaffen, den Binnenmarkt versorgen und zugleich unsere eigenen Firmen stimulieren, moderne Technologien einzuführen. Die Politik von "Vaterland" zielt somit auf die Schaffung von Investitionsanreizen für ausländische Firmen ab, damit sich hier vor allem eine auf dem Weltmarkt konkurrenzfähige hochwissenschaftliche Produktion entwickeln kann.

Seit Beginn dieses Jahres sind in unserer Wirtschaft ermutigende Anzeichen festzustellen. Nach Schätzungen wird in diesem Jahr ein Wachstum der Industrieproduktion in der Russischen Föderation von etwa zehn Prozent erwartet. Analog verhält es sich in den Industrieregionen. Im Kirower Gebiet beispielsweise sind es 10 Prozent; in Perm beträgt das Wachstum 15 bis 16 Prozent, in Moskau etwa genauso viel. Aber dieses Wachstum kann wieder zum Stillstand kommen, da es nicht zuletzt durch die erhebliche Abwertung des Rubels, die rapide Abnahme der Importe und das Anwachsen der Importsubstitution bedingt ist. Es kann sich aber nicht auf ausreichende Investitionen und finanzielle Ressourcen stützen.

Unser Bankensystem befindet sich in einem traurigen Zustand. Es hatte es auch zuvor schon nicht eilig, Mittel in die Industrie zu investieren, sondern zog es vor, auf den Finanzmärkten für kurzfristige staatliche Schuldverschreibungen zu spekulieren. Nach der Krise vom 17. August 1998 wurde das Bankensystem nicht voll restrukturiert und funktioniert nicht so, wie es nötig wäre, obwohl es sogar über gewisse eigene Ressourcen verfügt.

Heute basiert das Wachstum großenteils auf den eigenen finanziellen Ressourcen der Unternehmen, die aber mit einem niedrigen Niveau der zahlungsfähigen Verbrauchernachfrage konfrontiert sind. In dem Jahr nach der Krise haben sich Einkünfte der Wirtschaft um das Zweieinhalbfache erhöht, während die Löhne und Gehälter nur um das Anderthalbfache gestiegen sind. Das heißt, das Wachstum der Löhne und Gehälter hinkt hinter dem Wachstum der russischen Wirtschaft erheblich hinterher. Aber auch vor der Augustkrise war das Einkommensniveau unverhältnismäßig niedrig. Dazu haben vor allem die Maßnahmen beigetragen, die das Anwachsen der Geldmenge in unserer Wirtschaft begrenzen sollten - entsprechend den Empfehlungen des Weltwährungsfonds und den von ihm angesetzten Daumenschrauben. Zudem wurde der Anstieg der Einkommen durch das völlig ineffektive Steuersystem gebremst, durch die sehr hohen Abgaben aus dem Einkommensfonds in verschiedene soziale Fonds, wie die Renten-, Sozialversicherungs- und Krankenkassen und anderes mehr.

Wenn wir jetzt nicht dafür sorgen, dass sich die Einkommen und Renten erhöhen, kann das Produktionswachstum unserer Wirtschaft sehr schnell wieder zum Erliegen kommen. Zudem hängt die russische Wirtschaft heute in vielerlei Hinsicht von den Weltmarktpreisen für Energieträger ab. Sollten die Ölpreise im Jahre 2000 stark fallen, könnte die russische Wirtschaft von einer weiteren, noch schwerwiegenden Krise heimgesucht werden. Dann nämlich könnten die Hoffnungen derjenigen Produzenten, die nach dem Schock vom 17. August 1998 wieder auf die Beine gekommen sind und mit ungeheuren Anstrengungen erneut für Wachstum und Belebung auf dem Binnenmarkt und im Exportgeschäft gesorgt haben, endgültig begraben werden. Deshalb ist für unsere Wirtschaft heute der Anstieg der Verbrauchernachfrage eine der vordringlichsten Aufgaben, und zwar sowohl durch eine Erhöhung des Einkommensniveaus als auch durch die Weiterentwicklung des Verbrauchercredits. Größte Aufmerksamkeit lassen wir auch der Entwicklung des Hypothekenkredits zukommen. Moskau spielt dabei eine Vorreiterrolle; aber dieses System müsste auf das ganze Land erweitert werden.

Was wir unbedingt für nötig halten, ist eine radikale Änderung des bestehenden Steuersystems, das heute fiskalisch ungeheuer repressiv wirkt. Zu Beginn dieses Jahres haben die Empfehlungen des IWF die Maßnahmen der Regierung Primakow zur Veränderung des Steuersystems weitgehend blockiert. Das Gesamtvolumen der Steuereinnahmen sollte 35 Prozent des Bruttosozialprodukts nicht überschreiten, wie es lange Zeit nach dem Krieg in Deutschland und Japan der Fall war.

Auch das Steuerniveau ist eindeutig zu hoch und drängt einen großen Teil unserer Wirtschaft in den Schattenbereich ab. Das heißt, es muss unser Hauptanliegen bei der Veränderung des Steuersystems sein, die Basis zu erweitern und jene Teile der Wirtschaft, die inzwischen in den Schattenbereich abgewandert sind - das sind schätzungsweise bis zu 40 Prozent - wieder in den normalen Wirtschaftskreislauf zurückzuführen. Entsprechend muss unser Steuersystem einfacher, verständlicher und transparenter werden, auch für ausländische Investoren. Vor allem müssen jegliche außergesetzlichen Willkürakte aufhören, die heute das ohnehin unüberschaubare System verzerren, wenn zum Beispiel Gesetze durch Sonderinstruktionen des Finanzministeriums oder des Ministeriums für Steuerfragen außer Kraft gesetzt werden. Sich in diesen Instruktionen zurechtzufinden, ist nur für hochgradig geschultes Personal möglich; aber daran fehlt es etwa neun Zehnteln unserer Firmen.

Ein weiterer überaus wichtiger Punkt ist die Veränderung unserer Zoll- und Tarifpolitik. Wir haben heute praktisch keine einheitlichen Richtlinien für Zolltarife. Die Folge sind mitunter wahrlich groteske Erscheinungen. Da werden beispielsweise Produktionsausstattungen, die zur Schaffung von Arbeitsplätzen in unserem Lande sowie zur Ankurbelung der Inlandsproduktion unter anderem vonseiten ausländischer Firmen dringend benötigt werden, mit derart hohen Zöllen belegt, dass in vielen Fällen die Produktion geradezu verhindert wird. Russland braucht eine ausgewogene Zoll- und Tarifpolitik, um den Import von Ausrüstungen zur Schaffung neuer Produktions- und Arbeitsplätze im Inland zu stimulieren. Es ist notwendig, das Instrument der Zölle nicht nur zu fiskalischen Zwecken zu nutzen - was heute der Fall ist; -, sondern auch für einen gemäßigten Protektionismus sowie zu Regulierungszwecken. Das würde sich zweifellos vorteilhaft auf die russische Wirtschaft auswirken.

Wenn es uns gelingt, dieses blutsaugerische System staatlicher Geldschröpfung, unter dem unsere Produzenten leiden, zu vereinfachen, zu verbessern und verständlicher zu machen, dann bin ich

sicher, dass wir auch die Voraussetzungen für ein anhaltendes Wirtschaftswachstum schaffen werden. Zudem müssen wir uns von der gesetzlich verankerten staatlichen Erpressung befreien, von den Schikanen der mehr als zwölf Staatsorgane, deren Palette von der Brandschutzbehörde bis zum Umweltschutzamt reicht. Daran sind auch unsere Produzenten nachhaltig interessiert.

Nach Berechnungen von Wirtschaftsexperten der Russischen Akademie der Wissenschaften könnten wir in den kommenden zwei Jahren eine Steigerung des Bruttosozialprodukts um zehn bis zwölf Prozent schon allein durch eine ganze Reihe von Industrie- und Dienstleistungszweigen, die bereits in diesem Jahre ihre Wachstumsfähigkeit unter Beweis gestellt haben, erreichen. Dazu gehören die Lebensmittelproduktion, die Produktion von Haushaltstechnik und Gebrauchsgüter; außerdem der Wohnungsbau, zum Teil auch die Leichtindustrie. Des Weiteren kann man den Straßenbau auf föderaler und regionaler Ebene dazurechnen. Diese Bereiche könnten erste Impulse auslösen und dazu beitragen, dass wir mit einem Ruck aus der Dauerkrise herauskommen, in der sich unsere Wirtschaft schon seit Jahren befindet. Diese Branchen werden dazu beitragen, gewisse finanzielle Ressourcen zu schaffen, die für Investitionen in die Wirtschaft dienen können. Wenn die Inlandsinvestitionen erst einmal greifen, werden auch die ausländischen Investoren nicht lange auf sich warten lassen. Dadurch würde eine Wachstumsdynamik ausgelöst werden, die weitere ausländische Investoren anzieht.

Diese strategische Aufgabe steht also in den nächsten zwei Jahren vor uns. Für die Zeit danach hoffen wir auf umfangreichere strukturelle Veränderungen, auf die Einführung einer Vielzahl von Energie sparenden Technologien in allen Bereichen unserer Industrie und auf einen Boom bei den Hochtechnologien, die ich erwähnt habe. An erster Stelle stehen die Bereiche der Telekommunikation, der Informationstechnik und der Biotechnologie. Dafür sind in unserem Lande das wissenschaftliche und technische Know-how als Grundlage vorhanden.

Das sind die Grundzüge unserer lang- und mittelfristig angelegten Politik im Bereich der Wirtschaft, auf die die Bewegung "Vaterland" und unser Wahlblock "Vaterland - Ganz Russland" setzen. Wir sind davon überzeugt, dass wir eine Fraktion in der Staatsduma haben werden. Das würde es uns ermöglichen, die vorgenannten Programmpunkte in die Tat umzusetzen und eine Regierung zu bilden, die eng mit dem neuen Parlament zusammenarbeitet und sich auf eine entsprechende Parlamentsmehrheit stützen sowie eine stabile, handlungsfähige Staatsmacht bilden würde. Anschließend werden wir dann einen Präsidenten wählen, der sich seinerseits auf eine parlamentarische Mehrheit stützen kann, was zu einer grundlegenden Veränderung des gesamten Machtsystems in unserem Lande führen wird.

Meyer-Landrut

Ich denke, mit diesen beiden Einführungsreferaten haben wir eine breite Basis für die Diskussion gewonnen.

Bush

Mit der Analyse von Herrn Cartellieri über die derzeitige wirtschaftliche Lage stimme ich überein. Ich konzentriere mich daher auf die Aussichten des künftigen Wirtschaftswachstums in der Russischen Föderation. Vor kurzem hat uns Gregory Jawlinski besucht und seine bemerkenswerteste Aussage lautete: "Jeder, der versucht vorherzusagen, was demnächst in Russland geschehen wird, ist ein Idiot." Deshalb bin ich etwas vorsichtig, möchte aber trotzdem einige Fakten und Zahlen nennen.

Meine Hauptthese ist, dass der Kapitalmangel das russische Wirtschaftswachstum auf absehbare Zeit beschränken wird. Das Bruttosozialprodukt (BIP) in der Sowjetischen Russischen Föderation und seit 1989 in der Russischen Föderation ist Jahr für Jahr zurückgegangen. Gegenwärtig beträgt es ungefähr 55 Prozent im Vergleich zu 1989. Das ist gar nicht so schlecht, wenn man bedenkt, dass 1989 ein Großteil des BIP in den militärisch-industriellen Komplex geflossen ist. Der Anteil für Verteidigung betrug damals zwanzig Prozent des BIP, was heute nicht mehr der Fall ist. Ein großer Teil des BIP ging auch in die Produktion von Werkzeugen, um damit weitere Werkzeuge herzustellen. Der Schwerindustrie wurde zu viel Gewicht beigemessen.

Neue Kapitalinvestitionen werden in diesem Jahr nur noch ein Fünftel des Wertes von 1991 betragen. Ich bin in diesem Punkt etwas anderer Auffassung als Herr Cartellieri. Der Rückgang hat sich in den letzten zwei Jahren nicht beschleunigt. Er bewegt sich stetig bei rund fünf bis sieben Prozent pro Jahr seit 1992, als die Kapitalinvestitionen jäh zurückgingen. Die russische Regierung rechnet in diesem Jahr mit einem BIP in Höhe von 4,250 Billionen Rubel. Das entspricht bei einem offiziellen Wechselkurs von derzeit etwa 25,7 Rubel pro Dollar ungefähr 165 Milliarden Dollar. Das sind weniger

als zwei Prozent des US-Sozialprodukts, das 1998 bei 8,5 Billionen Dollar lag. Nach Angaben der Weltbank entspricht das einer Kaufkraft von 630 Milliarden Dollar.

Jedem Besucher Moskaus oder irgendeiner anderen russischen Stadt wird klar, dass ein Großteil der Wirtschaftsaktivitäten nicht offiziell erfasst ist (und an der Steuer vorbeigeht). Die offizielle russische Statistik, Goskomstat, weiß um diese grauen oder schwarzen Märkte oder diese Schattenwirtschaft, deren Aktivitäten etwa 25 Prozent des Wertes der offiziellen Wirtschaft ausmachen. Andere Schätzungen belaufen sich sogar auf 50 Prozent. Auch wenn man die Wirtschaft in dieser Größenordnung unterbewertet, ist es eine Tatsache, dass bis zu 70 Prozent der Transaktionen in Form des Barterhandels durchgeführt werden, der generell überbewertet wird. Das heißt, wir haben es hier mit einer Wirtschaft zu tun etwa in der Größenordnung von Spanien.

Es wurde das Problem der Kapitalflucht erwähnt. Es wird geschätzt, dass es sich dabei um mehr als 140 Milliarden US-Dollar handelt - niemand weiß das so genau. Eine gewaltige Summe. Und dieses Fluchtkapital wird im Ausland bleiben, bis seine Eigentümer Vertrauen in das politische und wirtschaftliche System haben und sicher sind, dass ihre schwer verdienten Dollars in der Russischen Föderation sicher sind und produktiv angelegt werden können. Das wird jedoch nicht über Nacht geschehen.

Die russische Verarbeitungsindustrie stellt derzeit einen gigantischen Schrottplatz dar. Das Durchschnittsalter der Fabriken und Ausrüstungen liegt dreimal so hoch wie der OECD-Durchschnitt. Die einzigen konkurrenzfähigen russischen Produkte auf dem Weltmarkt sind militärisches Gerät, Raumfahrt- und Nukleartechnologien. Die einheimische Nachfrage nach solchen Produkten ist jedoch stark eingeschränkt, zum einen durch finanzielle Engpässe, zum anderen durch einen begrenzten Markt in Übersee. Nach Jahrzehnten der Vernachlässigung muss die Infrastruktur - Straßen, Eisenbahnen, Pipelines, Strom- und Wasserleitungen, Kanalisation - ebenfalls grunderneuert werden. Um diese veralteten Anlagen und Ausrüstungen zu modernisieren oder zu ersetzen und um die Infrastruktur zu erneuern, werden hunderte von Milliarden Dollar benötigt.

Aber die einheimische Geldmenge M2 (Währungsumlauf, Sparkonten und Zeitkonten) im Juli 1999 betrug, wie berichtet wird, nur 583,2 Milliarden Rubel (22,7 Milliarden Dollar), während die geschätzten 30-50 Milliarden Dollar in harter Währung (jetzt größtenteils unter den Matratzen deponiert) nicht den inländischen Banken anvertraut werden, solange westliche Banken nicht gesicherten Zugang zum russischen Privatbankensystem erhalten und ausreichende Anreize vorhanden sind, sich darauf einzulassen. Der Großteil des Investitionskapitals muss deshalb von außen kommen in Form von ausländischen Direktinvestitionen (foreign direct investment - FDI).

Russland zieht gegenwärtig weniger als ein Prozent des Welt-FDI an. 1998 beliefen sich die Netto-FDIs in Russland auf ungefähr zwei Milliarden Dollar bei einer Gesamtsumme von 644 Milliarden Dollar (China erhielt mehr als 40 Milliarden Dollar). Die Gründe sind bekannt: Dazu gehören politische Instabilität, fehlende Regierungsfähigkeit, merkwürdige und total überhöhte Steuern, das Fehlen einer kommerziellen Infrastruktur, geringer Schutz von Eigentumsrechten, weit verbreitete Korruption und die verheerende Wirkung von organisierter Kriminalität. Um dieses negative Umfeld zu korrigieren, wird es mehrere Jahre brauchen. Aus diesem Grunde ist es unwahrscheinlich, dass sich die ausländischen Direktinvestitionen in die russischen Produktionskapazitäten kurzfristig erhöhen werden. (Die Aussichten für die Wachstumssektoren sind besser, nachdem man dort durch production-sharing agreements (PSAs) und eine entsprechende Gesetzgebung Fortschritte erzielt hat.

Da das inländische und ausländische Kapital in keiner Weise ausreichen, um die Erneuerung und Wiederherstellung des Verarbeitungssektors zu gewährleisten, versprach der frühere stellvertretende Ministerpräsident, Juri Masljudow, bis er im Mai 1999 gefeuert wurde, dass das staatliche Budget dafür eintreten werde. Aber der Bundeshaushalt für das Jahr 2000 sieht nur Gesamteinnahmen in Höhe von 24,7 Milliarden Dollar und Gesamtausgaben von 26,5 Milliarden Dollar vor. Nach der geplanten Steigerung der Verteidigungsausgaben müssen alle verfügbaren Staatsgelder in nächster Zukunft zunehmend dafür verwandt werden, die akute Verschlechterung des Gesundheitswesens und die Umweltzerstörung aufzuhalten sowie das Erziehungssystem wiederherzustellen, das vielleicht das größte positive Erbe aus der sowjetischen Ära gewesen ist.

Das für die grundlegende Wiederherstellung und Modernisierung der russischen Verarbeitungsindustrie und für die Infrastruktur benötigte Kapital ist nicht in Sicht. Mit ihren riesigen natürlichen Ressourcen und ihren gut ausgebildeten Arbeitskräften wird die russische Wirtschaft eines Tages sicher einen Boom erleben und ein Wunder, wie es von vielen informierten Beobachtern prophezeit wird. Aber das wird nicht so bald geschehen.

Ich vertrete hier eine eher konservative Richtung der Politik. Was wir bisher an grundlegenden Beiträgen gehört haben, trägt sicher zum besseren Verständnis der Situation bei, auch wenn die Prognosen über die Zukunft in Europa und Russland zum Teil erheblich voneinander abweichen. Das ist sicher nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass wir die Herausforderungen, die sich zehn Jahre nach dem Ende des so genannten Kalten Krieges stellen, sehr verschieden beurteilen.

Ich bin der Ansicht, es ist heute genauso wichtig, dass Russland und Europa zu einer Übereinkunft gelangen, wobei eine Lösung nicht weniger schwierig erscheint als vor zehn Jahren. Aber diese Problematik ist auf eine andere Ebene gerückt worden. Zu Zeiten der Sowjetunion richtete sich das Übereinkommen zwischen beiden Seiten angesichts der Gegensätze zwischen Kapitalismus und Sozialismus allein nach den politischen Gegebenheiten. Heute dagegen sind es in erster Linie wirtschaftliche Fragen, die unsere Beziehungen bestimmen.

Bei aller Zustimmung zu dem, was Herr Kokoschin über die heutige Wirtschaftslage in Russland und ihre Zukunftsaussichten gesagt hat, möchte ich behaupten, dass nach dem Scheitern der Perestrojka in der Sowjetunion die Wunschträume und Illusionen, die die Politiker in ganz Europa gehegt hatten, inzwischen von zwei grundverschiedenen Weltansichten abgelöst wurden. Die russische Wirtschaft ist heute weitgehend zu einer virtuellen Realität geworden, die sich nur schwer auf die Wirtschaft Europas übersetzen lässt. Die Folge ist, dass über das, was in den letzten Jahren passiert ist, erhebliche Missverständnisse bestehen.

Die Feststellung beispielsweise, dass bei uns in weiten Bereichen der Industrie ein Aufschwung stattgefunden hat - was ja auch zutrifft;- , verkennt, dass viele Unternehmen für den Staat und das soziale Umfeld gar nicht existieren, weil 40 Prozent des Bruttosozialprodukts in der Schattenwirtschaft angesiedelt sind und deshalb nicht berücksichtigt werden, wenn wir die tatsächlichen Vorgänge in der russischen Gesellschaft erfassen wollen. Das heißt, auch in Russland selbst sprechen wir völlig verschiedene Sprachen; umso mehr gilt das für unsere Partner in Europa. So wird es immer schwieriger, in Russland legales und illegales Kapital auseinander zu halten. Russland ist heute von einem Netz dieser Schattenwirtschaft umgarnt, das in erster Linie dazu dient, die vorhandenen Finanz- und Rohstoffreserven mittels diverser Außenhandelstransaktionen außer Landes zu schaffen.

Die Zahlen über die Kapitalausfuhr aus Russland, die immer wieder genannt werden, beruhen sämtlich auf Schätzungen. Jenseits des Atlantiks kommt man erst jetzt an realistischere Zahlen heran. Ich denke etwa an die Untersuchung bei der Bank of New York und in vergleichbaren anderen Fällen, wo es um Bankkonten von höchsten russischen Politikern geht. Tatsache ist jedoch, dass die jährliche zumeist illegale Kapitalausfuhr aus Russland zwischen 15 und 30 Milliarden US-Dollar schwankt. Dabei ist Russland auch heute noch Gläubiger vieler entwickelter Industriestaaten. Was sich hier zeigt, ist das Entstehen eines neuen Eisernen Vorhangs, der gegen Ende dieses Jahrhunderts wiederum eine Teilung Europas nach sich ziehen kann.

Ich habe bereits auf einem früheren Bergedorfer Gesprächskreis 1996 in Moskau darauf hingewiesen, dass es nicht das Verschulden Russlands war, wenn die Vereinigung Europas leider nicht zustande gekommen ist. Russland hat aufrichtig daran geglaubt - und lebt immer noch in dieser Illusion;- , dass ein vereintes Europa erreichbar ist, und zwar trotz der NATO-Osterweiterung, die, wie wir meinen, entscheidend dafür verantwortlich ist, dass die Einheit Europas nicht mehr auf der Tagesordnung steht und trotz der Zurschaustellung der neuen Weltordnung in Jugoslawien, wo die NATO-Streitkräfte die Völkerrechtsnormen und die Menschenrechte völlig außer Acht gelassen haben. Im Grunde hat die NATO den Vereinten Nationen den Todesstoß versetzt.

Ich meine aber, dass wir uns über den wichtigsten Punkt klar werden müssen: Was passiert in den wesentlichen politischen Prozessen in Russland, und gelingt es uns, die Wirtschaftslage zu verbessern, um aus dem virtuellen Teufelskreis herauszukommen?

Die russische Wirtschaft unterscheidet sich heute grundlegend von derjenigen in der UdSSR. Es ist eine echte Marktwirtschaft, die auf Privateigentum basiert, auch wenn sie in vieler Hinsicht kriminelle, mafiose Gesichtszüge trägt. Die Kolchosen aus der Ära der Sowjetunion haben sich in Aktiengesellschaften umgewandelt, die Chancen haben, mit Partnern im Westen eine gedeihliche Zusammenarbeit einzugehen.

Aber die virtuelle Realität in der Wirtschaft hat auch zu einer virtuellen Realität in der Politik geführt. Bestes Beispiel dafür ist das Entstehen des Wahlblocks "Vaterland - Ganz Russland". Hier haben sich Politiker zusammengesetzt, die jahrelang für den Zentralstaat eingetreten sind, wie beispielsweise Andrej Kokoschin. Jetzt gehen sie ein Bündnis mit allen Separatisten ein - also dem Block "Ganz Russland", deren Führer mit dem Gedanken spielen, Russland in eine Konföderation umzuwandeln. Bei allem Respekt vor den Vertretern von "Vaterland" kann ich überhaupt nicht verstehen, wie sich

dieser Block noch Siegeschancen bei den Parlamentswahlen in Russland ausrechnet. Das ist Ausdruck eben jener virtuellen Realität, in der die russische Gesellschaft heute lebt.

Was wir unbedingt brauchen, ist eine Gesundung der Gesellschaft, um dem gesunden Menschenverstand wieder eine Chance zu geben, damit unsere Beziehungen zu Europa nicht in einen Konfrontationskurs münden - obwohl Europa Schritte unternimmt, die keineswegs dem Frieden dienen und die bei uns reale Ängste hervorrufen. Wir haben genügend eigene Probleme in Asien und sind keineswegs daran interessiert, nun auch noch von unserer Seite den Eisernen Vorhang nach Westen neu zu errichten.

Die konservative politische Vereinigung "Russische Gesamtvölkische Union", deren Vorsitzender ich bin, ist weder kommunistisch noch gar radikalliberal orientiert. Wir haben die Hoffnung, dass es gelingt, in der russischen Wirtschaft die Weichen so zu stellen, um die Überbleibsel der sowjetischen Ideologie und die Rudimente der sowjetischen Gesellschaft abzulösen und eine zukunftsfähige Gesellschaft für das nächste Jahrhundert zu schaffen. Dabei zählen wir auf partnerschaftliche Beziehungen, lehnen aber die Diktate und die Zwangsjacke des IWF ab.

Herr Kokoschin sieht darin völlig zu Recht eine der Hauptursachen für die Ablösung der Regierung Primakow. Denn eben diese Direktiven von außen haben die Regierung daran gehindert, ihr enormes Potenzial auszuspielen. Daran sind die Pragmatiker in der russischen Exekutive letztlich gescheitert. Stattdessen wurde der surrealistischen Vorstellung neue Nahrung gegeben, dass in Russland in Zukunft eine Handvoll Leute nach Gutdünken sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft schalten und walten können.

Ich sehe jedenfalls in Russland keine ernst zu nehmende politische Organisation, die etwas gegen eine Partnerschaft mit Europa oder gegen gemeinsame Investitionsprojekte einzuwenden hätte. Worauf wir in dieser Situation rechnen, ist jedoch, dass wir im Westen für unsere Haltung und für unsere Probleme Verständnis finden. In diesem Sinne sind wir bereit, auch alle anderen gesamteuropäischen Fragen solidarisch anzugehen.

von Studnitz

Es überrascht sicher nicht, dass beide Referenten von unterschiedlichen Perspektiven ausgehen. Während Herr Cartellieri meint, dass sich Russland aus der Weltwirtschaft eher desintegriert als in dieselbe integriert, versuchte Herr Kokoschin zu zeigen, wo Ansätze für eine eigenständige russische Entwicklung liegen könnten.

Die Frage, der ich nachgehen möchte, betrifft die mögliche Partnerschaft zwischen Russland und Europa. Ich denke, in unserem Tagungsthema heißt es nicht von ungefähr: Russland in Europa. Und wenn im Untertitel von politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen die Rede ist, dann bedeutet dies, dass davon beide Seiten herausgefordert sind. Die Bezeichnung Partnerschaft verweist ja immer auch auf ein wechselseitiges Interesse aneinander, das sich nicht zuletzt auf sachliche Voraussetzungen stützt, die zum beiderseitigen Nutzen sind.

Nun haben besonders Herr Morosow und Herr Kokoschin daraufhingewiesen, die wirtschaftliche Rolle Russlands könne sich nicht darin erschöpfen, nur der Rohstofflieferant für Europa und die Welt zu sein. Diese Aussage deckt sich auch mit unseren eigenen Erfahrungen bei der europäischen Integration. Ein Höchstmaß an Partnerschaft ist dort entstanden, wo Volkswirtschaften einen vergleichbaren Entwicklungsstand haben. Deutschland beispielsweise hat den größten Warenaustausch mit Frankreich und den Niederlanden, deren Ökonomien gleichermaßen hoch entwickelt sind.

Deshalb sehe ich die eigentliche Herausforderung für eine Partnerschaft zwischen Russland und Europa darin, wie sich auf russischer Seite vergleichbare Wirtschaftsverhältnisse schaffen lassen. Darauf habe ich bisher, seit ich mich mit Russland beschäftige, von niemandem eine Antwort erhalten.

Aber strebt Russland überhaupt eine Entwicklung an, die eine solche gleichwertige Partnerschaft ermöglicht? Seitens der Europäischen Union sind Russland in dieser Hinsicht weitreichende Angebote gemacht worden. Und wenn ich mir den Entwurf ansehe, der von russischer Seite für ein Antwortkonzept erarbeitet worden ist, dann scheint die russische Strategie darauf hinauszulaufen, den Europäern zu sagen - ich überspitze ein wenig: Verschaffen Sie uns die materiellen Möglichkeiten, damit wir wieder eine Großmacht werden können! Das ist aber keine Basis für eine gemeinsame auf Partnerschaft angelegte Strategie zwischen Europa und Russland. Das würde lediglich auf einen einseitigen Kapitaltransfer vom Westen nach Russland hinauslaufen, offenbar einzig zu dem Zweck, die russische Hegemonialmacht im eurasischen Raum neu zu etablieren.

Auf die auch in diesem Kreis gestellte Frage: Welche Rolle sieht Russland für sich in Europa und in der Welt? haben wir bisher keine Antwort erhalten. Ich habe darauf auch in der ganzen russischen Diskussion keine Antwort gesehen.

Es heißt immer mehr oder weniger apodiktisch: Russland ist Teil Europas. Das ist nicht viel mehr als eine Leerformel. Denn wir wissen, dass es ganz verschiedene Europas gibt: das westliche und südliche Europa; es gibt ein Mitteleuropa und ein östliches Europa. Und wenn es um das Europa in der Weltwirtschaft geht, dann ist stets das westliche Europa gemeint.

Max Weber hat seinerzeit vom so genannten protestantischen Arbeitsethos gesprochen, um damit eben jene Mentalität zu charakterisieren, die für die wirtschaftliche Entwicklung besonders günstig ist. Sie kennen aus der russischen Literatur den Oblomow als Gegenstück zu dem Deutschen Stolz, der charakterisiert wird als ein Mensch, dessen Leben sich im Wesentlichen in der Arbeit erschöpft. Was auf russischer Seite immer mit einem gewissen Unbehagen registriert wird, weil ein solcher Mensch nie zum richtigen Leben kommt.

Mit anderen Worten: Welche Einstellung dominiert heute in Russland? Wo ist die Elite, sind die Führungskräfte, die ihre vornehmste Aufgabe darin sehen, dem eigenen Lande zu dienen? Was wir feststellen, ist genau das Gegenteil, und die ungeheure Kapitalflucht aus diesem Lande ist ein Symptom dafür, dass so gut wie niemand hier an die Zukunft Russlands glaubt und sich etwa verpflichtet fühlen würde, sich für sein Land zu engagieren. Stattdessen heißt die Devise: Rette sich, wer kann! Diejenigen, die Geld haben, verbringen dies ins Ausland, weil es dort sicher ist und Zinsen bringt. Russland könnte auf das ausländische Kapital völlig verzichten, wenn es diese Kapitalflucht nicht gäbe.

Hier sehe ich die eigentliche Herausforderung, die sich in erster Linie für die Russen selbst stellt. Wenn darauf keine Antwort gefunden wird, wird sich Russland außerordentlich schwer tun, die Voraussetzungen für eine gleichgewichtige Partnerschaft zu schaffen. Es ist keineswegs naturgegeben, dass sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Russland und Europa russischerseits auf Rohstoff- und Energielieferungen beschränken. Aber das zu ändern, wird viel Zeit brauchen, wie Herr Kokoschin zu Recht sagte. Das ist ein Grund mehr, damit unverzüglich zu beginnen und diese Aufgabe anzupacken, um Schritt für Schritt voranzugehen. Deshalb ist auch die europäische Strategie, von der Herr Stüdemann gesprochen hat, langfristig angelegt. Wir wollen eine Partnerschaft, die Russland auf lange Sicht zu einem gleichwertigen Partner in Europa und in der Welt macht.

Kokoschin

Herr von Studnitz erwähnte die jedem Russen aus der Literatur bekannten Typen des russischen Oblomow und des deutschen Stolz. Aber seit den Zeiten von Gontscharow hat sich vieles verändert. Auch bei uns gibt es inzwischen den Stolz in vielfältigen Ausprägungen, nur trägt er jetzt die Namen Iwanow, Petrow oder Sidorow, die sich allerdings vor allem in bestimmten militärischen Sektoren hervorgetan haben. Überhaupt entspricht es in vieler Hinsicht der russischen Mentalität, hochkomplizierte technische Systeme zu entwickeln, die enormen intellektuellen Einsatz und kreativen Schöpfergeist verlangen aber, wie gesagt, vornehmlich auf militärischem Gebiet.

Ein seinerzeit bei uns sehr populärer Witz trifft die heutige Situation vielleicht besonders gut. Da lebt in den 50er-/60er-Jahren eine Arbeiterfamilie in ärmlichen Verhältnissen. Die Frau weiß, dass ihr Mann in einer Fabrik arbeitet, in der Eisenbetten produziert werden zumindest lautet so die offizielle Bezeichnung. Und eines Tages sagt die Frau zu ihrem Mann: "Hör mal, Iwan, dein Lohn ist so niedrig und alle lassen doch etwas aus der Fabrik mitgehen, könntest du nicht zumindest Stück für Stück die Teile eines Bettes für unsere Kleinste besorgen; das würde das Leben unserer Familie doch etwas erträglicher machen." Der Mann befolgt den Rat seiner Frau und trägt nach und nach die Einzelteile für das Bett zusammen. An einem Sonntag versucht er, es zusammenzubauen. Eine Stunde vergeht und noch eine. Voller Ungeduld klopft die Frau an die Tür und fragt, wann das Bettchen endlich fertig ist. Er antwortet ihr, sie möge sich noch ein wenig gedulden. Schließlich kommt er aus dem Zimmer und sagt: "Es tut mir Leid, Frau. Ich habe das Ding nun schon zum dritten Mal zusammengebaut, aber am Ende ist es kein Bett, sondern immer ein Maschinengewehr." Dahin kann es mit Russland wieder kommen. Wir bauen sehr gute Maschinengewehre, die ja auch gebraucht werden, aber nicht in solch riesigen Mengen, wie es in der Vergangenheit mitunter nötig war.

Vieles von dem, was der Westen in letzter Zeit getan hat - vor allem die Osterweiterung der NATO und die Ereignisse in Jugoslawien - haben unsere Beziehungen verschlechtert. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht war nicht alles gut durchdacht. Die Rezepte des IWF haben das hohe technische und kulturelle Entwicklungsniveau Russlands weitgehend ignoriert. Nicht zuletzt auf Druck vor allem der

amerikanischen Experten und der Fachleute des IWF haben wir viel zu früh die russische Wirtschaft geöffnet und uns zu schnell von allgemein üblichen Instrumenten der Devisenbewirtschaftung, die im Nachkriegseuropa immerhin noch 10 bis 20 Jahre Geltung hatten, verabschiedet. So haben wir uns sehr rasch auf die freie Konvertierbarkeit des Rubels eingelassen, während die D-Mark bis 1962 nicht völlig frei konvertierbar gewesen ist. Auch das englische Pfund war im Nachkriegseuropa sehr lange Zeit nicht frei konvertierbar.

Dabei war unsere Situation, was die marktwirtschaftlichen Institutionen angeht, sehr viel schlechter bestellt, als es in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg der Fall war. Doch unter dem Einfluss liberaler Ideen und unter dem Druck des IWF und anderer so genannter Wirtschaftsexperten öffneten wir unsere Wirtschaft und haben ein viel zu hohes Maß an Deregulierung zugelassen, was die Kapitalflucht aus Russland verursacht hat. Dabei wäre es sicher falsch, von der Geschäftswelt eine besondere Ethik im Sinne patriotischer Dienste für die Gesellschaft zu erwarten.

Man hat uns ja immerfort gesagt, dass die Wirtschaft im Grunde sehr einfach funktioniert: Wo die Möglichkeit besteht, Kapital gewinnbringend anzulegen, dorthin wird sich das Kapital von alleine begeben. Es wäre naiv, vom Kapital irgendwelchen Patriotismus zu verlangen. Deshalb flieht das Kapital aus Russland, und es wird auch weiterhin fliehen, weil alle Instrumente, die wir in Russland zur Währungsregulierung hätten anwenden können, zerstört wurden. Und als wir versuchten, Maßnahmen zur Währungsregulierung erneut einzuführen und die Währungsreserven - und sei es auch nur aus Export-Import-Geschäften - wieder zu erhöhen, hat der

Schomerus

Das Kernthema für die wirtschaftspolitische Diskussion lautet: Partnerschaft mit Russland oder Isolierung Russlands? Das entspricht auch dem Zielkatalog, den Herr Ischinger zu Beginn vorgelegt hat. Partnerschaft, sagte Herr Stüdemann, setzt Kompatibilität voraus. Das sollten wir im Auge behalten, wenn wir nach den Möglichkeiten wirtschaftlicher Kooperation fragen. Und diese Kompatibilität, darauf hat Herr Teltschik hingewiesen, definiert sich heute global.

Nun hat Herr Cartellieri unmissverständlich deutlich gemacht, dass wirtschaftliche Partnerschaft einer Reihe von Rahmenbedingungen bedarf, die nicht ökonomisch definiert, sondern gesellschaftlich, ethisch, kulturell bedingt sind. Des Weiteren haben Sie unterstrichen, dass der Westen zwar durchaus ein Eigeninteresse daran hat, Russland zu helfen, dass dies aber nur wirksam werden kann, wenn unser Unterstützungsangebot in der russischen Politik ein entsprechendes partnerschaftliches Widerlager findet.

Dazu gehört auch, dass man auf russischer Seite den nichtökonomischen Rahmenbedingungen, die für die Funktionsfähigkeit einer Marktwirtschaft entscheidend sind, größere Beachtung schenkt. Das sind Dinge wie Rechtssicherheit, der Schutz ausländischer Investitionen, denen gegenüber man auch von der ausgeprägten Xenophobie abrücken müsste. Des Weiteren sollte man erkennen, dass sich Wettbewerbsfähigkeit unter den Bedingungen der Globalisierung nicht nur technisch definieren lässt, wie man bei Herrn Kokoschin den Eindruck gewinnen konnte.

Zum Thema Kapitalflucht möchte ich nur daraufhinweisen, dass die Antwort darauf nicht der Aufbau von komplizierten Kontrollsystemen sein kann, sondern zu überlegen ist, welche Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, um das Kapital, das in Russland vorhanden ist, anzureizen, hier zu investieren und die ins Ausland abgeflossenen Gelder zu veranlassen zurückzukehren, weil sich Investitionen in Russland wieder lohnen.

Herr Sjuganow und Herr Modrow haben bedauert, dass das in den neuen Bundesländern in Deutschland vorhandene Potenzial an Kenntnis des Landes, der Sprache, der Mentalität, gewachsenen persönlichen Verbindungen und so weiter nicht genutzt wird, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu intensivieren. Das Unternehmen, das Herr Modrow in diesem Zusammenhang erwähnte, die Deutsche Waggonbau GmbH, kenne ich seit fast einem Jahrzehnt durch meine Tätigkeit im Aufsichtsrat. In diesem Unternehmen sind alle Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit mit Russland gegeben, die Sie angesprochen haben. Dennoch ist der Versuch, in Russland zu investieren, gescheitert, weil es auf russischer Seite an den notwendigen ökonomischen Rahmenbedingungen fehlte.

Was man in Russland erkennen muss, ist, dass es für Russland keinen Sonderweg in der Zusammenarbeit mit den westlichen Partnern gibt; dafür gelten die gleichen Bedingungen wie in der Zusammenarbeit mit anderen Weltregionen auch.

Was die Zukunft anbetrifft, Herr Cartellieri: Trotz Ihrer eindringlichen doch recht dunkel getönten Analyse gibt es eine ganze Reihe von Wirtschaftsakteuren, die an die wirtschaftliche Zukunft

Russlands glauben. Immerhin unterhalten nach wie vor - allen Krisen zum Trotz - mehr als ein tausend deutsche Unternehmen ständige Repräsentanzen in Russland und bringen damit zum Ausdruck, dass es vermutlich nicht mehrere Generationen dauern wird, um in Russland Ansätze einer funktionierenden Wirtschaft zu schaffen. Solche Kerne wirtschaftlicher Entwicklung gerade auch in den Regionen sollten wir nutzen wie das übrigens auch in den Aufbaujahren in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgreich der Fall gewesen ist.

Gusseinow

Ähnlich wie Andrej Kokoschin bin ich von den Ausführungen von Herrn von Studnitz ausgesprochen angetan und beschränke mich deshalb auf wenige Kommentare. Er hat zu Recht die negativen Auswirkungen der Kapitalflucht aus Russland in den Westen angesprochen. Die Zahlen schwanken zwischen 150 und 300 Milliarden US-Dollar. Unabhängig wie hoch die Summe tatsächlich ist, stelle ich mir die Frage: Wie ist eine Kapitalflucht in solchem Ausmaß überhaupt möglich, wenn daran nicht westliches Management und westliche Finanzinstitutionen beteiligt waren? Das soll kein Vorwurf sein. Mir geht es darum, dass von Kreisen wie diesem hier oder auch bei anderen deutsch-russischen Begegnungen daraufhingewirkt wird, dass gewisse moralisch-rechtliche Prinzipien gelten, die dazu beitragen, ein politisches Klima zu erzeugen, um solche Dinge vermeiden zu helfen.

Was die Eliten angeht, die Verantwortung für das Schicksal ihrer Völker tragen müssen, stimme ich Ihnen voll zu. Von einer russischen Politikerelite ist bei uns seit etwa sieben, acht Jahren die Rede, eine, wie ich es sehe, mehr formelle Bezeichnung, die das Wesen des Elitebegriffs nicht wirklich trifft. Denn wenn wir uns die Ergebnisse anschauen, kann man heute wohl kaum von einer russischen Politikerelite sprechen. Der Skandal um die Bank of New York, in den Teile der russischen Regierungskreise verwickelt sind, wird jedenfalls in unserem Lande von allen, die über einen gesunden Menschenverstand verfügen, einhellig verurteilt.

Wenn ich Berichte in den westlichen Medien verfolge und auch bestimmte Äußerungen von Staatsmännern, Politikwissenschaftlern oder Journalisten höre, dann sehe ich die Gefahr, dass man im Westen dabei ist, wieder ein Schreckensbild von Russland als einem von kriminellen Strukturen beherrschten Staat zu zeichnen. Das alles haben wir schon einmal gehabt. Ich brauche nur an das "Reich des Bösen" und andere Kampagnen zu erinnern. Für die kriminellen Machenschaften von einigen hundert oder auch tausend gewissenlosen Personen kann nicht das gesamte Land verantwortlich gemacht werden. Das ist unser Unglück, aber kein Anlass für neuen Hohn und Spott.

Neben objektiven und positiven Analysen des bisher Erreichten, war hier in einigen Beiträgen ein gewisser moralischer Unterton nicht zu überhören, der vielleicht darauf zurückzuführen ist, dass manche unserer europäischen Kollegen offenbar sehr schnelle Erfolge erwartet hatten - so nach dem Vorbild des Großen Sprungs, den Mao Zedong in China verordnet hatte - und meinten, Russland werde sich in die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Systeme Europas schnell integrieren. Das dürfte alles sehr viel schwieriger sein und wir müssen uns auf eine langfristige, konsequente Arbeit einstellen.

Wird sich Russland isolieren? Ich denke, viele russische Teilnehmer hier haben deutlich gemacht, die Lage bei uns hat sich inzwischen so weit entwickelt, dass Russland sich ernsthaft um eine Zusammenarbeit und Integration mit Europa bemüht.

Modrow

Die Wirtschaftsentwicklung ist gewiss die Kernfrage für die innere Stabilität Russlands. Und dabei geht es nicht in erster Linie darum, Herr von Studnitz: Wie können wir vom Westen aus Russland unterstützen? Vielmehr ist entscheidend, dass die Menschen hier wieder eine Perspektive bekommen und die sozialen Spannungen nicht zu gesellschaftlichen Erschütterungen führen. Daran sind wir alle gemeinsam interessiert.

Politik und Wirtschaft sind in Russland noch spezifischer miteinander verbunden als in anderen Ländern. Das wurde seitens der Bundesrepublik schon zu Gorbatschows Zeiten viel zu wenig beachtet. Eine Männerfreundschaft kann eben nicht die ganze Breite der politischen Strukturen abdecken. Die Duma- und die Präsidentenwahlen werden eine große Rolle spielen, wie in diesem Gespräch auf sehr unterschiedliche Weise von den russischen Kollegen aus den verschiedenen politischen Lagern zum Ausdruck kam.

Herr Cartellieri hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die wirtschaftliche Situation seit dem Ende der Sowjetunion vor acht Jahren dadurch gekennzeichnet ist, dass die wenigen Vorteile der Planwirtschaft verloren gegangen sind, während die Vorteile, die die Marktwirtschaft bieten sollte, nicht zum Tragen

gekommen sind. Immerhin gesteht man ja inzwischen auch auf westlicher Seite ein, dass hier eklatante Fehler gemacht worden sind. Und wenn wir beispielsweise die Kapitalflucht aus Russland lauthals beklagen, dann sollten wir nicht vergessen, dass es dazu auch der Seilschaften im Westen bedarf, damit dies so gut funktionieren kann.

Wenn Gorbatschow 1989 gesagt hat: Wer zu spät kommt, den bestraft die Geschichte!, dann sollten wir heute aufpassen, dass wir nicht noch einmal zu spät kommen. Die Schaffung von Rahmenbedingungen für die russische Wirtschaft ist sicher notwendig, aber dabei dürfen wir nicht stehen bleiben.

Es bleibt nämlich festzuhalten, dass solche Rahmenbedingungen von außen sehr unterschiedlich eingeschätzt und auch beeinflusst werden. Es gibt ja, wie ich inzwischen lernen musste, sehr verschiedene Kapitalismen. Im Vergleich etwa zu den USA wird mitunter die Bundesrepublik gelobt, wenn es um die kleinen Jobs geht. Auch in Japan habe ich das kennen gelernt. Der Einfluss, den der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und zukünftig auch die Europäische Union auf Russland ausüben, ist enorm, und ich kann meinen russischen Freunden nur raten: Tun Sie alles, damit Russland ein gleichberechtigter Partner in diesem Prozess ist und nicht Objekt, sondern Subjekt des Geschehens wird. Das zu beachten, können Sie nur selbst leisten, und Sie sollten nicht darauf vertrauen, die Dinge würden schon von selbst ins Lot kommen, wenn erst die Wahlen in Russland neue Leute nach vorn bringen, wie es hier anklang.

Abschließend noch einige konkrete Überlegungen: Erstens. Mit einigen russischen Regionen könnten zumindest von drei der neuen Bundesländer engere Wirtschaftskontakte angebahnt werden. Zum Beispiel Brandenburg mit dem Moskauer Gebiet; Mecklenburg-Vorpommern mit dem Leningrader Gebiet und Sachsen-Anhalt vielleicht mit Kaluga.

Zweitens. Dazu könnten Projekte in der Verarbeitungsindustrie dienen, damit Russland seine landwirtschaftlichen Produkte stärker selber marktfähig verarbeiten kann.

Drittens. Projekte im Bereich der Ausrüstung, die mit dem Übergang von Teilen des militärisch-industriellen Komplexes in den zivilen Bereich verbunden sind.

Viertens. Unabhängig von allen Diskussionen über Bankkredite und so weiter sollten zwei Dinge ernsthaft geprüft werden. Zum einen die Hermes-Absicherung von Exportgeschäften aus der Bundesrepublik nach Russland und zum anderen die Bartergeschäfte. An derartigen Überlegungen war ich zur Zeit der Regierung von Jewgenij Primakow ein wenig mit beteiligt und habe insbesondere mit seinem ersten Stellvertreter, Jurij Masljukow, erste Ansätze in dieser Richtung eingeleitet, an die man anknüpfen könnte.

Donskich

Ich gehöre nicht dem politischen Establishment an, sondern vertrete hier jene russische Wirtschaft, die einige meiner Vorredner in geradezu triumphierender Weise zu Grabe getragen haben.

Unser Thema ist Russland in Europa - Wege zur Integration. Auch wenn Herr Cartellieri sicher nicht ohne Grund meinte, wir seien gegenwärtig Zeugen eines Desintegrationsprozesses, sollten wir über Wege der Integration nachdenken, und die Frage, ob sich Russland in Europa integrieren soll oder nicht, ist eindeutig mit ja zu beantworten. Ich denke, darin dürften wir uns mehr oder weniger alle einig sein.

Der Skandal um die Bank of New York ist ein aktuelles Thema, das für mich, der ich selbst in einer Bank tätig bin, natürlich von großem Interesse ist. Dass es in Russland Korruption, Steuerhinterziehung auf dunklen Kanälen und Kapitalflucht gibt - wer wollte das bestreiten! Aber sind das Probleme, die nur die russische Wirtschaft betreffen? Mit Sicherheit nicht! Wie sagt ein altes indisches Sprichwort: "Zum Klatschen braucht man' beide Hände." Das heißt, jeder Zahlungsabsender hat seinen Empfänger. Außerdem möchte ich daran erinnern, dass nicht die Russen die Offshoregeschäfte erfunden haben; solche Orte finden Sie nicht in Moskau oder Kaluga, sondern ganz woanders.

Herr von Studnitz meinte, das Grundübel liege in der russischen Mentalität, in dem Gegensatz von Oblomow und Stolz. Darin kann ich ihm nicht folgen. Danach wären die Russen per se die bösen Buben, und wir bräuchten die Diskussion nicht fortzusetzen. Ich denke, wir haben es hier mit einem ganz anderen Problem zu tun, das in erster Linie die Wirtschaft, die Gesetzgebung in unserem Land und die politische Führung betrifft.

Was unsere Konkurrenzfähigkeit im technischen Bereich angeht, so baut Russland zwar hervorragende Kampfflugzeuge, die sich gegen jede Konkurrenz behaupten können, hat es aber

bisher nicht verstanden, ein Auto zu bauen, in dem man normal und komfortabel fahren kann. Was Russland fehlt, ist eine ausgesprochene Fließbandtechnik; denn unsere Flugzeuge sind mehr Einzelfertigungen. Ich denke also, die europäischen Staaten könnten uns besonders bei der Schaffung einer Fließbandfertigung unterstützen.

Worunter die russische Wirtschaft aber besonders leidet, sind Defizite in der Gesetzgebung. Das beginnt bereits bei der politischen Administration. Herr Karaganow hat dazu zwei durchaus widersprüchliche Punkte angeführt. So sagte er, in Russland habe sich eine Mentalität breit gemacht, die Korruption und Diebstahl fordert, während es gleichzeitig ausgezeichnete Gesetze gäbe, die man keinesfalls zu ändern brauche. Nun entsteht aber Korruption nicht dadurch, dass die Beamten zu viel oder zu wenig verdienen, sondern weil die Gesetzgebung ihnen so weit reichende Entscheidungsspielräume gewährt. Das ist das Grundübel der russischen Gesetzgebung. Wenn wir dies beseitigen könnten, würde sich manches positiv verändern.

Ein Kardinalproblem bei den Reformen, die wir in den vergangenen zehn Jahren durchgeführt haben, war das Fehlen einer eindeutigen Zielsetzung. Das heißt, als die Reformen begannen, gab es weder einen konkreten Plan noch eine Zielvorstellung, der wir hätten folgen können. Ich hoffe, dass in Zukunft die Reform der russischen Wirtschaft zielgerichteter sein wird.

Wenn die Integration Russlands in Europa das Ziel ist, dann setzt dies die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Produktion und des Handels voraus. In der Sprache der Wirtschaft heißt das: Firmen, die sich über eine Zusammenarbeit auf irgendeinem Gebiet geeinigt haben, stimmen ihre Pläne und Aufgaben miteinander ab. Entsprechend könnten sich Russland und Europa in vielfältigen Konsultationen abstimmen, wie die Entwicklung der russischen Wirtschaft und ihre Eingliederung in das gesamte europäische Wirtschaftssystem vor sich gehen soll.

Dabei müsste man auch jene Wettbewerbsvorteile ausmachen, die in der russischen Wirtschaft angelegt sind und die wir im Interesse beider Seiten nutzen könnten. Herr Kokoschin hat die Jagd von ausländischer Seite nach unseren Spitzenprodukten erwähnt. Ich würde den amerikanischen Spionen, die uns dabei halfen, unsere konkurrenzfähigsten Produkte ausfindig zu machen, gern herzlichst dafür danken, obwohl dies natürlich in einer etwas zivilisierteren Weise erfolgen sollte.

Ein Wort zur Investitionsgesetzgebung. Für niemanden, der schon einmal in Russland tätig war, dürfte es ein Geheimnis sein, dass bei uns ein "ausgezeichnetes" Investitionsklima herrscht - wie im Winter an der Kolyma. In der Tat gehört die Investitionsgesetzgebung zu unseren vordringlichsten Aufgaben. Das Gleiche gilt für die Steuergesetzgebung. Wenn dieses Problem gelöst würde, könnte das der russischen Wirtschaft zu anhaltendem Wachstum verhelfen. Es geht nicht nur um die Senkung der Steuersätze oder die Veränderung der Besteuerungsgrundlagen. Worauf es ankommt, ist, die Steuergesetzgebung so grundlegend zu verändern, dass sie gerade diejenigen Industriestrukturen stimuliert, die wachstumsf

von Studnitz

Ich möchte Ihnen entschieden widersprechen, Herr Donskich. Es geht nicht um noch mehr Gesetze, sondern um die Mentalität in diesem Lande. Was nützen all die Gesetze, die durchaus vorhanden sind, wenn sie nicht angewendet werden. Wenn wir seitens der Botschaft aufgrund der negativen Erfahrungen deutscher Firmen, uns an die russischen Behörden wenden, dann erhalten wir häufig zur Antwort: Egal, was in den Gesetzen steht, wir machen es eben anders.

Was in Russland fehlt, ist eine Rechtskultur, die sich dem geltenden Recht auch verpflichtet fühlt. Wenn sich diese Einstellung nicht ändert, wird sich eine wirkliche Partnerschaft nicht entwickeln können.

Joetze

Diese Debatte über Wirtschaftsfragen lässt aus meiner Sicht nur zwei Schlussfolgerungen zu:

Zum einen könnten diejenigen Amerikaner Recht haben, die meinen, die Zusammenarbeit mit Russland sollte sich auf die Nuklearfragen beschränken. Sie sind mehr oder weniger der Ansicht, es mache überhaupt keinen Sinn mehr, mit Russland politisch zusammenzuarbeiten. Vielmehr sollte man den Russen sagen: Bestellt erst mal euer Haus - und bis dahin sprechen wir nur über eine begrenzte nukleare Partnerschaft. Denn eine tatsächliche Partnerschaft zweier gleichgewichtigen Partner ist unter den gegenwärtigen Bedingungen ausgeschlossen.

Oder aber wir setzen bewusst auf das Prinzip Hoffnung in der Annahme, dass sich die russische Wirtschaft auf lange Sicht in einem Zustand der so genannten "low intensity stability" zu halten

vermag: Stabilität bei geringem Wirtschaftswachstum. Das bedeutet im Sinne einer vorausschauenden Partnerschaft, diejenigen hoffnungsvollen Ansätze zu unterstützen, die wir in Russland ausmachen können.

Ich würde schon allein deshalb für die zweite Option plädieren, weil Russland - anders als andere Länder in vergleichbarer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Situation - aus einsehbaren geopolitischen Erwägungen ein nicht zu vernachlässigender Machtfaktor auf der internationalen Bühne bleibt.

Das ist aus meiner Sicht weniger eine Frage verbliebenen Großmacht Denkens, verletzten Stolzes oder russischer Wehleidigkeit - wie es mitunter in der deutschen Presse apostrophiert wird. Vielmehr sollten wir dabei auf die nachwachsende junge Generation setzen, ihre Hinwendung zu den neuen Technologien und ihre geistige Beweglichkeit. Die Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau hat dazu eine sehr eindrucksvolle Studie erstellt. Sie brauchen nur die russische Diskussion im Internet zum Thema Kosovo zu verfolgen. Da zeigt sich ein anderer Geist als bei der alten Generation.

Koschokin

Herr von Studnitz kennt Russland gut und seine Feststellung zu unserer Kultur, zu unserer Mentalität sowohl der höchsten Beamenschaft als auch der Unternehmerklasse ist sehr zutreffend. Das ist in der Tat eine Schlüsselfrage. Es geht darum, ob sich das Wertesystem der regierenden Klasse in Russland in absehbarer Zukunft ändern kann und wenn ja, unter welchen Bedingungen. Die Frage nach der Verantwortung der herrschenden Klasse - nicht des Staates und der Regierung - für das, was im Land vorgeht, ist in Russland sehr unpopulär. Aber gerade über dieses Thema müssen wir ernsthaft debattieren, um die Situation zum Besseren zu verändern.

Auch unsere Gesetze lassen zweifellos sehr zu wünschen übrig, wie hier gesagt wurde. Dazu ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit. Im Jahr 1997 fand in Russland ein regelrechter Bankenkrieg statt, in dem von den einander bekämpfenden Interessengruppierungen riesige Summen ausgegeben wurden. Mit dem Geld wurden nicht zuletzt Abgeordnete bestochen, also das Parlament korrumpiert. Das betraf nicht nur wohl bekannte korrupte Personen, etwa aus der berüchtigten Partei von Herrn Schirinowski, sondern erstmals auch Abgeordnete der Kommunistischen Partei. Die Unternehmerklasse hätte das Geld auch für eine Änderung der Gesetzgebung ausgeben können. Wir haben eben eine sehr flexible Duma, mit der man arbeiten kann, und jeder PR-Mann einer großen Bank wird bestätigen, dass es viele empfängliche Abgeordnete gibt, und keineswegs nur von rot-brauner Couleur.

Hier wurde davon gesprochen, dass eine wesentliche Erneuerung der herrschenden Klasse bevorsteht. Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen würden neue Leute in die Politik bringen, die besser sein werden als die alten. Ich denke nicht so. Erstens gibt es keinerlei Garantie, dass die neuen in moralischer Hinsicht tatsächlich besser sein werden als die alten. Zweitens lässt sich die Führungsschicht eines Landes nicht so leicht verändern, zumal ein schneller Wandel der herrschenden Klasse meist katastrophale Auswirkungen für das betreffende Land hat. Wir haben das erlebt, als die Sowjetunion zerfiel und ein Teil der Fachleute ihre Posten verloren. Die russische Bürokratie ist jedenfalls im Vergleich zur früheren sowjetischen Bürokratie in professioneller Hinsicht durchaus schwächer. Aber neue Spielregeln können dazu führen, dass sich die gleiche herrschende Klasse dann anders verhalten wird.

Auf die Frage eines russischen Großunternehmers: Wohin soll ich denn mein Geld überweisen, wenn im Westen jetzt alles so genau kontrolliert wird?, war die Antwort, es gebe ein Land, wo man sein Geld ordnungsgemäß anlegen könne. Und als der Betreffende fragte, welches Land dies sei, erhielt er zur Antwort: Russland. Das Thema Amnestie von illegalen Kapitalausfuhren könnte in der jetzigen Situation tatsächlich Sinn machen, während es zuvor zwecklos schien.

Während sich die gewandelte Einstellung der herrschenden Klasse zur Wirtschaft bisher auf Absichtserklärungen beschränkt, sind im politischen Bewusstsein Veränderungen offensichtlich. Die Einstellung zum Staat hat sich wesentlich verändert. Russland führt jetzt den zweiten Tschetschenien-Krieg, der sich wesentlich vom ersten unterscheidet. Dabei haben wir es im Nordkaukasus heute so wenig wie damals mit einer Freiheitsbewegung zu tun, deren Anliegen die Schaffung eines demokratischen Staates wäre, wie viele im Westen meinen. Das ist nach wie vor eine kriminelle Region, die nicht nur für den Kaukasus und für Russland, sondern weit darüber hinaus eine Gefahr darstellt. Unser seinerzeitiges Vorgehen war hart, aber stümperhaft. Fest steht jedoch, dass der russische Staat handeln musste, denn kein Staat kann zulassen, dass auf seinem Territorium eine kriminelle Zone besteht. In den Jahren 1995/96 hat ein Großteil der politischen Klasse das Vorgehen des Staates nicht gebilligt, während heute eine fast völlige Zustimmung herrscht. Die herrschende

Klasse hat sich auf einmal wieder daran erinnert, dass der Staat all seine Institutionen braucht, einschließlich jene zur Machtausübung. Hier ist geradezu eine Revolution im Bewusstsein eingetreten. Deshalb glaube ich weniger an eine neue Führungselite, als vielmehr daran, dass sich das Bewusstsein der herrschenden Klasse weiter verändert.

Viel wird auch vom Verhalten unserer westlichen Partner abhängen, die ständig darüber debattieren, welche Einstellung sie Russland gegenüber einnehmen sollen. Am härtesten ist die Diskussion in den Vereinigten Staaten. Denn im Unterschied zu den anderen postsozialistischen Ländern verfügen wir - das ist zugleich unser Fluch und unsere Stärke über eine Nuklearmacht und sind damit als einziger Staat der Welt immer noch in der Lage, den Vereinigten Staaten wirklich gefährlich zu werden. Deshalb ist es verständlich, dass die USA uns nicht wie ein gewöhnliches Land betrachten.

Aber man sollte uns nicht zu einem asiatischen Monster machen, das ständig auf Expansion aus ist. Wir haben weder die dafür notwendigen Ressourcen und Strukturen noch den politischen Willen. Lediglich ein paar Demagogen reagieren hier ihre Komplexe ab, was nach der Krise, die wir durchgemacht haben, durchaus erklärbar ist.

Wie steht es um die Möglichkeiten zukünftiger Zusammenarbeit mit Russland? Ich denke, das ist eine mehr rhetorische Frage. Wenden wir uns lieber anderen Fragen zu. Das betrifft beispielsweise die Folgen der Osterweiterung der Europäischen Union für Russland, deren man sich wenig bewusst ist. Die EU ist heute unser größter Handelspartner; aber die Art unserer wirtschaftlichen Zusammenarbeit unterscheidet sich von der, wie sie etwa mit Polen stattfindet. Viele Wirtschaftssubjekte sowohl in Polen als auch in Russland werden durch den Beitritt Polens zur Europäischen Union verlieren. Das heißt nicht, dass man jetzt eine Kampagne gegen den Beitritt Polens starten sollte. Meine Schlussfolgerung ist eine andere: In Moskau, Brüssel und Warschau sollte man die Frage nach direkten und mittelbaren Kompensationen für diejenigen stellen, die durch die anscheinend unausweichliche Erweiterung der EU nach Osten verlieren werden. Die Tagesordnung des westeuropäisch-russischen Dialogs sollte also konkret und rein rational bestimmt sein.

Teltschik

Die Berichte und Analysen, die wir hier gehört haben, müssten einen normalen mittelständischen deutschen Unternehmer zu dem Schluss kommen lassen: Hände weg von einem Engagement in Russland. Man kann sich natürlich auf den Standpunkt stellen: Warten wir erst einmal ab, ob sich die katastrophale Situation in Russland verbessert, bevor man hier investiert oder sich um eine Zusammenarbeit bemüht.

Man kann aber auch sagen: Im Grunde kann es nur wieder bergauf gehen, und mein Eindruck ist, dass sich viele Unternehmen eben davon leiten lassen und deshalb nach wie vor bereit sind, mit Russland zusammenzuarbeiten. Auch BMW hat sich trotz der russischen Finanzkrise von August 1998 entschlossen, in Russland zu investieren. Deshalb haben wir Anfang dieses Jahres mit zwei russischen Partnern Joint Ventures gegründet und damit ein positives Signal gegeben, das sowohl in Deutschland als auch in Russland verstanden worden ist, nämlich Vertrauen in die Entwicklung dieses Landes zu setzen.

Als der bayerische Ministerpräsident Stoiber kürzlich in Moskau war, wurde er von über sechzig bayerischen Unternehmern begleitet, die ihr Interesse bekundet haben, mit russischen Partnern zusammenzuarbeiten. Das ist auch insofern einleuchtend, als wir es hier mit einem entwicklungsfähigen Markt von 150 Millionen Menschen zu tun haben. Hinzu kommen weitere 130 Millionen Menschen aus den anderen Republiken der ehemaligen Sowjetunion. Zusammen mit den mitteleuropäischen Ländern tut sich hier ein Markt auf, der dem in der Europäischen Union mit 400 Millionen Menschen fast vergleichbar ist.

Welche Erfahrungen machen wir indes in der praktischen Zusammenarbeit vor Ort? Auch BMW hat überlegt, ob man nicht mit einem der bestehenden russischen Automobilunternehmen kooperieren sollte, die alle große Probleme haben und dringend nach Partnern suchen.

Aber wie schon in der alten Sowjetunion treffen wir hier auf eine Einstellung, die meint: big is beautiful; eine Investition, die sich lohnt, muss mindestens mehrere hundert Millionen, wenn nicht Milliarden US-Dollar umfassen. Bisher ist in Russland keinerlei Einsicht vorhanden, dass ausländische Unternehmen ihr Risiko in einem schwierigen Markt begrenzen müssen und sich zunächst an den Marktchancen orientieren, die am Beginn eben nur beschränkte Erfolge versprechen. Wenn sich dann der Markt allmählich entwickelt, ist man auch bereit, größere Investitionen zu tätigen.

Was man in Russland bisher nicht erkennt, ist, dass - ähnlich wie das in Deutschland der Fall war - viele kleine und mittlere Unternehmen, die erfolgreich arbeiten, eine enorme Dynamik auslösen

können. Die deutsche Wirtschaft besteht zu neunzig Prozent aus kleinen und mittelständischen und nicht aus Großunternehmen. Mit dieser Erkenntnis tut sich die russische Seite außerordentlich schwer.

Unsere Gespräche mit den russischen Automobilunternehmen sind bisher daran gescheitert, dass man von uns erwartete, einen Riesenunternehmenskomplex zu übernehmen mit all den Altlasten, die niemand übersehen kann, und mit gewaltigen Fabrikhallen, die wir angesichts der gegenwärtigen Marktlage überhaupt nicht nutzen könnten. Man war aber nicht bereit, zunächst klein zu beginnen.

Dabei fehlt es hier keineswegs an hoch qualifizierten Mitarbeitern. Einer unserer Händler zum Beispiel war früher Entwicklungsingenieur bei der SS-20-Rakete und verkauft jetzt mit Erfolg BMW-Autos. Viele hoch qualifizierte Mitarbeiter aus dem militärisch-technologischen Komplex, die inzwischen arbeitslos sind, suchen dringend eine neue Beschäftigung.

Aber dieser Händler berichtet uns, dass er ständig von Beamten der Steuerbehörde aufgesucht wird, die ihm die Einführung irgendeiner neuen Steuer erläutern wollen. Die Steuerbelastung reicht bis zu achtzig Prozent, mitunter sogar bis hundert Prozent. Da muss er sich dann mit diesen Beamten arrangieren, und es bedarf keiner großen Phantasie, wie ein solches Arrangement aussieht. Mit anderen Worten: Das hiesige Steuersystem ist von niemandem, vor allem für die ausländischen Investoren nicht, durchschaubar und berechenbar. Das ist in der Tat ein großes Investitionshindernis.

Herr Donskich hat das Bankensystem angesprochen. In vielen Fällen haben unsere russischen Kooperationspartner ihre Rechnungen mit uns über eine russische Bank abwickeln wollen und entsprechende Beträge dort einbezahlt. Aber bei den deutschen Partnern ist das Geld nie angekommen, vor allem nicht während der Bankenkrise. Für die deutsche Seite bedeutete das, mit dem russischen Partner ein Arrangement zu finden. Wenn dieser nämlich noch einmal zahlen müsste, wäre er pleite, und daran können wir kein Interesse haben. Das heißt, beide Seiten erleiden Verluste, und das lässt sich nicht beliebig oft wiederholen. Das Bankensystem muss also dringend erneuert werden.

Des Weiteren erwähne ich die unendliche Fülle an Genehmigungen, wenn man hier investieren oder seine Kapazitäten erweitern will. Wir sind in dieser Hinsicht ja auch in Deutschland einiges gewohnt, aber was wir hier erleben, steht in keinem Verhältnis zu dem Projektumfang.

Herr Modrow hat die Bartergeschäfte erwähnt, die in Russland heute immer noch rund achtzig Prozent des Wirtschaftsgeschehens ausmachen. Darüber denken natürlich auch die deutschen Unternehmen nach, um im Geschäft zu bleiben. Damit sind aber zum Teil ungeheure Schwierigkeiten verbunden. Es mag ja noch angehen, Automobile gegen Erdgas- oder Erdöllieferungen zu verrechnen. Wenn jedoch einem Unternehmer, den ich kenne, als Gegenleistung für seine Maschinen männliche Unterhosen angeboten werden, dann zeigt das, wie problematisch die Dinge sein können. Der Betreffende hat zwei Jahre darum gekämpft, dass die Unterhosen zumindest dem Geschmack der westlichen Verbraucher angepasst werden. Das mag jetzt sehr banal klingen, aber so sieht die Realität hier aus.

Es wird häufig in Russland daraufhingewiesen, man habe viele Fehler gemacht, beispielsweise zu schnell liberalisiert. Dann verweist man auf das Beispiel der Volksrepublik China; dort sei man klugerweise langsamer vorgegangen und deshalb erfolgreicher gewesen. Aber China hat mit den Sonderwirtschaftszonen ein besonders dynamisches Instrument eingesetzt. Was ich nicht verstehen kann, ist, dass man so etwas nicht auch in Russland versucht. Das wäre beispielsweise mit steuerlichen Erleichterungen für Investoren verbunden und ähnlichen Dingen, die eine Investition relativ rasch rentabel machen. Das lässt sich in China vielerorts eindringlich studieren.

BMW ist mit einem russischen Partner in die Sonderwirtschaftszone nach Kaliningrad gegangen, weil wir unsere Produkte von dort kostengünstiger auf dem russischen Markt anbieten können. Anderenfalls hätten wir in Russland bis heute nicht investiert. Auch St. Petersburg oder Wladiwostok würden sich als Sonderwirtschaftszonen anbieten. Warum nutzt man derartige Erfahrungen nicht in Russland?

Meyer-Landrut

Trotz der Schwierigkeiten ist ebenfalls Daimler-Chrysler weiterhin in Russland aktiv, auch in einer Reihe von Gemeinschaftsunternehmen, die recht gut funktionieren. Dabei sollte man nicht vergessen, Herr Teltschik, dass die Gewinnmargen immer noch sehr hoch sind.

Teltschik

Ausländische Investitionen in China haben eine erhebliche Größenordnung - insbesondere betätigen sich dort viele Auslandschinesen. Doch die westlichen Firmen machen bisher kaum Profit in China; sie sehen darin eine langfristige Investition.

Reuther

Ich möchte das, was Herr Teltschik ausgeführt hat, ergänzen. Die Körber AG hat vor etwa zehn Jahren der Tabakindustrie in Russland vorgeschlagen, ihre Fabrikation, die sich in einem jämmerlichen Zustand befand, zu modernisieren - in einem Zeitraum von drei oder fünf Jahren;-, statt weiterhin Zigaretten aus dem Ausland zu importieren. Das würde sich - so rechneten wir vor - auch auf die Steuereinnahmen positiv auswirken. In Deutschland bringt die Tabaksteuer dem Staat jährlich mehr als 25 Milliarden DM ein.

Wir hatten bereits über Standorte und andere Details verhandelt. Doch bei unseren Verhandlungen in Moskau hatten wir es jedes Mal mit neuen Gesprächspartnern zu tun, deren Sachkenntnis immer geringer wurde. Am Ende sind die Gespräche gescheitert und Russland führte lieber für Milliarden US-Dollar Zigaretten ein, die in graue Märkte gingen, während die eigene Zigarettenfabrikation dahinmoderte.

Ein zweites praktisches Beispiel. Die Körber-Stiftung hat über zehn Jahre lang nahezu 200 hoch qualifizierte Techniker und Ingenieure aus Russland und anderen GUS-Ländern in Deutschland zu einem Managementausbildungsprogramm als Führungsnachwuchs für die hiesige Industrie weitergebildet. Von diesen 200 potenziellen Führungskräften ist meines Wissens kein einziger in das Unternehmen zurückgekehrt, in dem er vor seinem einjährigen Aufenthalt in Deutschland gearbeitet hatte. Über die Gründe können wir nur spekulieren; dass dabei auch Neid und Missgunst im Spiel waren, ist sicher nicht auszuschließen.

Diese angehenden Manager hatten ihre Ausbildung nicht nur in Betrieben der Körber AG, sondern auch in anderen der angesehensten deutschen Unternehmen erhalten. Eine Chance, in Russland zu Unternehmern zu werden, haben sie nicht gefunden.

Herr Teltschik hat auf die Bedeutung des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus hingewiesen, der auch für Russland in den nächsten Jahren sicher wieder ein hochinteressanter Partner sein könnte. Der deutsche Maschinenbau beschäftigt circa eine Million Menschen und macht 260 Milliarden DM Umsatz, von dem mehr als 60 Prozent exportiert wird. Er ist damit der größte deutsche Exportzweig. In dieser Branche steckt auch das größte kreative Potenzial; die meisten Patente werden im internationalen Maßstab von den deutschen Maschinenbauern angemeldet. Von den etwa 6000 Unternehmen dieser Branche haben 80 Prozent weniger als 200 Mitarbeiter.

Das heißt, diese Klein- und Mittelbetriebe eignen sich nicht als Kooperationspartner für die riesigen ehemaligen Kombinate in Russland, die zudem noch, wie Herr Teltschik sagte, in Milliardendimensionen denken. Hier ist nicht Größe gefragt, sondern es geht um Sachkompetenz, langfristiges Engagement, verantwortliches Handeln und Verlässlichkeit. Eine mittelständische Unternehmerschaft, das ist die neue Elite, die Russland braucht, wenn die russische Wirtschaft eine nachhaltige Entwicklung in der Breite erreichen will. In der Hinsicht fehlt es den kooperationswilligen Unternehmen bisher weitgehend an geeigneten Gesprächspartnern auf russischer Seite.

Pirogow

Ich bin einer der Leiter eines Maschinenbaubetriebes und zugleich Vizepräsident einer kleinen Privatbank.

1997 hat die Regierung der Stadt Moskau vorgeschlagen, dass wir ein Programm zur Versorgung der Stadt Moskau mit Trolleybussen ausarbeiten und umsetzen. Das kommunale Transportwesen befand sich damals in einem beklagenswerten Zustand. Das Trolleybuswerk, das wir bekamen, das einzige, das es in Russland gibt (Stadt Engels, Gebiet Saratow), war praktisch stillgelegt. Dabei ist dieses Werk in der Welt einzigartig hinsichtlich seiner technischen Produktions- und Entwicklungsmöglichkeiten. In den letzten eineinhalb Jahren haben wir mit Hilfe von Bartergeschäften und anderen Transaktionen sowie durch Investitionen seitens unserer Bank das Werk zu einer Auslastung von etwa dreißig Prozent geführt. Früher wurden 2000 Fahrzeuge im Jahr gefertigt.

Im August dieses Jahres hat in Moskau eine internationale Fahrzeugmesse stattgefunden. Im Auftrag der Transportdirektion der Moskauer Stadtregierung haben wir in einer sehr kurzen Frist von drei Monaten vor Beginn der Messe ein neues, modernes Trolleybusmodell namens "Hauptstadt" ausgearbeitet, das auf der Messe ausgestellt wurde. Wir verwenden dabei praktisch ausschließlich einheimische Bauteile.

Auf dieser Messe haben wir auch mit Experten deutscher Firmen gesprochen, bei denen wir an einer Kooperation interessiert sind. Dazu gehören ebenso Unternehmen aus den östlichen Bundesländern, die traditionell Baugruppen für die Autoproduktion für die entsprechenden Werke in Russland geliefert haben. Die Zusammenarbeit mit diesen Unternehmen wäre für uns interessant, da sie Bauteile für Trolleybusse, die für den Export in dritte Länder bestimmt sind, liefern könnten. Dabei ist die Unterstützung durch eine deutsche Bank oder das Bundesfinanzministerium notwendig, wobei in diesem Verfahren die Käufer dieser Fahrzeuge einen Kredit erhielten. Das heißt, hierbei werden Kredite nicht Russland, sondern Ländern wie Chile, Kolumbien oder Argentinien gewährt, die bei uns einkaufen. Das wäre ein sehr interessantes Kooperationsmodell.

Wenn wir uns im Produktions- und Finanzbereich besser verständigen würden, dürften wir auch in der Politik besser klarkommen.

Erler

Vor zehn Tagen, am 22.7.23. September, hat die Weltbank eine Studie vorgelegt mit dem Titel: "Russia. Consultations with the poor" - ein Bericht über Armut in Russland. Darin werden als Hauptquellen der Massenarmut genannt: Arbeitslosigkeit ohne Arbeitslosengeld, Beschäftigung ohne tatsächliche Arbeit und ohne Lohn, Arbeit ohne Bezahlung, Pensionen und andere staatliche Unterstützungsleistungen, die mit großer Verspätung oder gar nicht gezahlt werden; und schließlich Arbeitsverhältnisse mit einem Einkommen unterhalb der Teuerungsrate.

Die Betroffenen leben in der Regel in den gleichen Wohnungen wie vor zehn Jahren, haben noch die gleiche Kleidung von damals und auch ihr Denken hat sich seitdem kaum gewandelt. Doch diese Menschen haben häufig nicht einmal mehr das Geld, um sich Nahrungsmittel zu kaufen, und müssen oft tagelang einfach nur hungern. Wer einen dieser kleinen Gärten besitzt, ist noch vergleichsweise gut dran, weil er sich mit einem Teil der zum Überleben notwendigen Güter selbst versorgen kann.

Die meisten der Befragten verbinden ihre Armut mit dem Ende der Sowjetunion und dem Beginn des Transformationsprozesses. Damals waren wir nicht arm, heißt es; wir sind erst durch die Perestroika ins Elend gestoßen worden. Das heißt, die Menschen ziehen ihre Vergleiche eher zur eigenen Vergangenheit und nicht zu den vielen Neureichen, die es inzwischen in Russland auch gibt. Eine Besserung ihrer Lebensumstände erhoffen sich die meisten dieser Menschen von einer Rückkehr zu einer Politik vor der Zeit der Perestroika. Die Schuld, heißt es, liege bei den politischen Führern, die das Land mutwillig ruinierten. Änderungen werden entsprechend auch nur von oben erwartet. Das Vertrauen, selbst etwas ändern zu können, ist äußerst gering. Einen Rückhalt bietet in den meisten Fällen allenfalls noch die Familie.

Warum ist es uns nicht gemeinsam möglich gewesen, eine solche Entwicklung in Russland zu verhindern? Von den neuen Eliten war hier mehrfach die Rede. Hoffentlich bedeutet das nicht nur den Wechsel zu einer neuen Partei, die die Dinge im alten Stil wieder in die Hand nimmt. Ich füge hinzu, dass die soziale Marktwirtschaft unter den Bedingungen der Globalisierung ja auch bei uns im Westen mehr und mehr auf dem Prüfstand steht und die Armut in unseren westlichen Gesellschaften ebenfalls zunimmt.

Ich halte das auch politisch für eine hochgefährliche Entwicklung - wohingegen ich das Lamento über den Verlust der Weltmachtrolle Russlands, das seitens der russischen Eliten immer wieder angestimmt wird, allmählich immer uninteressanter finde. Ich denke, die Eliten sowohl hier als auch bei uns sollten sich den neuen Herausforderungen stellen und dafür möglichst gemeinsam nach Lösungen suchen.

Hahn

Diesen Appell an Gemeinsamkeit und bessere Nutzung der Chancen kann ich voll unterschreiben, Herr Erler. Herr von Studnitz hat betont, dass die Partnerschaft zwischen unseren Ländern im Augenblick recht einseitig ist; denn die Angebote, die von westlicher Seite gemacht werden, finden auf russischer Seite meist kein entsprechendes Echo.

Ein Beispiel dafür ist der so genannte European Russian Industrial Round Table, ein Forum, auf dem Fragen des Investitionsklimas, konkreter Investitionsprojekte, des Managementtrainings bis hin zum Beitritt Russlands zur WTO besprochen werden sollten und das erneut verschoben werden muss, weil sich kein russischer Chairman dafür findet und die dahinter stehende Organisation unklar ist. Das heißt, von europäischer Seite sind alle Voraussetzungen für ein solches Gespräch geschaffen worden; es scheitert zur Zeit daran, dass sich die russische Seite nicht auf einen Verhandlungsführer einigen kann.

Die Europäische Union hat des Weiteren im Rahmen ihres TACIS-Programms umfangreiche Hilfe bei der Umstrukturierung des Bankensystems angeboten, die aber von der hiesigen Zentralbank bisher kaum wahrgenommen wird. Da ließe sich sehr viel durch konkrete Zusammenarbeit bewirken. Andererseits brauchte man nur mehr ausländischen Banken Lizenzen zu erteilen, um auf diese Weise Druck auf die Umstrukturierung des Bankensystem in Russland auszuüben.

Herr Reuther erwähnte die Managementausbildung. Seitens der EU haben wir Russland ein großzügiges Angebot unterbreitet, indem wir in den nächsten fünf Jahren 25.000 Russen in westlichen Ländern und Unternehmen ausbilden wollen. Im ersten Jahr wurden statt der vereinbarten 5000 nur 1000 Nachwuchsführungskräfte von russischer Seite in dieses Programm delegiert. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Unter anderem fehlende Sprachkenntnisse und zum Teil auch mangelnde fachliche Voraussetzungen. Einen entscheidenden Punkt aber hat Herr Reuther erwähnt: Die jungen Manager haben keinerlei Garantie, dass sie nach ihrer Rückkehr wieder eine entsprechende Position in ihren Unternehmen finden.

Meyer-Landrut

Herr Ischinger hat von der Vision gesprochen, die uns im Hinblick auf Russland bewegt. Damit ist zumindest die Hoffnung verbunden, dass man gegenseitig erkennt - und das klang in zahlreichen Beiträgen an: Russland braucht Europa so wie Europa Russland braucht. Dementsprechend groß sind immer wieder die russischen Enttäuschungen über die Europäer, die Russland im Stich gelassen hätten. Dazu gehört auch der Vorwurf, anstelle eines europäischen Sicherheitssystems habe die NATO mit ihrer Osterweiterung bewusst gegen russische Interessen gehandelt. Enttäuscht zeigt man sich indes auf russischer Seite auch über die politische Hemdsärmeligkeit der Vereinigten Staaten in den letzten zehn Jahren - übrigens auch hinsichtlich der Beratung beim Aufbau postkommunistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen.

Im strategischen Bereich wird Kosovo und das russische Vorgehen in Tschetschenien verständlicherweise unterschiedlich beurteilt. Dabei erbittert die russische Seite vor allem die amerikanische "Arroganz der Macht". Das betrifft beispielsweise besonders den Umgang mit dem ABM-Vertrag - was seitens der Europäer auf ein gewisses Einverständnis stößt. Der Vorschlag von Herrn Karaganow indes, Russland solle für die nächsten fünf bis zehn Jahre in seiner Außenpolitik gewissermaßen eine Art Auszeit nehmen und zunächst einmal das eigene Haus in Ordnung bringen, blieb auch auf russischer Seite nicht ohne Widerspruch.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Russland weist zwar positive Tendenzen auf, aber angesichts fehlender Reformschritte hat Herr Cartellieri zu Recht darauf hingewiesen, dass Russland die wenigen Vorteile der ehemaligen Planwirtschaft verloren und die großen Vorteile der Marktwirtschaft bisher nicht hat gewinnen können. Kontrovers blieb, ob dies mehr auf russische Mentalität oder auf schlechte Politik zurückzuführen ist. Die Hoffnung ist, dass die nachwachsende Generation sich - etwa mit Hilfe des Internets - in die übrige Welt integriert. Darauf nimmt der Staat so gut wie überhaupt keinen Einfluss.

Bleibt die russische Wirtschaft nach wie vor fast vollständig abhängig von den Rohstoffressourcen? Diese Gefahr wird jedenfalls gesehen. Dass die unzureichenden Rahmenbedingungen zum Beispiel für ausländische Investitionen insbesondere im Hinblick auf die Unwägbarkeiten des Steuersystems und die Anwendung der Gesetze sehr kritisch beurteilt werden, ist sicher nicht überraschend. Damit hängen auch Probleme wie Schattenwirtschaft, Korruption und Kapitalflucht zusammen, ohne dass man die gesamte russische Wirtschaft als mafios verurteilen darf. Immerhin gibt es auch ermutigende Erfolgsgeschichten zu berichten, zumal die Entwicklung des Landes in den letzten zehn Jahren so negativ gar nicht gewesen ist. Dazu gehören auch wichtige Schritte in Richtung auf Demokratie und Marktwirtschaft.

Und wenn jemand nach längerer Zeit wieder einmal nach Moskau zurückkehrt, ist er Herr Pflüger hat es erwähnt - beeindruckt, welche Wandlung die russische Metropole seit der kommunistischen Zeit erfahren hat, die damals durchweg grau und unattraktiv gewesen ist.

von Weizsäcker

Eine Zusammenfassung unserer Diskussion zu versuchen, dürfte wohl jedem von uns schwer fallen. Was ich aber hoffe, ist, dass unsere russischen Gesprächspartner trotz der durchaus kritischen Auseinandersetzungen gespürt haben: Wir alle, die wir zu diesem Gespräch nach Moskau gekommen sind, wollten damit deutlich machen, dass wir aufgrund unseres historischen Bewusstseins, unserer politischen oder wirtschaftlichen Verantwortung und auch unserer Hoffnungen für die Zukunft vital an Russland interessiert sind und bleiben werden. Wir sind hier, weil wir uns Ihnen nachhaltig verbunden

fühlen und die Beziehungen weiter pflegen wollen. Bei aller Kritik sind wir uns bewusst, dass es um die Zukunft Russlands in Europa geht. Dass wir auch manches bei uns selbst kritisch sehen, dessen dürfen Sie gewiss sein. Aber das war heute nicht unser Thema.

Deshalb möchte ich den russischen Teilnehmern besonders dafür danken, dass sie sich trotz des Wahlkampfes, in dem es, wie wir hier gehört haben, um eine entscheidende Weichenstellung für die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft Russlands geht, der Diskussion gestellt haben. Von Herrn Baburin haben wir ja erfahren, dass er gestern noch in Sibirien auf Wahlkampftournee war und jetzt unmittelbar wieder dahin zurückkehren wird. Ich denke, das ist ein gutes Beispiel dafür, wie ernst unsere russischen Partner den Dialog mit Europa, mit dem Westen nehmen. Ich wünsche uns jedenfalls die Fortsetzung eines solchen konstruktiven, kritischen und auch hoffnungsvollen Gespräches, wie wir es hier geführt haben.